

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 24. Oktober 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich 1,10 Mk. wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mk. pro Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Rollennummern oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Kurzigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (gültig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenbenennungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Bethmanns Wahlrede.

Um Auskunft über die Marokkofrage hat sich die Regierung bisher glücklich herumdrücken können, aber die Notstandsinterpellation ließ sich nicht mit der Rücksicht auf fremde Mächte auf die lange Bank schieben. So kam denn gestern der Tag, an dem der deutsche Reichskanzler Rede und Antwort stehen mußte darüber, ob die Regierung gewillt ist, gegen die Teuerungsnöte Abhilfsmassregeln zu ergreifen und was sie zu tun gedenkt.

Wenn irgendwelche Optimisten sich der Hoffnung hingeben sollten, daß die Regierung den Notstand des Volkes in seiner ganzen Tiefe erfassen würde, so muß er grausam enttäuscht worden sein durch den Verlauf der Interpellationsdebatte. Schon die Begründungsrede, die der Abgeordnete Spahn der Interpellation des Zentrums auf den Weg gab, ließ erkennen, daß die agrarischen Mächte in und außerhalb der Regierung gar keine Zugeständnisse oder doch nur Scheinzugeständnisse machen würden. Er bestritt nicht, daß gewisse Uebelstände durch Teuerung einzelner Nahrungsmittel sich herausgestellt hätten. Als er an die Begründung dieser Uebelstände heranging, wußte er aber nur von lokalen und internationalen Ursachen zu reden und veräußerte es völlig, die künstliche Verteuerung aller Gebrauchsartikel durch das Schutzollsystem als eine der dauernden Ursachen der Lebensmittelverteuerung anzumerken. Er verhielt sich denn auch rundweg ablehnend gegen alle die Maßregeln, die zur Besserung der Lage vorgeschlagen sind, und will nur einige kleine Zugeständnisse machen, die in keiner Weise ernstlich dazu beitragen können, irgendwie der Notlage Abhilfe zu schaffen. Er will den Zoll auf Gemüse vorläufig suspendieren und die verderbliche Wirkung des Einfuhrzollsystems dadurch mildern, daß er die Einfuhr gewisser Artikel, wie Petroleum und Kaffee, auf Einfuhrscheine hin nicht zulassen will. Mit diesen kleinlichen Palliativmaßnahmen wäre natürlich so gut wie gar nichts erreicht. Es kam offenbar dem Zentrum auch nur darauf an, den Anschein zu erwecken, als ob es irgend etwas zur Linderung der Not tun wolle. Ob, wie so oft bei früheren Gelegenheiten, die christlichen Arbeiter, die jetzt auch über den Notstand Klage geführt haben, sich durch ihre parlamentarischen Vertreter einlassen lassen, wird ja die nächste Zeit erweisen.

Uebrigens verfehlte Herr Spahn nicht, sich auch den agrarischen Trüben zu eigen zu machen, daß der Zwischenhandel an der Verteuerung der Nahrungsmittel die Hauptschuld trage. Dieser Ausfall nimmt sich um so verwunderlicher aus bei dem Wortführer einer Partei, die sich stets und ständig als den Vertreter des Mittelstandes aufzuspielen liebt. Als Herr Spahn auf diese Weise den Notstand aus der Welt geredet hatte, erfolgte nicht, wie sonst bei dem Führer der Zentrumspartei, der übliche Beifall; ein undeutliches Gemurmel in der Mitte des Hauses legte nur Beweis davon ab, daß einige der gedrückt dastehenden Herren sich verpflichtet fühlen, so eine Art Zustimmung zu knurren.

Als zweiter Interpellant kam dann für die Sozialdemokratie der Genosse Scheidemann zum Wort. Im Gegensatz zu Herrn Spahn betonte er auf das schärfste, daß ein wirklicher Notstand in weitesten Kreisen unseres Volkes gespürt werde. Die Klagen, die da laut geworden sind, seien so unzweideutig und vernehmlich in die Welt hinausgeschlungen, daß sie auch durch das müßige Kriegsgeheul gewissenloser Imperialisten nicht übertönt werden könnten. Scheidemann beschränkte sich dann eingehend mit der Denkschrift des Landwirtschaftsrats, in der dem Volke durch künstliche Zahlengruppierung klar gemacht werden solle, daß es sich nur einer Täuschung hingabe, wenn es Hunger zu leiden glaubte. Scheidemann stellte dem die Tatsache gegenüber, daß die Löhne der Arbeiter in vielen Fällen, z. B. bei den Bergarbeitern in den letzten Jahren erheblich gekürzt worden seien, während die Unternehmerabschlüsse gestiegen wären und das trotz der Teuerung aller Gebrauchsartikel. Er konnte sich ja sogar auf die königlich preussischen Eisenbahnarbeiter berufen, die neulich in einer Versammlung ihrer Rot vernehmlichen Ausdruck gegeben haben, während gleichzeitig die Ausweisung des Landtagsabgeordneten Hoffmann aus dieser Versammlung den Beweis geliefert habe, daß die Verwaltung in der berücksichtigten kleinlichen preussischen Art die Aufklärung der Arbeiter zu hintertreiben sucht.

Die ganze Fadencheinigkeit der Regierungsvorwände zur Bekämpfung der Seuchengefahr bewies er durch die Tatsache, daß auf den großen transatlantischen deutschen Dampfern die Passagiere mit argentinischem Fleisch ernährt würden, während man dessen Gemüß wegen angeblicher Seuchengefahr den darbenenden Massen des deutschen Volkes vorenthält. Schließlich formulierte Scheidemann die sozialdemokratischen Forderungen, die in der Hauptsache auf eine Suspendierung der Lebensmittelzölle hinauskommen, und meinte, der Kanzler werde diese Forderungen nur verneinen, wenn er sich aus den agrarischen Fesseln nicht losmachen könne.

Auch der freisinnige Abgeordnete Dejer drang energisch auf Maßregeln gegen die Teuerung aller Lebensmittel. In welchem Geiste der Reichskanzler von Bethmann Sollweg dieser wichtigen Frage gegenübertrat, verriet er gleich in den ersten Sätzen seiner Rede. Nach ihm werden alle die Mittel zur Linderung der Not des Volkes nur vor-

geschlagen, um „die bewährte Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches abzubauen“. Eine kleinlichere Auffassung einer das Lebensinteresse des Volkes tief berührenden Frage hätte auch der verfloßene Herr von Bobbielski oder Herr von Oldenburg-Januschau nicht befunden können, wenn eine höfische Laune sie auf den Reichskanzlersessel befördert hätte. Nach diesem Stichmuster war die ganze Polemik dieses schlecht imitierten Staatsphilosophen gefärbt. So donnerte er die Opposition mit vibrierender Stimme an: Es wolle doch wohl niemand bestreiten, daß die Dürre dieses Sommers zur Verteuerung mancher Lebensmittel beigetragen habe!

Als ob nicht diese Tatsache in jeder Rede, in jedem Artikel über die Notlage ausdrücklich hervorgehoben sei. Denn die ganze Frage dreht sich in Wirklichkeit ja darum, daß außer der Dürre noch andere, dauernde Ursachen die Teuerung herbeigeführt haben, Ursachen, die nicht auf klimatische Einflüsse, sondern auf künstliche Eingriffe der Regierung in das wirtschaftliche Leben der Nation im Interesse der herrschenden Klassen zurückzuführen sind und deren Beseitigung man deshalb nicht von einer Gunst des Himmels, sondern von dem bewußten Eingreifen der staatlichen Gewalten erwarten kann und verlangen muß.

Natürlich betonte auch des Reiches Kanzler, genau so wie Herr Peter Spahn, daß von einem wirklichen Notstand gar nicht die Rede sein könne. Um so weniger sei natürlich daran zu denken, daß die Regierung irgend etwas tun würde, was die Ärt an die Wurzel unseres bewährten Wirtschaftssystems legen würde. Bei seinen verzweifelten Versuchen, die Not aus der Welt zu reden, erklimmte der Kanzler dann den Gipfel demagogischer Redekünsteleien mit der Behauptung, zur Verstärkung der Teuerung, die er vorher ja im allgemeinen bestritten hatte, habe es wesentlich beigetragen, daß in der Presse so viel von der mangelhaften Versorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln die Rede gewesen sei. Nach diesem bewährten Mittel werden ja überall in Deutschland von der Regierung und ihren Handlangern die „Heber“ als Urheber der Mißstände verdächtigt, die sie in Rede und Schrift aufdecken.

Bei all diesen agrar-demagogischen Mäßen hatte der Kanzler tosenden Beifall bei den Agrariern auf der Rechten und in der Mitte. Schweigend wurden die Herren dagegen, als ihr Regierungsvertreter auf die bescheidenen Mittel zu sprechen kam, die die Regierung glaubt zur Beseitigung einzelner, auch von ihr zugegebener Mißstände anzuwenden zu können. Herr Peter Spahn folgte der Kanzler nur insofern, als er erklärte, daß die Begrenzung der Einfuhrscheine auf die Beschaffung des Zolles für gewisse Waren diskutabel sei. Anfangs hatte er gesagt akzeptabel, reduzierte dieses Zugeständnis aber schamlos auf die unverbindliche Redewendung „diskutabel“. Dagegen wollte er nicht einmal von der Suspendierung des Gemüsezolles etwas wissen, da er dadurch das für ihn unantastbare Schutzollsystem beeinträchtigt hätte. Er machte dann viel Rühmens von den Fruchttermäßigungen, durch die man die Versorgung des Volkes mit Brotkorn erleichtern könne, und redete den Gemeindeveranstaltungen zur Beschaffung von Lebensmitteln zu billigeren Preisen, als der Zwischenhandel sie gewähre, energisch das Wort. Das alles sind bezeichnenderweise aber auch Maßregeln, die den Agrariern nicht wehe tun. In seinem Eifer ließ er sich zu dem Wunsch hinreißen, daß die Gemeindeeinrichtungen zur Beschaffung von Lebensmitteln hoffentlich Bestand haben würden. Es kam dem Kanzler offenbar nicht zum Bewußtsein, daß er damit einem Stück sozialistischer Einrichtung das Wort redete. Sollte er einmal im stillen Kämmerlein die Konsequenzen dieses Zugeständnisses ausdenken, so werden ihm die staatserkaltenden Haare noch mehr als gewöhnlich zu Berge stehen.

Das völlige Gepräge einer agrar-demagogischen Wahlrede gab dann der brave Bethmann seinen Ausführungen, indem er sie in ein Loblied auf die vortrefflichen Wirkungen des herrschenden Schutzollsystems ausklingen ließ.

Beweislos schrieb er der Schutzollpolitik die wirtschaftlichen Fortschritte Deutschlands zu, trotzdem eine vorurteilsfreie Prüfung der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands doch erst beweisen müßte, daß der wirtschaftliche Aufschwung der letzten Jahrzehnte in irgendeiner Weise durch die Agrarpolitik gefördert wurde. Tatsächlich ist dieser Aufschwung allen möglichen anderen Faktoren zu danken. Die künstliche Lebensmittelverteuerung konnte nur hemmend auf die Volksgesundheit und damit auf die Gesamtentwicklung des Volkes einwirken.

Es ist bezeichnend für den Kanzler, daß er hofft, mit einem solchen plumpen demagogischen Kniff auf die Wahlbewegung einen Einfluß ausüben zu können. Eine trübe Ahnung, daß er damit ebensowenig Eindruck machen würde wie seine nicht beamteten Mitdemagogen, mußte aber doch das Kanzlergemüt durchziehen, denn er fügte hinzu, wenn es wirklich der Sozialdemokratie gelingen sollte, durch ihre Agitation einen Umschwung in der Zusammenfassung des Reichstages herbeizuführen, so würde das die bedenklichsten Gefahren für Volk und Reich heraufbeschwören.

Was er mit dieser dunklen Andeutung sagen will, ist ja nicht völlig klar. Da aber der Umschwung im Volke, wie der Erfolg der Sozialdemokratie bei allen Nachwahlen zeigt hat, längst auch aus anderen Ursachen herbeigeführt wurde, werden Herrn von Bethmanns dürftige Bemühungen der wachsenden Flut keine haltbaren Dämme entgegensetzen können. Wenn einmal die Flut der Volksempörung auch ihn von seinem

Posten hinweggeschwemmt haben wird, wird er bei Auswahl der Denkschrift für seinen politischen Leichenstein wenigstens die Genugtuung haben, seinen Amtsvorgänger Bülow noch übertrumpfen zu können mit dem Satz:

Sier ruht ein überagrarischer Reichskanzler!

Die chinesische Revolution.

Die Revolutionäre machen rasche Fortschritte. Schon sind die Städte Tschangtscha und Tschang ihnen ohne Widerstand zugefallen. Sie haben bei Sinjantschau die Eisenbahn zwischen Hankau und Peking besetzt und dadurch einen Teil der kaiserlichen Truppen abgeschnitten. Es ist wahrscheinlich, daß das ganze Jangtsetal sich der Revolution anschließen wird und die Sympathie des chinesischen Volkes für die Bewegung äußert sich immer offener.

Auf der anderen Seite, im Lager der Regierung, herrscht offenbar völlige Desorganisation. Yuanhschikai hat jetzt dem Hof endgültig seine Absage erteilt, was deutlich dafür spricht, daß er die revolutionäre Bewegung für sehr aussichtsreich hält. Der Flotte mangelt es an Munition und den Truppen an Lebensmitteln. Die ausländischen Banken aber verweigern der Regierung jede Anleihe, da dies der Neutralität widersprechen würde. Diese strenge Auffassung der Neutralitätspflichten zeigt, daß in diesen Kreisen mit der Wahrscheinlichkeit des revolutionären Sieges gerechnet wird. Haben doch die Revolutionäre ausdrücklich erklärt, daß sie Anleihen der Regierung, die nach dem Ausbruch der Revolution aufgenommen werden, nicht anerkennen würden. Was aber vielleicht am besten die Machtlosigkeit der Regierung kennzeichnet, ist die Tatsache, daß die strengen Zensurvorschriften in Peking keine Beachtung mehr finden, daß die Befehlshaber der kaiserlichen Streitkräfte selbst es sind, die den verzweifelten Zustand der Truppen und der Flotte in chinesischen Blättern zur Sprache gebracht haben, um ihre Niederlage zu erklären.

Ein neues Gefecht.

Peking, 21. Oktober. Nach hierher gelangten Berichten ist im Norden von Kwangsi eine Brigade kaiserlicher Truppen von Truppen der Aufständischen, die über starke Artillerie verfügten, beschossen worden. Die kaiserlichen hätten sich in Verwirrung nach Singang-how zurückgezogen. Wie verlautet, haben die Aufständischen Tschangtscha eingenommen.

Besehung von Tschang.

Hankau, 22. Oktober. Tschang ist von den Rebellenentruppen am 19. Oktober ohne Widerstand besetzt worden. Im Osten der Provinz Gupeh sind die am Jangtse gelegenen Städte ebenfalls in den Händen der Aufständischen. Von Hankau aus rücken Rebellenentruppen an der Bahnlinie nach Norden vor. Aus der Provinz Hunan stießen heute einige hundert Mann zu den Rebellen in Wutschang.

Das amtliche Geständnis.

Peking, 23. Oktober. Ein telegraphischer Bericht des Generals Nintchang und des Admirals Sah-tscheng-ping, dessen Veröffentlichung in den chinesischen Blättern zeigt, daß die Schärfe der Zensur plötzlich nachgelassen hat, enthält folgende Einzelheiten über das Gefecht am 18. d. M.:

Als um 6 Uhr abends die zweite Abteilung der Truppen von Kienjin auf der Hauptstation vor Hankau eintraf, wurde sie noch vor dem Verlassen des Zuges von 2000 bis 3000 Aufständischen angegriffen. General Tschang-piao führte die Regierungstruppen zum Angriff. Die Aufständischen verloren 200 bis 300 Mann. Die Regierungstruppen nahmen sechs Geschütze großen Kalibers. Admiral Sah gab der Flotte den Befehl, durch ihr Feuer das Nachrücken von Verstärkungen der Aufständischen aus Wutschang zu verhindern. An dem Gefecht konnte er keinen Anteil nehmen, da er befürchtete, auch den Regierungstruppen Verluste zuzufügen. Diese waren schließlich durch Verluste so geschwächt, daß sie die Station nicht behaupten konnten. Der Flotte fehlte es an Kohlen und Reis.

Solgeschosse.

Shanghai, 23. Oktober. Während des Gefechts bei Hankau am Mittwoch versenkte Geschosse, die später in der deutschen Niederlassung aufgefunden wurden, erwiesen sich als Solgeschosse, die mit einer Metallfarbe bemalt waren. Dies zeigt, daß die Armeeverwaltung noch ebenso korrupt ist, wie sie während des Krieges gegen Japan war. Auf der Flotte des Admirals Sah soll Mangel an Munition herrschen.

Die Absage Yuanhschikais.

Peking, 22. Oktober. Das hiesige Amtsblatt veröffentlicht das Antwortschreiben Yuanhschikais, in welchem er erklärt, sein Fuß sei noch nicht geheilt, alle anderen Beschwerden aufzählt, unter denen er leide, und sagt, die Zeit sei so kritisch, daß er den Thron nicht um Urlaub bitten dürfe. Jetzt hindere ihn sein Gesundheitszustand, eine Tätigkeit zu entfalten. Sobald er aber eine Möglichkeit dazu sehe, wolle er es versuchen. Ein Rescript befiehlt Yuanhschikai, seine Amtspflichten zu übernehmen, sobald es ihm möglich sei.

Die Reisknot.

Peking, 23. Oktober. Durch eine Bekanntmachung werden Rekruten für die kaiserliche Armee gesucht. Gleichzeitig wird eine Verstärkung der Polizei um 2000 Mann angeordnet. Eine andere Bekanntmachung bezieht sich auf die Getreidespeicher der Regierung zu öffnen, die Reis enthalten, der seit unendlichen Zeiten für den Fall einer Belagerung oder eines Aufstandes aufgespeichert worden ist. Ferner wird bei strenger Strafe verboten, Reis vom Markte zurückzuhalten und höhere Preise als die auf dem Markte geltenden zu fordern. Trotzdem sind die Reispreise noch im Steigen begriffen.

Der Regent hat seit zwei Tagen an den Sitzungen des Ministerrates nicht teilgenommen.

In einem amtlichen Telegramm an die britische Gesandtschaft wird die Ansicht vertreten, daß das ganze Jangtse-Tal sich der Empörung anschließen wird, wenn es Hintzhang nicht gelingt, in wenigen Tagen einen entscheidenden Sieg zu erringen. Nach Konsultationsbesuchen aus Tientsin ist der dort für heute geplante Aufstand verschoben worden.

Die Nationalversammlung.

Peking, 23. Oktober. Die Nationalversammlung wurde heute im Namen des Regenten, der nicht zugegen war, von dem Prinzen Shihao eröffnet. Die Thronrede enthält keine Anspielung auf den Aufstand und hebt den Wunsch hervor, eine konstitutionelle Regierung durchzuführen.

Neutralität der Mächte.

Hankau, 23. Oktober. Die Konsuln haben in chinesischer Sprache eine Bekanntmachung veröffentlicht, in der die Neutralität der Mächte erklärt wird.

Verhandlungen mit den Revolutionären.

Peking, 23. Oktober. Ein Mitglied des geheimen Rates hat an den Thron eine Denkschrift gerichtet, in der diesem nahe gelegt wird, da die Fremden die Revolutionären anerkannt hätten, sollte die Regierung mit diesen in Verhandlung treten und sie nicht als Geächtete behandeln.

Die amerikanische Streitmacht.

London, 22. Oktober. Wie das Reutersche Bureau aus Washington meldet, sollen am Montag drei amerikanische Kreuzer, zwei Torpedobootzerstörer, fünf Kanonenboote, ein Transportschiff und ein Kohlenstoffschiff und dem Befehl des Admirals Purdon vor der Mündung des Jangtse eintreffen.

Der angelegliche Straßenkampf.

Berlin, 23. Oktober. Der Chef des Kreuzergeschwaders hat auf Anfrage über den Verlauf des Straßenkampfes in Hankau funktentelegraphisch über Tsingtau gemeldet: In der Nacht vom 12. zum 13. Oktober versuchte chinesischer Pöbel in die deutsche Niederlassung einzudringen und zu plündern. Das Landungskorps Wasserland in Gemeinschaft mit der freiwilligen Kompagnie drängte den Pöbel mit Kolben und Bajonett aus der Niederlassung. Von der Schußwaffe brauchte kein Gebrauch gemacht zu werden. Es ist niemand verwundet. In den Fremdenniederlassungen herrscht seit dieser Zeit Ruhe.

Der Krieg.

Die Verschärfung der Kriegslage in Tripolis, die wir Ende der vorvergangenen Woche vorauslagten, scheint eingetreten zu sein. Wohl sind die Italiener dank der Ueberlegenheit ihrer Flotte auch noch die Herren der Häfen an der Küste der Syrenäa geworden, aber die Beschließung von Benghasi, Derna usw. hat doch mehr Widerstand gefunden als die des von Truppen entblößten Tripolis. Dabei haben die Türken in den Häfen der Syrenäa sicher nur ganz kleine Truppeneinheiten als Besatzung gehabt, aber die Meldungen von ziemlich schweren Verlusten der Italiener beweisen, daß die Türken sich ihrer Haut zu wehren wissen. Höchst wahrscheinlich werden die in der Syrenäa zerstreuten Garnisonen der Türken sich im Innern des Landes zu konzentrieren suchen, um gleich der Garnison von Tripolis den Italienern den Weg ins Innere zu verlegen. Damit rechnet auch das italienische Oberkommando, denn die beiden Divisionen des Expeditionskorps sollen getrennt operieren, die eine soll den Vormarsch auf Bezzan antreten, während die andere zur Unterwerfung der Syrenäa bestimmt ist. Ehe die beiden Divisionen aber ihren Vormarsch antreten können, muß die Beschaffung der notwendigen Lasttiere (Kamele, Maultiere usw.), der Nachschub von Proviant, Munition und unter Umständen auch die Nachführung von Wasser geregelt sein. Alle diese Vorbereitungen scheinen aber noch nicht beendet zu sein, so daß der italienische Vormarsch noch einige Zeit auf sich warten lassen wird.

Besonders beachtenswert ist, daß jetzt auch italienische Korrespondenten von Angriffen durch Beduinen berichten müssen. Es geht daraus hervor, daß auch die eingeborenen Araber und Berber sich auf dem Kriegspfade gegen die Italiener befinden. Wenn daneben italienische Blätter weitläufig über die Unterwerfung von Araberhäuptlingen auch aus der Syrenäa berichten, so kann es sich nur um die Stämme und die Mauren der Hafentäler handeln, also um Leute, die, wie wir schon früher dargelegt haben, nicht mehr viel mit den freilebenden und kriegerischen Stämmen des Innenlandes gemein haben.

Anschließend rechnet die italienische Oberleitung auch nicht mehr mit so leichten Siegen, wie die Einnahme von Tripolis einer war, denn anders kann der Befehl des Generals Canova, alle Kriegskorrespondenten vom Marsche ins Innere fernzuhalten, kaum verstanden werden.

Ein unheimlicher Gast scheint mit den italienischen Truppen nach Tripolis gekommen zu sein, nämlich die Cholera. Ob diese schon Opfer gefordert hat, läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen, da die italienische Depeschensur aus leicht begreiflichen Gründen derartige Meldungen unterdrückt wird, aber immer wieder sichern Nachrichten von Choleraerkrankungen durch. Ein Umsichgreifen der Krankheit auf dem sonnenüberflutheten afrikanischen Boden könnte dem italienischen Expeditionskorps verhängnisvoll werden.

In Italien selbst werden die Rufe nach einer kriegerischen Aktion gegen die Türkei im Ägäischen Meere immer lauter. Die italienischen Kriegsheer scheinen sich nicht bewußt zu sein, daß der erste Kanonenschuß auf einen europäischen Hafen der Türkei das Signal für die Balkanstaaten sein würde, ihre bisher im stillen betriebene Mobilisation sofort offen zu vervollständigen. Und vom Mobilisieren bis zum Einmarsch auf türkisches Gebiet wäre dann nur ein Schritt.

Die Besetzung von Derna.

Rom, 23. Oktober. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Tripolis: Ein Funkentelegramm meldet die Besetzung

von Derna. Ein türkischer Kapitän und sieben Matrosen, die sich in ein Versteck geflüchtet hatten, wurden gefangen genommen.

Die Lage in Benghasi.

Rom, 23. Oktober. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Benghasi von heute: Die türkischen Truppen, die sich am 19. und am Morgen des 20. d. Mts. der Landung der italienischen Truppen widersetzt hatten, haben sich später in Unordnung in das Innere des Landes zurückgezogen, wo sie sich gegenwärtig wieder sammeln. Wie es scheint, sind sie auch im Besitz einiger Kanonen. Truppen von Beduinen beunruhigen auch weiterhin zur Nachtzeit die vorgerückten Posten, ohne ihnen indessen Schaden zuzufügen. Die militärische Lage ist gut und bessert sich ständig, ebenso die politische Lage. Mit der Entlohnung der Bewohner der Stadt und der Umgebung fährt man fort. Die Häupter der Grenzstämmen stellen sich jetzt ein, um sich Italien zu unterwerfen. Das Truppenkommando trifft Vorkehrungen, um die verschiedenen Dienste in Ordnung zu bringen und die Landung des Materials zu beschleunigen, die wegen der stürmischen See und aus Mangel an geeigneten Hilfsmitteln gegenwärtig ziemlich langsam vor sich geht.

Ein neues Schermüßel.

Tripolis, 23. Oktober. (Meldung der „Agenzia Stefani“.) Die letzte Nacht ist ruhig verlaufen. Heute morgen hat von einigen Trupps arabischer Kavallerie und einigen regulären türkischen Soldaten ein Angriff auf verschiedene Punkte stattgefunden. Der Angriff war bereits gegen 10 Uhr überaus zurückgeschlagen. Zur selben Zeit jedoch begannen einige Araber der Oase hinterwärts auf die Vorposten zu schießen. Man hat deshalb strenge Maßnahmen zur Durchführung der Waffenausslieferung ergriffen und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Verwundung Enver Beys.

Konstantinopel, 23. Oktober. „Jeni Gazetta“ meldet einen Kampf, der am 17. d. M. zwischen türkischen Truppen unter Enver Bey und Italienern stattgefunden habe. Die Italiener hätten sich unter Zurücklassung von 15 Toten zurückgezogen. Auf türkischer Seite seien zwei Mann verwundet worden; auch Enver Bey sei leicht verletzt.

Die Italiener in der Türkei.

Rom, 23. Oktober. Wie die „Agenzia Stefani“ aus Konstantinopel meldet, stehen in Istanbul vor einigen Geschäften von Italienern Beobachtungsposten, die die Leute am Eintritt verhindern. In Beirut und Jerusalem müssen die Italiener alle Abgaben bezahlen, wie wenn sie Eingeborene wären.

Die Landtagswahlen in den Reichslanden.

Am Sonntag fanden, zum ersten Male unter dem neuen Wahlrecht, die Landtagswahlen in Elsaß-Lothringen statt. 60 Kreise waren zu besetzen, davon ist die Wahl in 35 Wahlkreisen endgültig entschieden. Von diesen 35 Kreisen fielen an das Zentrum 19, an die Sozialdemokraten 5, an die Liberalen 2, 8 an die Kandidaten des Lothringer Blocks. Außerdem wurde ein unabhängiger Agrarier gewählt.

Die Sozialdemokratie steht in 7 Bezirken in sehr günstiger Stichwahl, da bei den Nachwahlen die relative Mehrheit den Ausschlag gibt und die Sozialdemokraten in diesen Kreisen an erster Stelle stehen. Die Sozialdemokratie kann mit dem Wahlergebnis zufrieden sein. Ihre Stimmenzahl ging vielfach weit über die beider Reichstagswahl abgegebene Stimmenzahl hinaus. Gewählt wurden die Genossen Emmel, Böhle, Peirotes Schilling und Fuchs.

Schlecht abgeschnitten haben dagegen die Liberalen, die bis jetzt keinen einzigen ihrer Führer durchgebracht haben. Die Liberalen sind bei der Nachwahl auf die Hilfe der Sozialdemokraten oder des Zentrums angewiesen. Eine Niederlage erlitten haben auch die Nationalisten, von denen Blumenthal und Freih in aussichtslosen Nachwahlen stehen. Ihre Niederlage bedeutet zugleich eine Niederlage des Zentrums, da die Nationalisten ja von dem Zentrum unterstützt wurden. Das Zentrum, das in seiner Angst wiederum den bekannten Schrei ertönen ließ, „die Religion ist in Gefahr“, hatte auch im Namen der Religion die Katholiken des Ministerrates aufgefordert, für Herrn Blumenthal zu stimmen!

Die Nachwahlen werden am nächsten Sonntag stattfinden. Wie die „Vossische Zeitung“ mitteilt, werden die Sozialdemokraten von den Liberalen unterstützt werden. Wahrscheinlich wird durch die Nachwahlen die liberale Majorität beseitigt werden.

In Einzelheiten wird noch gemeldet:

Strasbourg. I Wolf (liberale Landespartei) 1901. Schulenburg (Soz.) 1011. Gillen (Zentr.) 725. Hochstätter (Wirtsch. Vg.) 235. Dr. Hügel (Nationalist) 345. (Nachwahl.) II Burger (liberal-dem.) 1804. Reier (Soz.) 1642. Dr. Diodio (Zentr.) 494. Sering (Nationalist) 173. (Nachwahl.) III Dr. Leoni (liberal-dem.) 1613. Jms (Soz.) 1806. Zentr. 1637. Dr. Kappeler (Nationalist) 376. (Nachwahl.) IV Dr. Dammeron (liberal-dem.) 1300. Wolfer (Soz.) 1220. Hurst (Zentr.) 653. Friedrich (unabh. Wirtsch.) 449. Hügel (Nationalist) 337. (Nachwahl.) V Böhle (Soz.) mit 2715 Stimmen gewählt. VI Peirotes (Soz.) mit 2758 Stimmen gewählt. — Doganun, Hans (Zentr.) gewählt. — Kappeler, weiler. Wetterlé (Nationalist) gewählt. — Schlettstadt. Dr. Keger (Zentr.) gewählt. — Saargemünd. Hoer (Zentr.) gewählt. — Grstein-Bensfeld. Gillet (Zentr.) gewählt. — Niederbronn. Dr. Michel (unabh.) gewählt. — Neubreisach. Kandelshelm. Kähler (Zentr.) gewählt. — Mülhausen (Land). Dr. Spahn jr. (Zentr.) gewählt. — Mülhausen (Stadt). I Emmel (Soz.) gewählt. II Schilling (Soz.) gewählt. — Obweiler-Zulz. Schlumberger (lib.) gewählt. — Volkweiler-Emisheim. Rudolph (Zentr.) gewählt. — Colmar (Stadt). Freih (Nationalist) 1915. Kunz (Dem.) 1000. Sindelang (Soz.) 1582. Engel (unabh.-Merikal) 206. (Nachwahl.) — Colmar (Land). Blumenthal (Nationalist) 2245. Immer (lib.) 2100. Peirotes (Soz.) 2340. (Nachwahl.)

Zur Lebensmittelteuerung.

Die Leipziger Arbeiter gegen die Teuerung.

Mit einer mächtigen Kundgebung auf dem außerordentlich großen Meßplatz vor dem Frankfurter Tor leitete die Sozialdemokratie Leipzigs am Sonntag die Wahlbewegung ein. Schon in der Frühe wanderten zahlreiche Arbeiter und

Arbeiterinnen nach den Sammellokalen in den verschiedenen Stadtteilen, um von dort in losen Zügen durch die Stadt auf den Meßplatz zu ziehen. Drei große Demonstrationzüge, aus dem Osten und Norden kommend, vereinigten sich auf dem großen Fleischherplatz, um sich hier zu einem zu verschmelzen. Ohne jede Störung vollzog sich der Aufmarsch auf dem Platz. Aus den sieben Westvorstädten kam ein unabsehbarer Zug mit den aus anderen Richtungen kommenden Zügen gleichzeitig auf dem Platz an. Der Aufmarsch war wahrhaft imponierend. Nun scharten sich die Zuhörer dicht um die vier Rednertribünen. Auf ein Zeichen begannen gleichzeitig die Genossen Lipinski, Cohen, Fejer und Geher mit ihren Ansprachen. Sie brandmarterten die herrschende Klasse, weil diese nicht den mindesten Versuch mache, ernsthaft Maßnahmen zur Linderung der Not zu ergreifen, und forderten die Zuhörer auf, bis zum Wahltage für die Sozialdemokratie alle Kräfte anzustrengen, damit sie als Siegerin aus dem Kampfe hervorgehe. Nach den feisällig aufgenommenen Ansprachen wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die im Sinne der Referate gehalten ist. Mit einem Hoch auf die internationale revolutionäre Sozialdemokratie wurde die Demonstration beendet. Mit 70 000 Personen, die an ihr teilgenommen, ist die Zahl nicht zu hoch gegriffen. Daß das Militär in den Kasernen marschbereit gehalten wurde, soll nur der Vollständigkeit halber erwähnt werden. Die Demonstration verlief ohne jede Störung, so daß auch nicht ein Polizist zum Einschreiten Anlaß fand, geschweige denn, daß Militär nötig gewesen wäre.

Der gemeinschaftliche Landtag des Herzogtums Coburg-Gotha hat die vom Landtagsausschuß an die Staatsregierung gerichtete Teuerungsforderung angenommen. Die Regierung wird darin ersucht, alle Maßnahmen zur Linderung der Teuerung der Lebensmittel und Futtermittel zu ergreifen.

Eine Notstandsaktion der Gelsenkirchener Stadtverordneten.

Die Gelsenkirchener Stadtverordneten haben sich mit der Lebensmittelteuerung beschäftigt und sind zu folgendem Beschluß gekommen:

Es soll eine Eingabe an den Reichskanzler und an den Landwirtschaftsminister gerichtet werden, in der die Erleichterung der Einfuhr ausländischen Viehes und frischen Fleisches durch Öffnung der Grenzen, besonders der holländischen, dringend empfohlen wird.

Die Stadt richtet einen tödentlichen Verkauf von Seefischen ein.

Die Stadt kauft alsbald eine größere Menge Weizkohl zur Abgabe an die Bevölkerung, um das Einmischen von Sauerkohl zu ermöglichen.

Die Stadt kauft Kartoffeln in größeren Mengen ein, um sie zunächst einzufrieren und im Laufe des Winters an die Bevölkerung in kleineren Mengen abzugeben. Hierzu wird der Verwaltung ein Vorschußkredit von 50 000 M. zur Verfügung gestellt.

Ebenso hat die Stadtverwaltung eine Erhebung über die Preise der wichtigsten Lebensmittel im Groß- und Kleinhandel angestellt, die ein statistisches Bild von den Preisen in den letzten drei Jahren entrollt.

Aus der Debatte war die Rede des Zentrumsmannes Tombrink bemerkenswert, der eine Beseitigung der Getreidezölle und die Öffnung der Grenzen forderte. Ausgerechnet ein anderer Zentrumsmann, der christliche Arbeitersekretär, der Stadtverordnete Sprenger, erklärte, daß das Geschehen von den nimmermatten Agrariern, die die Lebensmittelteuerung verschulden, allein von der Sozialdemokratie stamme. So redet ein Angehöriger der christlichen Arbeiter.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Oktober 1911.

Denunziatorische Beharrlichkeit des Zentrums.

Seit der Düsseldorfener Nachwahl ist das Zentrum wiederholt an die Regierung herangegangen, um von ihr die Abregulierung von Beamten zu fordern, die in der Düsseldorfener Stichwahl nicht gewählt haben, oder von denen das Zentrum behauptet, daß sie sozialdemokratisch gewählt hätten. Bisher hat die Regierung auf diese Denunziationen nicht reagiert, und nun kommt die „Germania“ in ihrer Nummer vom 22. Oktober und wiederholt ihre Denunziationen in dieser drohenden Form:

„Werkwürdige Staatsführung! Unter dieser Spitze nahmen wir in Nr. 236 I. Bl. der „Germania“ vom 13. d. M. Vermerkung von der Festsetzung der „Köln. Volkszeitg.“, daß bei der letzten Reichstagswahl in Düsseldorf ein dortiger Igl. preussischer Oberregierungsrat für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten agitiert habe, und daß „der Herr Regierungspräsident und andere hohe Beamte bei der Stichwahl von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht, also in dem Kampf gegen Sozialdemokratie der liberalen Parole auf Wahlenthaltung Folge geleistet“ hätten. Die erste, auf den Oberregierungsrat bezügliche Behauptung hat, wie auch von uns berichtet, der Herr Regierungspräsident für „völlig unwahr“ erklärt, während die „Kölnische Volkszeitung“ sie aufrecht erhält. Dagegen hat der Herr Regierungspräsident zu der zweiten, seine und anderer hohen Beamten Wahlenthaltung betreffenden Behauptung nicht sich geäußert, so daß an der Wahrheit dieser Tatsache wohl nicht geäußert werden kann. Wir haben diese Tatsache hervor und stellen die Frage: was die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ zu diesem „staatsverhaltenden“ Verhalten von hohen Regierungsbeamten zu sagen haben werde. Seitdem sind 10 Tage vergangen, aber wir haben eine Antwort auf diese Frage in dem offiziellen Organ des deutschen Reichskanzlers und preussischen Ministerpräsidenten bis heute nicht gefunden. Wir wiederholen daher diese Frage, weil die Angelegenheit, um die es sich handelt, von außerordentlicher Bedeutung und Tragweite ist. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, zu erfahren, wie die Regierung zu der ungeheuerlichen, seit dem Bestehen des Reiches noch nicht dagewesenen Tatsache sich stellt, daß ein Regierungspräsident und ihm unterstellte Beamte bei der Stichwahl zwischen einem bürgerlichen Kandidaten und einem Sozialdemokraten der Abstimmung sich enthalten und dadurch die Wahl des Umstürzlers fördern. Die Öffentlichkeit will wissen, ob jene Beamte durch ihre Wahlenthaltung den Intentionen der Regierung gemäß gehandelt haben. Sollte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hierüber nichts zu sagen wissen, so wird die Frage an einer Stelle wiederholt werden, an der sie beantwortet werden muß.“

Eine Regierung, die Müßigkeit besäße, würde auf diese freche, unverhämte Denunziation eine gebührende Antwort finden; umso mehr, als dasselbe Zentrum nach den Bülowwahlen sich nicht genug entkräften konnte über die Eingriffe der Regierung in die Wahlfreiheit. Von Bethmann Hollweg, dem Manne der gottgewollten Abhängigkeiten, ist allerdings nicht anzunehmen, daß er seinen schwarzen Protektoren gegenüber die Stirne in Falten zieht. Und so darf man sich

schleßlich noch darauf gefaßt machen, daß aus Angst vor dem Zentrum Regierungsbeamte gemäßigter werden, weil sie einer nicht bestehenden Wahlpflicht nicht genügt haben.

Die Marokkoverhandlungen.

Der Kongo-Schacher soll nach den Mitteilungen deutscher bürgerlicher Blätter so weit gediehen sein, daß beim Zusammentritt der französischen Kammer am Ende der ersten Novemberwoche die Verhandlungen endgültig abgeschlossen sein werden. Die Regierung und ihre Organe schweigen sich natürlich über Stand und Ende der Verhandlungen noch immer gründlich aus.

Auch in Reichstagskreisen rechnet man mit dem Abschluß der Verhandlungen zu dem oben angegebenen Zeitpunkt. Gleichzeitig wird behauptet, daß die deutsche und die französische Regierung sich dahin verständigt haben, die Marokko-Interpellationen in den beiden Parlamenten gleichzeitig zu beantworten und zwar soll das am 9. November geschehen.

Was geht im Norden Deutschsüdwestafrikas vor?

In den bürgerlichen Zeitungen wird das wiederholte Fällen der Otavi-Minenpapiere weidlich besprochen. Aber den heißesten Punkt, die Hauptursache hierfür, die Furcht vor Verwidelungen im Ovamboland, hat die bürgerliche Presse zu verschweigen für gut befunden.

Der „Vorwärts“ hat schon am 17. August seine Bedenken über die Entsendung der großen Streitmacht unter Major Girsch und v. Heydebreck betont. Die Befürchtungen scheinen sich jetzt zu bewahrheiten, denn von keiner Seite, weder von dem Kolonialamt, noch von den Drahtziehern der Otavi-Minen wird berichtet, was die Expeditionen von Frankenberg und Girsch bezweckt und erreicht haben. Die Eingeborenen sind durchaus friedliebend, wie der Marck des Hauptmanns Streitwolf und der Zug des Prospektors Einwaldt bewiesen haben. Das Auftreten einer so großen Macht, wie sie Ende Juli nach Uebebe geschickt wurde, konnte nur dazu angetan sein, die Eingeborenen ruhig zu machen und zu Widersehlichkeiten zu reizen, wenn nicht die führenden Herren mit größter Vorsicht zu Werke gegangen sind. Es liegt nicht nur im Interesse der durch den Aufstand geschädigten, vornehmlich kleineren Otavi-Minen-Aktionäre, sondern auch in dem des ganzen deutschen Volkes, daß die Regierung endlich ihre Schweigen bricht und eine offene Darlegung der ganzen Situation gibt.

Durch die Vernichtung der Hereros sind die deutschsüdwestlichen Farmer und die Unternehmer jeglicher Art der nächsten Arbeitskräfte beraubt worden. Werden noch die Ovambos hingeschlachtet, so sind Minen und andere Betriebe, aus Mangel an billigen Händen, einfach brachgelegt und ihre Aktien höchstens als Käsepapier zu vertorten. Die deutschen Steuerzahler aber hätten die Kosten des neuen Kolonialkrieges zu tragen.

Müller-Meinungen und die Saalabtreiber.

Vor wenigen Tagen hat der „verfügte“ Dr. Müller, wie er sich selbst nannte, im Reichstage gelegentlich der Beratung der sozialdemokratischen Interpellation über die Verträge gegen das Vereins- und Verfallungsrecht folgenden Satz geprägt: „Die Saalabtreiber sind eine politische Unanständigkeit ohne Gleichen!“ (Sehr wahr, links.)

Stimmt! Was sagen aber alle diejenigen, die Herrn Müller beglückwünscht haben, dazu, wenn sie erfahren, daß im Wahlkreis desselben Abgeordneten in vielen Orten den Sozialdemokraten die Säle gleichfalls verweigert werden?

In den beiden gut liberalen Städten Meiningen und Hildburghausen kann der sozialdemokratische Kandidat Knauer keinen Saal zu Versammlungen erhalten; er muß deshalb in kleinen Gaststätten sprechen. Dieser unwürdige Zustand besteht schon jahrelang und ist Herrn Müller bekannt. Ja, viele Wähler behaupten sogar, daß er dieses eigenartige Vorgehen seiner Parteifreunde billigt. Demgegenüber betrachte man die im Reichstage mit großem Pathos und mit Entrüstung vorgetragene Kritik der Saalabtreiber!

Die sächsischen Fleischermeister gegen den preussischen Landwirtschaftsminister.

Sächsische Fleischermeister veröffentlichen gegen die Behauptung des preussischen Landwirtschaftsministers, die Ursache der jetzt bestehenden Teuerung falle den Fleischermeistern zur Last, folgenden Protest: „Die Herren Landwirtschaftsminister sind wahrlich die besten Kronzeugen für die Feststellung, wo der Hase im Pfeffer liegt. Jedes Kind weiß, daß die Herren den Großagrariern, den größten Feinden des deutschen Mittelstandes, nahe stehen, wenn sie nicht gar aus ihrer Mitte hervorgegangen sind.“ Der Herr v. Pöblich ist ja ein schlagender Beweis dafür. Da kommen denn die Herren und versichern, ihre Feststellungen seien aus einwandfreien statistischen Quellen geschöpft und spielen sich damit mächtig auf. Schaut man aber mal gehörig hin, so fallen alle ihre Angaben wie ein Kartenhaus zusammen. Daß wir Fleischermeister nicht an der heurigen Teuerung schuld sind, das ergibt sich, wenn man die Verhältnisse einmal näher betrachtet. Wir weisen darauf hin, 1. daß z. B. in den Monaten Mai bis September dieses Jahres Schweinefleisch zu einem Preise verkauft wurde, welcher häufig nicht höher war als die Höchstpreise für Lebendgewicht; 2. daß sowohl die von landwirtschaftlicher Seite ins Leben gerufenen Konkurrenzfleischereien als auch die kommunalen Fleischverkaufsunternehmungen sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich, ohne Unterschied unter großen Verlusten ihr Dasein aufgeben; 3. daß die Preistreiber nicht auf die Fleischer und Händler zurückzuführen sind, kann auch mit Leichtigkeit dadurch nachgewiesen werden, daß in den meisten sogenannten amtlichen Marktpreis-Notierungen-Kommissionen stets die landwirtschaftlichen Kommissionsmitglieder auf eine möglichst hohe Notierung der Lebendpreise hinarbeiten; 4. daß im Vorjahre die Landwirtschaftliche Viehverkaufszentrale in München sich darüber beklagte, daß die Händler ihr Vieh zu billig abgaben. — Das sind wahrheitsgetreue Feststellungen, an denen kein Ministerium der Welt tippen kann, aber erst recht nicht der königlich preussische Landwirtschaftsminister. Ist es nicht ein schreckendes Mißverhältnis, daß ein hoher Beamter den Fleischern, die gewiß ebenso sehr darauf sehen müssen, die schweren Zeiten zu bestehen wie alle anderen Erwerbsstände, die Konsumenten auf den Hals jagt! Ein Landwirtschaftsminister ist doch nicht bloß dazu da, in einseitiger Weise die ihm nahestehenden Großagrariern, die gepöbelten Lieblinge der Regierung in Oesterreich, voran zu stellen und ihnen alle Dinge zum Besten zu lehren. ... Es bleibt dabei: Der Mittelstand hat nur ein Mittel, der volksfeindlichen Wirtschaftspolitik, wie sie gegenwärtig besteht, ein Ende zu machen; wir alle, Handwerker, Bauern, Beamte, Kaufleute und Arbeiter, müssen am Tage der Reichstagswahl mit dem Stimmzettel in der Hand für kräftige Abhilfe sorgen. Nur die größten Räuber wählen ihre Metzger selber. Parole muß sein: Wählt keinen Konservativen!“

Aus dem bayerischen Landtage.

München, 21. Oktober 1911. (Wg. Ver.) Die sozialdemokratische Fraktion hat auch in dieser Session wieder Anträge gestellt, die den Staat zu entsprechender Fürsorge für die Arbeitslosen verpflichten wollen. Es soll einmal Arbeitsgelegenheit geschaffen und zweitens in das Budget eine Summe von 200 000 M. eingesetzt werden zur Unterstützung derjenigen Städte, welche eine Arbeitslosenversicherung auf Grund des ministeriellen Musterstatuts einführen.

Genosse Simon, der in der Frage der Arbeitslosenversicherung sehr gut eingearbeitet ist, begründete den sozialdemokratischen Antrag. Er konstatiert zunächst, daß die Arbeitslosigkeit zwar 1910 und 1911 etwas geringer geworden ist, aber immer noch eine so bedeutende Höhe erreicht, daß gegen diesen dauernden Mißstand auch dauernde Maßregeln ergriffen werden müßten. Die freien Gewerkschaften allein hätten seit 1908 bis einschließlich 1910 über 41 Millionen für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben. 1908 und 1909 waren es pro Jahr 8 Millionen, 1910 noch über 6 Millionen.

Ueber die Arbeitslosigkeit in Bayern gibt Genosse Simon für die einzelnen Monate der Jahre 1909 und 1910 an der Hand der Statistik der Arbeitsnachweise und Arbeitslosenzählungen ein genaues Bild. Eine ganze Reihe bayerischer Städte wären zur Einführung einer gemeindlichen Arbeitslosenversicherung bereit, wenn die Regierung einen Teil der Kosten übernimmt. Andere Staaten, wie Dänemark, Norwegen, Frankreich seien auf dem Wege vorausgegangen, trotzdem dort die bürgerlichen Parteien die Pflicht hätten.

Im Auftrage der liberalen Fraktion spricht sich Abgeordneter Hübsch für den sozialdemokratischen Antrag aus. Die Liberalen sind mit der Einführung der gemeindlichen Arbeitslosenversicherung mit Staatsunterstützung einverstanden. Abg. Hübsch hält das für ein Uebergangsstadium, das aber in absehbarer Zeit wenigstens zu einer obligatorischen Versicherung aller Arbeiter innerhalb einer Gemeinde führen müsse.

Für das Zentrum spricht Abg. Walterbach. Er gibt die Arbeitslosigkeit zu und auch die schlimmen Folgen derselben. Am Ende spricht er sich unter allerlei faulen Ausreden gegen die Bewilligung der 200 000 Mark aus. Die Städte müßten vorangehen. (In den Gemeinden sprechen sich die Zentrumsredner dagegen aus und sagen der Staat müsse erst Mittel bewilligen.) Jesuiten-Politik!

Der Vertreter des Bauernbundes ist prinzipiell gegen eine Ausweitung staatlicher Mittel für Arbeitslosenversicherung.

Von unserer Seite spricht zu dem Antrag noch, hauptsächlich über pfälzische Angelegenheiten, Genosse Clement. Er charakterisiert besonders die arbeiterverräterische Politik des Zentrums.

Und die bayerische Regierung? Sie versichert durch den Minister des Innern, daß im kommenden Winter die Arbeitslosigkeit nach ihren Informationen wahrscheinlich keine besonders große sein wird und daß die nötigen Maßregeln getroffen sind. Bezüglich der staatlichen Unterstützung der Gemeinden aber lehnt er vorläufig ab wegen der fortwährenden Ungunst der Finanzverhältnisse.

Wie der konservative schlesische Parteitag zustande kommt.

darüber gibt ein der Breslauer „Volkswacht“ in die Redaktion geschicktes Schreiben Auskunft. Es heißt in demselben:

„Am Sonntag, den 29. Oktober, mittags 11 1/2 Uhr, findet im großen Saal des „Konzerthauses“ in Breslau, Gartenstraße 89/91, ein

konservativer Parteitag für Schlesien statt.

Ich bitte, mit allen Kräften dafür Stimmung zu machen und auf zahlreichen Besuch hinzuwirken, damit sich der Parteitag zu einer gewaltigen Kundgebung der konservativen Partei unserer Provinz gestaltet. Sollten die bei liegenden Eintrittskarten, die ich bestimmt unterzubringen bitte, nicht ausreichen, so sind von mir mehr zu beziehen.

b. Weddig, Vorsitzender.“

Als besondere Zugnummer wird das Erscheinen des Herzogs Ernst Günther zu Schleswig-Holstein auf dem Parteitag angekündigt. In anderen Organisationen werden die Parteitage durch Delegierte gebildet. Die Konservativen dagegen schaulen die königstreuen Schächsel im Lande in die Leiterwagen und fahren sie massenweise zum Parteitag. Und diese Leute sollen dann eine eigene Meinung haben.

Die Wechselgeschäfte zweier Leutnants

wurden am Montag vor dem Kriegsgericht der königlichen Kommandantur verhandelt. Es handelte sich um die Leutnants Eggers und Schmidt. Beide Angeklagte sollen Wechsel über 1500, 1800, 3000 M. usw. ausgestellt haben, ohne jede Möglichkeit, die Papiere einlösen zu können. Sie sollen sich unter Vorpiegelung falscher Tatsachen einen rechtswidrigen Vermögensvorteil verschafft haben. In erster Linie machten sie Berlin zum Felde ihrer wechsellastigen Straftaten. Ihre Geldlamiaten sind auf ihren ausweichenden Lebenswandel zurückzuführen. Auch Irkundensatzung spielte unter den Delikten der Angeklagten eine Rolle. Ferner machten dieselben in Berliner Nachtlokalen Logis- und Beschulden. Eine ganze Anzahl von Kellnern ist speziell von Schmidt um betrübliche Summen gebracht worden. Unter den Zeugen befanden sich auch eine Anzahl Halbweildamen.

Nach Verlesung der Anklageschrift wurde für die ganze Dauer der Verhandlung wegen Gefährdung militärischer Interessen die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Der Prozeß dürfte einige Tage in Anspruch nehmen.

Frankreich.

Die Verhaftung der Kolonialbeamten.

Paris, 22. Oktober. Die gesamte Presse beschäftigt sich eifrig mit den Vorwommnissen in Udscha. Allgemein wird das lebhafteste Bedauern über die Angelegenheit ausgesprochen, durch die in jedem Falle die französische Verwaltung in den Augen der Eingeborenen arg herabgesetzt werde. Mehrere radikale Blätter greifen den General Toutée heftig an, weil er offenbar ganz eigenmächtig vorgegangen sei und seine Befugnisse in bedenklicher Weise überschritten habe.

Ueber die Angelegenheit wird heute berichtet, daß die von einem Militärarztmeister vorgenommene Prägung der Rassenbücher der verhafteten Beamten unzweifelhaft betrügerische Maßnahmen ergeben habe. Ferner sei festgestellt worden, daß von den in den beiden Banken in Udscha hinterlegten Summen im Betrage von 1 040 000 Frank mehr als die Hälfte verschwunden sei. Mehrfach wird behauptet, zwischen General Toutée und Destailleur habe eine Feindschaft bestanden, die darauf zurückzuführen sei, daß während des letzten marokkanischen Feldzuges auf Grund von Verichten Destailleurs dem General Toutée zu dessen größtem Verger der Befehl erteilt worden sei, den Aufmarsch nicht zu übersteuern. General Toutée habe seither wiederholt auf Umtriebe Destailleurs aufmerksam gemacht und namentlich darauf hingewiesen, daß infolge der zugelassenen Terrain Spekulationen Destailleurs die Tragierung der Bahnlinie Oran-Udscha großen Schwierigkeiten begegnet sei.

„Humanität“ behauptet, die Verhafteten hätten die Eingekerkerten in schwächerer Weise um ihre Grundstücke gebracht und Waffenschmuggel getrieben, indem sie den Riffleuten aus Belgien stammende Gewehre verschafften.

England.

Ministerwechsel?

London, 23. Oktober. Im Zusammenhang mit einer Anzahl bevorstehender Änderungen im Kabinett verläutet, der Erste Lord der Admiralität Mc Kenna sei von seinem Posten zurückgetreten und werde ein anderes Portefeuille übernehmen.

Aus der Partei.

Der Bezirkstag des Regierungsbezirks Merseburg

fand am Sonntag im Volkspark in Halle a. S. statt. An der Tagung nahmen Delegierte aus allen zu dem Bezirke gehörigen Wahlkreisen, mehrere Reichstagskandidaten und sonstige Parteifunktionäre teil. Es herrschte Einmütigkeit über die Tätigkeit des Bezirksvorstandes und Bezirkssekretärs. Obwohl im Bezirke die Reaktion läßt das Haupt erhebt und die Justiz erhebliche Opfer forderte, — man spreche nicht davor zurück, Arbeiter, die jahrelang ihre Steuern zahlten, mit Ausweisungen zu drohen, so bald sie sich als „Ausländer“ in einem Streit an die Seite ihrer Massengenossen stellen — sind dennoch gedehnte Fortschritte zu verzeichnen. Trotz aller Verfolgungen und Polizeimahnahmen hat sich der Mitgliederbestand im Bezirk um 1500 vermehrt, so daß jetzt 20 864 Parteimitglieder den Organisationen angehören. Die Finanzen stehen gut und es konnte nach dem Referat des Genossen Drescher über die kommenden Reichstagswahlen konstatiert werden, daß man mit Freude der Generalabrechnung mit den Volksausbeuten und Lebensmittelverleürern entgegensteht. Der Bezirkstag, der gute Arbeit geleistet hatte, wurde abends gegen 5 Uhr mit dem üblichen Hoch auf die Partei geschlossen.

Die zweite Balkankonferenz.

In Belgrad haben sich am 18. Oktober die Vertreter aller balkanländischen und südslawischen sozialdemokratischen Parteien versammelt, um in einer Vorkonferenz die notwendigen Vorbereitungen für die zweite sozialdemokratische Balkankonferenz zu treffen. Die Konferenz soll Weihnachten in Sofia abgehalten werden. Jetzt in der Zeit der politischen Verwicklungen auf dem Balkan und der Aktualität der Orientfrage hat diese Konferenz eine große Bedeutung.

„Rote Spindel.“

Welche unglaublichen Dinge der „Reichsverband“ aller Welt, vor allem aber seinen Mitgliedern antut, das hat seine Verlagsanstalt in den letzten Tagen durch folgenden Vorfall bewiesen:

Am 4. Oktober bestellte, wie uns berichtet wird, unser Genosse Vogel bei dem Verlage „Autonia“ von dem jetzt neu erschienenen „Handbuch für nichtsozialdemokratische Wähler“ drei Exemplare nebst Rechnung. Er war der Meinung, daß der Verlag selbst sich seines Handbuchs nicht zu schämen brauche und es jedem anständigen Menschen gegen Bezahlung in die Hand geben könne. Er gab seinen vollen Namen und Adresse bei der Bestellung an.

Anstatt der gewünschten Bücher oder eines anständigen Bescheides erhielt er jedoch am 20. Oktober einen Korrekturabzug der „Reichsverbands-Korrespondenz“ anonym zugelandt, in dem folgendes zu lesen war:

Übermaß rote Spindel entlarvt.

Die sozialdemokratische Partei, die bei jeder Gelegenheit ihrer Entrüstung über angebliche Spindelverbrechen Ausdruck gibt, hat selbst das Spindelun großartig organisiert. Wiederholt konnte die „Reichsverbands-Korrespondenz“ darüber Mitteilung machen. Besonders suchten sich sozialdemokratische Genossen und Obergewissen in den Besitz des literarischen Materials des Reichsverbandes zu setzen. Glücklicherweise hatten die unter falscher Flagge herangezogenen Mitglieder der Partei „für Kultur und Gesittung“ mit ihren Spindelun keinen Erfolg, da der Reichsverband über die Organisationen der Sozialdemokratie gut unterrichtet ist und daher regelmäßig die Spindel entlarvt. In den letzten Monaten konnten folgende Fälle von Spindelun ermittelt werden:

In einem freundlichen Brief an die Verlagsanstalt des Reichsverbandes ersuchte ein Herr Alex Vogel in Charlottenburg, Hofenstr. 8, um drei Exemplare des „Handbuchs für nichtsozialdemokratische Wähler“ nebst Rechnung. Herr Vogel hatte wahrscheinlich die Rosinen im Kopfe, daß der Reichsverband nicht merken würde, „wie sein Ram“ und „Art“. Darin hat er sich allerdings getäuscht. Genosse Vogel gehört zu den sozialdemokratischen Unterführern, hält Vorträge in sozialdemokratischen Versammlungen, leitete 1908 die Landtagswahl in Rüdgers usw. Im Hause Hofenstr. 8 in Charlottenburg befinden sich lauter sozialdemokratische Bureaus: Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für Teltow-Weesow-Storow-Charlottenburg, Transportarbeiterverband Groß-Berlin und Bau III, Allgemeines Ortskrankenkassen für die vereinigten Gewerbebetriebe, Porzellanarbeiterverband, Volkshaus Charlottenburg.

Es wird also hier den Mitgliedern vorgegaukelt, unser Genosse habe sich verwerflicher Spindelun bedient, um in den Besitz des Materials zu kommen. Es macht den Reichsverbandshelben auch gar nichts aus, daß ihre Behauptung schon dadurch widerlegt wird, daß die Bestellung unter richtiger Angabe des Namens und der vollen Adresse einlief.

Dieser Vorgang beweist aber, wie ängstlich man im Reichsverbandslager darüber wacht, daß niemand Einblick in sein „Material“ gegen die Sozialdemokratie erhält, damit es nicht zu früh in seinem wahren Werte erkannt wird.

Sozialdemokratische Preßsünder im Gefängnis. Unser Parteiorgan in Stettin, der „Volkshote“, klagt über die Behandlung des wegen Preßvergehens inhaftierte Genossen Heise. Nach diesen Klagen hat der Genosse Heise die Vergünstigungen, die ihm in Stargard gewährt wurden, in Stettin nicht erhalten. Die Selbstbefreiung wurde abgeschlagen, sein Eßgeschir muß er sich in kaltem Wasser reinigen usw. — Sozialdemokratische Preßsünder können neidisch auf gewisse hochgeborene Verbrecher blicken.

Personalien. Redakteur Genosse Jakob, bisher am „Nordb. Volksblatt“ in Rastbergen, ist am 23. Oktober in das Preßbureau eingetreten.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Ein empfindlicher Gemeindevorstand.

Der Verantwortliche der „Nordb. Volkstimme“, Genosse Varg, und das ehemalige Gemeindevorstandmitglied in Schiffdorf, Genosse Gottschalk, wurden Ende Juni dieses Jahres in Bremerhaven wegen Beleidigung des Gemeindevorstandes in Schiffdorf verurteilt, und zwar Varg zu einem Monate Gefängnis und Gottschalk zu 100 M. Geldstrafe. Am Montag hatte sich die Strafkammer in Bremen als Berufungsinstanz mit dieser Sache zu beschäftigen. Nach dem Ergebnis der Verhandlungen hat Gottschalk als Gemeindevorstandskandidat in einer Versammlung erklärt, ihm sei einmal als Ausschußmitglied von einem Vertreter der Bauern Geld angeboten worden. Der Bauer, der Gottschalk das Geld angeboten haben soll, konnte sich als Zeuge an die Sache nicht mehr erinnern, gab aber zu, daß er damals einen über den Durst getrunken hatte. Die Berufungsinstanz kam ebenfalls zur Verurteilung und erkannte gegen Varg auf eine Geldstrafe von 300 M., eventuell 30 Tage Gefängnis. Die Strafe Gottschalks blieb bestehen.

Die Teuerungsdebatte im Reichstage.

195. Sitzung. Montag, den 23. Oktober, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitzung: v. Bethmann Hollweg, Dr. Delbrück, v. Schorlemer. Auf der Tagesordnung stehen die Interpellationen über die Teuerung.

Die Interpellation des Zentrums fragt an, ob der Reichszankler bereit ist, Auskunfts zu erteilen, inwieweit eine außerordentliche Preissteigerung der Nahrungsmittel- und Futtermittel eingetreten ist und welche Maßnahmen er zu veranlassen gedenkt, um bestehenden oder drohenden Uebelständen ohne Schädigung der einheimischen Produktion entgegenzuwirken.

Abg. Dr. Spahn (Z.) [auf der Tribüne sehr schwer verständlich]: Auch meine Freunde erkennen an, daß eine außerordentliche Teuerung vorhanden ist. Redner bespricht die vom Reich und den einzelnen Kommunen bisher ergriffenen Maßnahmen gegen die Teuerung und scheint sich

gegen die Aufhebung der Futtermittelzölle

zu erklären. Einen wirklichen Notstand, der eine Verringerung des im Interesse der Landwirtschaft beschlossenen Zollschutzes notwendig machen könnte, erkennen wir nicht an. Was das System der Einfuhrzölle anlangt, so empfiehlt sich vielleicht ihre zeitweise Beschränkung auf Roggen und Weizen.

Die sozialdemokratische Interpellation lautet: Was gedenkt der Reichszankler zu tun, um der notorischen Teuerung der notwendigsten Lebens- und Futtermittel, die zu einer Katastrophe für den größten Teil des deutschen Volkes geworden ist, entgegenzuwirken?

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort:

Abg. Scheidemann (Soz.):

Wenn auch die Mehrheitsparteien nicht mehr den Mut gehabt haben, jeden Notstand zu bekämpfen, so haben sie doch den Mut gehabt, jedes Mittel zur wirksamen Abhilfe abzulehnen. In diesem Jahre ist der Notstand ganz außerordentlich groß. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß das Hungergespenst so vernehmlich an die Türen des werktätigen Volkes klopft, daß diese Tatsache nicht überhört werden kann durch die wüste Kriegshysterie gewissenloser Imperialisten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch im Ausland besteht eine ungewöhnliche Teuerung. Nur sind in Frankreich und speziell in den belgischen Provinzen die Arbeiter nicht von der Lammesgeduld wie die deutschen Arbeiter und sie sind auch nicht in gleicher Weise organisiert, und daraus erklärt es sich, daß es in verschiedenen Provinzen Frankreichs und Belgiens zu Hungerrevolten gekommen ist. In demjenigen Land, wo die Organisation der Arbeiter derjenigen der deutschen am ähnlichsten ist, ist es bei einer Demonstration gegen die Teuerung zum Blutvergießen gekommen, weil die Polizei dort nicht hinter den Leistungen der Roabiter Polizei zurückbleiben wollte. In Deutschland ist es bisher zu keinerlei Unruhen und unangenehmen Zwischenfällen gekommen. Das ist um so erfreulicher, als der Notstand um so schlimmer ist, weil die Teuerung hier mit einer außerordentlich großen Wohnungsnot

zusammenfällt. Ich will auf Einzelheiten nicht näher eingehen und nur die eine Tatsache feststellen, daß hier in Berlin 90 000 Menschen in Kellern hausen müssen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das sind die Brutstätten für Seuchen, das sind die Stätten, in denen neue Schwindsuchtstribunen zu Zehntausenden herangebildet werden. Gegenüber der Darstellung, der man oft begegnet, als sei das Wohnungselend nur in den Großstädten vorhanden, will ich ausdrücklich feststellen, daß es in den Kleinstädten nicht besser, vielfach sogar viel schlechter aussieht; die Hausagrarier sind sich überall gleich. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ein gewisser Anlaufrost besteht darin, daß die Not mit ihrer ganz entsetzlichen Wucht deshalb nicht allen voll zum Bewußtsein kommt,

weil seit Jahrzehnten die Volksmassen systematisch an Hunger gewöhnt sind.

Ihre agrarische Politik geht ja auf nichts anderes hinaus, als die Tausende und Abertausende ans Hungert zu gewöhnen, um der kleinen Clique der sogenannten Kotteidenden immer wieder Vorteile zuzuführen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Grundrente ist denn auch gestiegen, und die ostelbischen Grundbesitzer haben zum Teil sehr erhebliche Preise für ihre Güter erzielt. In diesem Sommer, die Wäldernten zur Folge hatte, in deren weiterer Folge Tausende und Abertausende sich in großer Notlage befinden, so daß wir in einer Zeit leben, wo ein großer Teil des Volkes sich nicht sattessen kann und Tausende kleiner Landwirte in eine Notlage gekommen sind, weil sie keine Futtermittel mehr haben oder nur für außerordentlich teure Preise kaufen können. Das gesamte werktätige Volk — und dazu rechne ich nicht nur die Arbeiter, auch die Handwerker, der kleine Mittelstand und die kleinen Beamten gehören dazu — befindet sich in großer Notlage. Wenn die Beamten im Staat und in den Gemeinden jetzt wieder um höhere Gehälter und Notstandszulagen petitionieren, so muß man ihnen zugestehen, daß sie mit vollem Recht darauf hinweisen, daß ihre Politik dazu geführt hat, daß die kleinen Zulagen, die die Beamten erhalten haben, durch die ungeheure Teuerung der Lebensmittel zehnmal wieder wettgemacht sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nicht nur die Preise für Fleisch und Brot sind gestiegen. Gemüse ist kaum noch zu beschaffen; für Milch, Obst, Butter werden

wahre Hungernotpreise

bezahlt. Der Schweinefleischpreis war im Frühjahr 1910 und 1911 noch verhältnismäßig niedrig, aber für alle anderen Fleischsorten ist der Preis unangesehrt gestiegen. Durch die große Futternot sind viele Viehhändler genötigt gewesen, ihr Vieh zu verkaufen. Natürlich fielen dadurch die Viehpreise etwas, jedoch nicht in gleicher Weise die Fleischpreise. Denn es ist ja bekannt, daß die Wegger dem Steigen der Viehpreise sehr schnell folgen, daß sie sich aber, sobald die Viehpreise wieder fallen, nur sehr langsam daran gewöhnen, diesem Fallen zu folgen. Freilich muß man auch die Gründe der Fleischpreiserhöhung hören. Sie sagen, das ist ein Ausgleich für die gegenüber den Schädigungen, die sie durch die Zollpolitik gehabt haben, und sie teilen deshalb gar nicht im Stande, jeder solchen Schwankung, solcher Senkung der Viehpreise Folge zu geben. Aber ich fühle mich nicht verpflichtet, die Fleischpreiserhöhung hier zu verteidigen. Dafür gibt ja Herr Kollege Sobel hier, der wird das schon nachher besorgen. (Weiterheit.) Rindfleisch, das im September vorigen Jahres noch 1 Mark kostete, kostet jetzt 1,10 Mark, bis 1,20 Mark, Kalbfleisch von der Keule und dem Rücken ist von 88 Pf. bis auf 1,10 und 1,30 Mark gestiegen, ebenso ist Hammelfleisch im Preise ganz enorm gestiegen. Es besteht gar kein Zweifel, daß wir außerordentlich schlimmen Zeiten in bezug auf die Fleischpreise entgegengehen; wenn der Verkauf des Viehes zufolge des Futtermangels noch weiter um sich greift, werden wir in 1 bis 2 Jahren mit Fleischpreisen zu rechnen haben, wie wir sie bisher in Deutschland noch nicht kennen gelernt haben. Aber nicht nur die

Fleischpreise sind gestiegen, auch fast alle anderen Nahrungsmittel. Kartoffeln kosteten im vorigen Jahre noch 4 Mark pro Zentner, in diesem Jahre 8 Mark. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Roggen kostete im August vorigen Jahres 147,00 Mark pro Doppelzentner, in diesem 171,00 Mark. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In ähnlicher Weise sind die Preise für Weizen und Hafer gestiegen. Milch kostet jetzt schon 26 Pf. pro Liter, Butter kostete im vorigen Jahre 110 bis 116 Mark pro Doppelzentner, in diesem 126—128 Mark, im Kleinhandel ist der Butterpreis für die geringeren Leute beinahe unerschwinglich, 3,20 Mark bis 3,50 Mark kostet das Kilo. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eier gehören jetzt schon geradezu zu den Luxusartikeln. Die Gemüsepreise sind in unglaublicher Weise gestiegen. 100 Pfund Mohrrüben kosten 8—15 Mark, gegenüber 2—3 Mark im Vorjahr. Rottkohl ist von 3—7 Mark auf 8—12 Mark gestiegen, und so geht es weiter bei allen Gemüsen.

Nun weiß ich, daß diese Preise auf die Dürre zurückzuführen sind. Aber dadurch werden viele mit der Nase darauf gestoßen, daß zu dieser Preissteigerung infolge der Dürre noch die

künstliche Preissteigerung zufolge Ihrer Zollpolitik

kommt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch im Ausland herrscht eine Teuerung. Aber es besteht doch ein großer Unterschied zwischen der Teuerung dort und bei uns, zwischen den Preisen auf dem Weltmarkt und denen in Deutschland. Im September 1911 kostete der Doppelzentner Weizen in Paris 206,4 Mark, in Budapest 202 Mark, in Liverpool 166,2 Mark, in Odessa 163 Mark, in New York 163 Mark, in Chicago 143,8 Mark und bei uns in Berlin 211 Mark. Der Preis unserer Weizen ist immer genau um den Betrag des Zolles teurer als der Preis auf dem Weltmarkt. 60 Kilo Rindfleisch kosteten in London 1904 54 Mark, in Berlin 61 Mark, also 7 Mark mehr, im Jahre 1905 in London 51 Mark, in Berlin 63 Mark, also bereits 12 Mark mehr und so ist die Differenz andauernd gestiegen, bis sie 1907 17,06 Mark erreichte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und auch jetzt beträgt sie wieder 14,77 Mark.

Alle Beispiele zeigen immer wieder dasselbe, wie entsprechend den Zollsätzen alles bei uns teurer ist. Ich erinnere daran, daß im Jahre 1902 folgende Zollsätze für Vieh festgesetzt wurden: Für ein Kalb 7,20 Mark, für ein Schwein 21,60 Mark, für eine Kuh 64,80 Mark, für einen Ochsen 108,— Mark. Auf frischem Fleisch lastet ein Zoll von 27,— Mark pro Doppelzentner, auf zubereitetem von 35,— Mark. Zu allen diesen Zollsätzen haben sie noch schwerwiegende Grenzsperrn

geschaffen und schändliche Bestimmungen im Fleischbeschaugesetz. Dazu kommen noch gewisse Bestimmungen des Viehschutzgesetzes. Ich glaube, der Umstand, daß die Reichstagswahlen vor der Tür stehen, ist nicht ohne Einfluß darauf, daß das neue Viehschutzgesetz, das bereits vor zwei Jahren verabschiedet ist, von der Regierung noch immer nicht veröffentlicht ist. Tritt dieses Gesetz in Kraft, dann können Sie etwas erleben. Durch dieses Gesetz wird den Agrariern die Möglichkeit gegeben, das letzte Loch an der Grenze zuzusperrn, damit auch kein Schweinefleisch einströmen darf. Durch die Quarantäne ist auch das argentinische Fleisch abgesperrt. Nirgends im Ausland hört man davon, daß durch den Genuß dieses Fleisches jemand geschädigt ist. Man weiß, daß in den deutschen Freihäfen selbst die erstklassigen Passagiere auf den Schiffen damit versorgt werden. Diese verwöhnten Leute können ohne Schaden argentinisches und amerikanisches Fleisch essen. Nur das deutsche Volk soll in Masse nicht essen, denn dadurch würde eines unmöglich werden:

Der Wucher mit den Lebensmitteln.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Man weiß auf der linken Seite des Hauses ganz genau, was hinter den sogenannten sanitären Gründen steckt. Sollten Sie es auf der rechten Seite vergessen haben, so erinnere ich Sie daran, daß Graf Borsowsky sagte: „Vergessen Sie doch nicht, daß Sie angeblich ein Sanitätsgesetz machen wollen, nicht ein wirtschaftliches Gesetz.“ Die Mehrheit des Reichstages, die allerdings im Volk nicht die Mehrheit hat, will aber nicht, daß etwas Grundlegendes geschieht, sondern sie will die Dinge sogar noch steigern. In Ihren Agitationschriften sagen Sie, Sie wollen fortfahren mit solchen Gesetzen für die Bauern. Nun, wenn es so weitergeht, wird es dem kleinen Bauer verflucht schlecht gehen durch diese in Wirklichkeit bauernfeindliche Politik. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In der wunderbaren Denkschrift des Deutschen Landwirtschaftsrats freilich werden alle Bauern in einen Topf zusammengeworfen. Tatsächlich wollen Sie Gesetze machen für die Großgrundbesitzer. Ihre Gesetze schädigen nicht nur die gesamte werktätige Bevölkerung in Deutschland, sondern legt auch den kleinen und mittleren Bauern die schwersten Lasten auf. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie werden doch nicht bestreiten wollen, daß durch die Futtermittelnot die kleinen Bauern sehr schwer geschädigt sind und die großen Futtermittelproduzenten außerordentlichen Nutzen hatten. Machen Sie solche Gesetze nur weiter, das Volk wird dann zwar sehr zu leiden haben, aber um so schneller wird dann auch die Einsicht kommen, daß mit dieser agrarischen Politik ein Ende gemacht werden muß. Trotz der Schikanen im Fleischbeschaugesetz und der Grenzsperrn ist unser Land jetzt wieder verheert und die schwersten Schädigungen für die Viehhändler sind eingetreten. Für sie war bei diesen Gesetzen eben nicht maßgebend der Umstand: „Wir wollen das Vieh machen gegen die Viehhändler“, sondern Sie brachten wirtschaftliche Tendenzen hinein, um die Grenzen abzusperrn. Auch wir sind nicht Gegner von Grenzsperrn, soweit es sich um Schutzsachen handelt. Wir machen alles mit, was die Volkswirtschaft und das Vieh vor Verheerung schützen kann. Ihnen aber kam es bei diesen Gesetzen vor allem darauf an,

den Profit zu sichern, nicht die Volksernährung.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eine ganz besonders bössartige Erscheinung, die wesentlich zur Förderung der Teuerung beiträgt, sind die Einfuhrzölle.

Dieses System geht dahin, das an der Grenze bezollte Getreide, das aus dem Ausland zu uns kommt, wieder über die Grenze ausgeführt werden kann, und daß dann bei der Ausfuhr der Zoll wieder zurückgezahlt wird. Durch die Befreiung des Zinsdilatationsbeweises, der also feststellte, ob es sich wirklich um dasselbe Getreide dabei handelt, wurde es ermöglicht, daß für jedes Quantum Getreide, also für das gesamte Getreide, das überhaupt aus Deutschland ausgeführt wird, ein Zollbetrag in Gestalt der Einfuhrzölle zurückgezahlt wird, der zum Teil überhaupt niemals bezahlt worden ist. Also unsere agrarischen Patrioten, die die deutsche Wirtschaft aus dem Lande hinausbringen, um bei uns das Angebot zu verringern, erhalten dafür noch eine Prämie. (Hört! hört! und Juchz bei den Sozialdemokraten.) Das ist in der Tat eine Brotwucherprämie.

Ein Sachverständiger hat vor einigen Tagen im „Berliner Tageblatt“ die Wirkung dieser Einfuhrzölle zahlenmäßig beleuchtet. Er stellt zum Beispiel fest, daß an der deutsch-russischen Grenze in Deutschland derselbe Roggen mit 175 Mark pro Tonne bezahlt wird, den der Russe von deutschen Händlern für 125 Mark kauft. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir liefern den Russen sogar

unserer Vorkrucht billiger, als uns russisches Schweinefutter kostet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wer bei uns gegen dieses System redet, ist natürlich ein Vaterlandslober Weselle, wird als Voyer veräuert, die Machtmittel des Staates werden gegen ihn aufgerufen. Charakteristisch dafür war der Verlauf der Eisenbahnverammlung, die vor acht Tagen in Berlin als Demonstrationsversammlung gegen die Teuerung abgehalten wurde. Dort wurde festgestellt, daß sich Tausende von Eisenbahnarbeitern unterernähren müssen, daß ihr Magen nicht mehr knurrt, weil sie sich schon an das Hungern gewöhnt haben, daß die Frauen der Eisenbahner ihre Kinder fremden Händen übergeben müssen, weil sie gezwungen sind, mit zu verdienen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das sind Hoffnungen königlich preussischer Eisenbahner. Als Abg. Hoffmann in dieser Versammlung erschien, lediglich um sich zu informieren über die Wünsche der Eisenbahnarbeiter, kam es zu tumultuarischen Szenen. Der Vorsitzende ersuchte den Abg. Hoffmann, den Saal zu verlassen unter Hinweis auf die Maßregelungen, die sonst von der Eisenbahnverwaltung zu erwarten seien. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Als Hoffmann schließlich den Saal verließ, folgten ihm Tausende der Eisenbahnarbeiter. Nach seinem Weggange verließ dann der Vorsitzende die Schreien der eingeladenen bürgerlichen Abgeordneten, die ihr Fernbleiben entschuldigend. Also die Eingeladenen kommen nicht und der Abgeordnete, der seine Pflicht tun will, wird hinausgeschmissen. Hier hat sich wieder mal die ganze kleinliche preussische Art gezeigt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso schlecht wie den Eisenbahnarbeitern geht es auch der übrigen arbeitenden Bevölkerung. Ich will speziell auf die Bergarbeiter und die Arbeiter bei Krupp eingehen, weil man sich immer auf diese als Kronzeugen dafür beruft, daß angeblich die Löhne der Arbeiter ganz bedeutend gestiegen sein sollen. Davon ist gar keine Rede. Nach ganz unanfechtbaren Nachweisungen ist festgestellt, daß seit einer Reihe von Jahren

die Löhne der Bergarbeiter ständig zurückgegangen

sind. Von 1907—1911 beträgt der Lohnausfall infolge von Lohnverrückungen 170 800 000 Mark. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dabei haben sich von 1909 zu 1910 die Betriebsüberschüsse der Bergverwaltungen von 87 auf 94 Millionen gesteigert. Ferner verweist man darauf, zu welchen Preisen Krupp Lebensmittel an die Arbeiter der Krupp'schen Werke verkauft. Man übersieht aber dabei, daß es erstens bei Krupp, wie ja auch bekanntlich in manchen Warenhäusern, eine Anzahl Kellereartikel gibt, die ganz besonders billig verkauft werden, und berücksichtigt ferner nicht die glänzende Organisation, den festgeschlossenen Kundenkreis, die Möglichkeit, im Großen einzukaufen. Diese Preise der Lebensmittel bei Krupp können also nicht in Vergleich gestellt werden mit den Lebensmittelpreisen im Kleinvertrieb. Wie wenig zufrieden im übrigen die Arbeiter bei Krupp mit ihren Verhältnissen sind, beweist eine Eingabe der Ortsverwaltung Eisen des christlichen Metallarbeiterverbandes an das Direktorium des Krupp'schen Unternehmens. Da wird geflagt über die Art, wie gearbeitet wird, die dazu führt, daß viele Arbeiter gar nicht dazu kommen, ihre Kinder überhaupt einmal was zu sehen, weil diese noch schlafen, wenn sie zur Arbeit gehen und wieder schlafen, wenn sie von der Arbeit kommen; ferner darüber, daß die

Arbeitszeit seit 21 Jahren nicht verkürzt

Arbeiter usw. Nach einem Bericht der Handelskammer in Witten sind die gesamten Lebensmittelpreise dort in den letzten Jahren um 18 Proz. gestiegen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich komme zurück auf die Einfuhrzölle. Damit also das Ausland das Getreide billiger bekommt als wir, müssen wir ungeheure Summen für die Einfuhrzölle zahlen. Es sind dafür gezahlt worden 1894 6,8 Millionen, 1900 22,2 Millionen, 1905 34,7 Millionen, 1910 sogar 128 Millionen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte den sehen, der die Stimm noch zu bestreitet, daß der Notstand ein außerordentlich großer ist, nachdem selbst die Regierung allerlei Abwehrmaßnahmen getroffen hat aus der Erkenntnis heraus, daß man wenigstens so tun müsse, als sei etwas geschehen. So sind Frachtermäßigungen zugestanden worden für Mais und andere Futtermittel, für Kartoffeln usw. und auch für Fische. Charakteristisch ist dabei, daß man die Konsumvereine von diesen Vergünstigungen ausgeschlossen hat und daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ gewissermaßen entzündend bei der Mitteilung der Frachtermäßigung für Fische bemerkt, daß dabei vor allem eine Unterstützung der deutschen Hochseefischerei bezweckt sei. Die preussische Regierung hat dann Erleichterungen für landwirtschaftliche Brennereien durchgeführt, die aber nach dem Urteil von Sachverständigen in erster Linie ein

Entgegenkommen gegenüber den Schnapsbrennern

bedeuten. Nach der früheren Haltung der Regierung bei solchen Teuerungsdébatten kann sie wirklich nicht verlangen, daß wir ihr mit besonderem Vertrauen entgegenkommen. Erklärte doch der frühere Landwirtschaftsminister v. Podbielski bei einer solchen Gelegenheit: in vier Wochen ist die ganze Fleischnot vorüber, und als er dann deshalb im preussischen Landtage zur Rede gestellt wurde, erklärte er:

„was ich im Reichstage gesagt habe, habe ich natürlich selbst nicht geglaubt.“

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen hat sich diesmal die Regierung darauf beschränkt, den Gemeinden gute Ratssätze zu geben nach dem Worte: „Dannemann geh Du voran, Du hast die Wassertriefel an.“ (Weiterheit.) Wir wollen sehr gern anerkennen, daß die Regierung sich gebessert hat, wenn sie jetzt dazu übergeht, den Gemeinden dieselben Vorschläge zu machen, die wir Sozialdemokraten seit Jahren vertreten haben. Freilich sind die Regierung und die Kommunen mit diesen Ratssätzen in eine böse Zwickmühle gekommen, denn die empfohlene Uebernahme des Lebensmittelvertriebes durch die Gemeinden bedeutet nichts anderes als die Ausschaltung des Zwischenhandels also des Mittelstandes, auf den sich die Herren sonst mit ihrer ganzen Politik angeblich stützen. Dieser Mittelstand gehört nun natürlich mit zu den Leuten, die Not leiden. Wir wissen ja genau, daß durch den Zwischenhandel selbstverständlich die Produktion verteuert werden muß; aus diesem Grunde haben sich ja die Arbeiter seit Jahren zu Konsumgenossenschaften zusammengeschlossen, und es ist nichts als

verlorene Gesundheit

wenn man uns das Eintreten für die Konsumgenossenschaften zum Vorwurf macht, zumal, wenn man weiß, daß z. B. in Hessen gerade die Antife miten die ersten Gründe von Konsumvereinen waren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In Zukunft also wird man jedenfalls die Hejerei gegen uns wegen unseres Eintretens für die Konsumvereine beiseite lassen müssen, denn man würde sich ja nur lächerlich machen, nachdem man jetzt selbst ständig auf den Zwischenhandel schimpft.

An die Regierung möchte ich mir die Frage erlauben, ob sie etwa glaubt, damit ihre Pflicht erfüllt zu haben, daß sie anderen gute Ratssätze gibt, wie sie es machen sollen. Ich meine, die

Verbindungen Regierungen hätten in allererster Linie die Verpflichtung, hier helfend einzugreifen. Ob die Herren das möchten, weiß ich nicht, aber ich behaupte, es zu wissen, daß sie es nicht dürfen, weil der Bund der Landwirte es nicht duldet. Zunächst noch einige Worte über das Verhalten der Mehrheitsparteien. Manche von denen, die 1903 den Postarbitrarmitteln beigetreten, scheinen inzwischen etwas Gewissenbisse bekommen zu haben. Bei den Nationalliberalen ist das allerdings nicht der Fall. Schrieb doch die „Magdeburger Zeitung“, die Zeit der Teuerung dürfte viel leichter überwunden werden, wenn die Ausgaben für Vergütungen, den Besuch von Lanzböden und für Zigaretten eingeschränkt würden. Schlimmer kann man den Schrei des Volkes nach Brot wirklich nicht verhöhnen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Besonders interessant ist die Haltung des Zentrums. Zwischen den Herren Böhler und Heim besteht ja bekanntlich seit lange ein alter Spahn (Heiterkeit); sie sind von jeher nicht die besten Freunde. Diese Gegnerschaft hat sich auch bei den Teuerungsdébatten im bayerischen Landtag wieder gezeigt. Der „Bauerndoctor“ Heim, der zweifellos die bayerischen Verhältnisse genau kennt, muß hier offenbar den Mund halten. (Zuruf im Zentrum: Schwarten!) Uns können Sie keinen größeren Gefallen tun, als wenn Sie ihn reden lassen, wir werden uns freuen, wenn er sich gegen die Ausführungen des Herrn Spahn wenden wird, denn im Grunde war die Rede des Herrn Spahn nichts anderes, als eine Abschüttelung Dr. Heims. Ueber die Rede des Dr. Heim im bayerischen Landtag habe ich mich kürzlich geäuert — soweit das einem Sozialdemokraten überhaupt möglich ist. (Heiterkeit.) Herr Spahn hat aber heute all das bekämpft, was die christlichen Gewerkschaften fordern. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Deutlich war, daß die Rede des Zentrumsführers mit dem Sage schloß: „Die Kirche mahnt die Völker, untertänig zu sein ihrem König, den Gottes Weisheit uns vorgeht und der in seinem Auftrage die Gesetze des Volkes lenkt.“ Das ist ein sehr schlechter Trost für das Volk. Herr Spahn hätte auch aus Verhandlungen, die wir hier im Reichstag gehabt haben, wissen können, daß auch himmlische Instrumente unter Umständen sehr falsch geklingeln können. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ich erinnere auch an das Wort des jetzigen Kaisers: „Sie können mir nicht zusetzen, daß ich den Brotwucher mitmache.“ Aber Herr Spahn hat ganz im Sinne des Vichof Henle gesprochen, der sagte:

„Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben.“

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Stellungnahme des Zentrums ist gar sehr begrifflich, da es in innigem Bunde mit den Herren von den Rechten lebt. Schrieb doch die „Kreuzzeitung“ seinerzeit: „Je freier von Sorgen die Arbeiter sind und je mehr freie Zeit sie haben, desto weniger wird die Allgemeinheit einen Nutzen von ihnen haben.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Je mehr die Arbeiterklasse gekümmert und geknechtet wird, um so besser geht es uns, so kalkulieren die preussischen Junker. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich fasse zusammen: Es wird allseitig zugegeben, auch von den Vertretern der Regierungen, daß das Volk jetzt unter einer schweren Not leidet.

Das Volk will sich satt essen.

Unsere Landwirtschaft ist aber leider, wie auch Herr Spahn zugegeben hat, nicht imstande, soviel Nahrungsmittel zu produzieren, wie wir in Deutschland brauchen. Die Einfuhr an Lebensmitteln und Vieh übersteigt die Ausfuhr dem Werte nach um rund 1723 Millionen Mark im Jahr. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das beweist, daß wir auf Zufuhr von Nahrungsmitteln aus dem Ausland angewiesen sind. Wenn wir trotzdem die absolut notwendige Einfuhr von Nahrungsmitteln und selber künstlich verteuern, so ist das ein ungeheurer, unerträglicher Zustand. Und warum diese Verteuerung? Angeblich um der Landwirtschaft zu helfen, in Wirklichkeit aber um einem kleinen Häuflein von Großgrundbesitzern Vorteile zuzuschaffen auf Kosten der häßlichen Bevölkerung und der breiten Schichten der deutschen Bauern. Wir brauchen billiges Fleisch und wir können es haben, wenn wir die

Zölle auf Schlachtvieh und Fleisch suspendieren

und die Grenzperre auf die unerlässlichen Vorrichtungsmaßnahmen zur Abwehr von Viehseuchen beschränken. Wir brauchen billiges Brot und wir können es haben, indem wir die

Zölle auf Brotfrüchte suspendieren

und das gemeinschaftliche System der Einfuhrscheine beiseite lassen. Wir brauchen billige Futtermittel, damit unsere deutschen Bauern Viehzucht treiben können. Das können wir ermöglichen, wenn wir die

Zölle auf manche Futtermittel abschaffen.

Ich frage den Herrn Reichskanzler, ob er bereit ist, im Sinne unserer Forderungen zu wirken. Herr Reichskanzler, Sie werden ja sagen müssen, wenn Sie dem Volke einseitig die Landwirtschaft und Viehzucht dienen und dem Hunger begehnen wollen. Sie können mir dann nicht sagen, wenn Ihnen das Wohlwollen einer kleinen, leider aber politisch mächtigen Klasse, die unser Volk schädigt und knechtet, über das Volkswohl geht. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die freisinnige Interpellation, welche nach Maßregeln gegen die Teuerung fragt, bearbeitet

(Abg. Deser (Rp.):) Nach unserem Empfinden ist diese Verhandlung die wichtigste der ganzen Kassektion. Die Naturgewalten haben in diesem Sommer das Werk der schwarzen Wirtschaftspolitik vollendet. Die Verteidiger dieser Politik berufen sich auf die außergewöhnlichen Umstände. Aber gerade außergewöhnliche Umstände sind der Kräfte einer Politik; eine Politik, die in außergewöhnlichen Zeiten versagt, taugt eben nichts. (Sehr wahr! links.)

Es spricht von wenig Gewissenhaftigkeit, wenn dem Notstand gegenüber von „Nummel“ gesprochen wird. (Lebhafte Zustimmung links.) Es ist wahr; noch sind, weil unsere Industrie noch prosperiert, die Löhne nicht gefallen. Aber die Gefahr ist vorhanden und die Erfahrung spricht dafür, daß schließlich auch die industrielle Entwicklung durch die Teuerung der Lebensmittel ins Stocken gerät.

Gewiß hat die Dürre dieses Sommers mächtig zur Teuerung beigetragen; aber im letzten Grunde ist die Teuerung nichts als die naturnotwendige und gewollte Folge der seit 30 Jahren konsequent verfolgten agrarischen Wirtschaftspolitik. (Lebhafte Sehr richtig! links.) Die Teuerung ist nur zum Teil zufällig; zum Teil aber herbeigeführt durch die Gesetzgebung; soweit sie durch die Gesetzgebung herbeigeführt ist, wird sie eben nicht vorübergehen, wenn nicht die Gesetzgebung geändert wird.

Wir verlangen eine allmähliche Verringerung der Wirtschaftspolitik, einen schrittweisen Abbau der Zölle. (Lachen und Zuruf rechts.) Wir sind sehr lebhaft davon überzeugt, daß nicht mit einem Schlage die ganze Zollgesetzgebung von 1870 zu widerrufen werden kann. Die meisten Industrien wollen gern an ihren Vorständen verzichten, wenn dafür die Löhne der Lebensmittel zuleichter wird. (Lachen und Widerspruch rechts.)

Die Agrarzölle liegen auch nicht im wohlverstandenen eigenen Interesse der Landwirtschaft. Sie haben zu einer

kolossalen Steigerung der Güterpreise

geführt und diese kolossale Steigerung der Güterpreise schließt eine zukünftige Agrarkrise in sich. (Sehr wahr! links.)

Man wirft und vor, daß wir die Interessen des Ostens gegenüber denen des Westens zurücksetzen und sucht das an unserer Haltung in der Frage der Einfuhrscheine zu beweisen. In keiner Weise vernachlässigen wir die Interessen des Ostens; aber allerdings wollen wir auch nicht die Interessen des Westens opfern. Die Einfuhrscheine haben ihre Natur völlig verändert. Die un-

gesunde Entwicklung des Einfuhrscheinwesens basiert eigentlich erst seit 1906.

Früher hat auch das Zentrum ein gewisses Misstrauen gegen das System der Einfuhrscheine an den Tag gelegt. (Hört! hört! links.) Das scheint allerdings anders geworden zu sein, obwohl ich nicht sagen kann, daß ich die heutigen Ausführungen des Kollegen Spahn über diesen Punkt verstanden habe. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Die Maßnahmen, die er allenfalls zugestehen schien, können jedenfalls nicht als genügend bezeichnet werden. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um das die Reichskasse schädigende System der Einfuhrscheine unter Wahrung der für den Grenzverkehr notwendigen Rücksichten zu beseitigen und besonders die preissteigernde Ausfuhr deutschen Roggens mindestens zu beschränken.

Von der Fleischnot behauptet man auch, daß sie vorübergehend sei; man bleibt uns aber den Beweis schuldig, wie die deutsche Viehzucht beim jetzigen Stand der Futtermittelzölle imstande sein soll, den Bedarf zu decken. In diesem Sinne begrüßen wir die Ausführungen, die im bayerischen Landtag der Kollege Dr. Heim gemacht hat. (Sehr gut! links.) Die Aufhebung oder mindestens die zeitweilige Aufhebung der Lebensmittelzölle verlangen wir in erster Linie gerade im Interesse der Landwirtschaft. Im Interesse der Konsumenten verlangen wir, daß mit der mißbräuchlichen Verwendung sanitärer Bestimmungen zur Verhinderung der Fleisch-einfuhr gebrochen wird.

Was die Ermäßigung der Eisenbahntarife betrifft, so erkennen wir dieselbe dankbar an, besonders weil sie die Verpflegung der Großstädte erleichtert. Aber als ein durchgreifendes Mittel gegen die allgemeine Teuerung können wir solche Tarif-erleichterungen nicht ansehen.

Unser Volk ist reifer als das französische und weiß, daß diese Fragen Maßfragen sind, die durch die politischen Faktoren und nicht auf der Strahe entschieden werden. Millionen von Augen blicken auf die Hände des Reichskanzlers. Wenn die Hände leer sein werden, dann wird eine große Enttäuschung Platz greifen (Unruhe rechts) und diese Enttäuschung wird aus der Wahlurne aufsteigen. (Lebhafte Bravo! links.)

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

Der Redner der sozialdemokratischen Partei ist bei seiner Behandlung der Interpellation zu einer Stellungnahme gekommen, wie sie auch in der Presse und in Versammlungen vielfach zutage getreten ist. Die Folgen der diesjährigen Dürre werden zum Anlaß einer allgemeinen Anfrage gegen unsere Wirtschaftspolitik genommen. Die sogenannten großen Mittel, die Aufhebung der Zölle, oder ihre Suspension, die Dämpfung der Grenzen für Vieh und Fleisch werden und doch zu keinem anderen Endzweck angegriffen, als um die Grundlagen unserer Wirtschaftspolitik zu beseitigen (Sehr richtig! rechts), oder sie allmählich abzubauen. (Sehr wahr! rechts.)

Diesem Angriff gegen die Grundlagen unserer Wirtschaftspolitik werden die Verbündeten Regierungen wie bisher einen entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen.

(Beifall rechts.) Wiederholt ist von dieser Stelle die Erklärung abgegeben worden, daß für die Verbündeten Regierungen das zähe und entscheidende Festhalten an unserer Wirtschaftspolitik wohl begründete Ueberzeugung ist (Beifall rechts), und wir können uns auch durch die Folgen der diesjährigen Dürre, so beklagenswert sie sind, nicht von einem Wirtschaftssystem abbringen lassen, von dem wir die Ueberzeugung haben, daß es dem wirtschaftlichen Leben der Nation zum Segen gereicht. (Lebhafte Beifall rechts.)

Die Gegner und Freunde dieser Wirtschaftspolitik müssen doch darin einer Meinung sein, daß kein Uebergang zu einem anderen Wirtschaftssystem und keine behördliche Maßregel die Folgen davon auslösen kann, daß es monatelang nicht geregnet hat, und daß auf den Feldern wenig oder nichts gewachsen ist. (Sehr richtig! rechts; Lachen links.) Niemand, auch Sie nicht, kann dem Landwirt sein Panko an Getreide, Heu und Kartoffeln erziehen, und weil Sie das nicht können, so kann auch niemand den Konsumenten vor den Schäden bewahren, welche eine notwendige Folge dieses Pankos sind. (Sehr richtig! rechts; Lachen links.) Wir müssen uns daher, so schwer es Ihnen auch wird,

auf beiden Seiten bescheiden

und uns auf Mittel beschränken, die faktisch geeignet sind, und über die bestehenden Schwierigkeiten hinweg zu helfen.

Gegenüber der Bedrängnis, in die viele mittlere und kleine Haushaltungen geraten sind, ist diese Beschränkung gewiß nicht bequem. Aber es heißt bestehende Situationen in unverantwortlicher Weise ausdeuten (sehr richtig! rechts), wenn in sozialdemokratischen Reden, Flugblättern und Schriften dem Volke klar gemacht werden soll, nichts sei leichter, als die bestehende Not wegzuschaffen. (Sehr richtig! rechts.) Nur die böse Regierung unter dem Druck der Agrarier wolle es nicht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das ist nicht richtig, das stimmt nicht mit der Wahrheit überein. (Sehr richtig! rechts, Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Gewiß, meine Herren, widerstehen auch wir gern mehr tun (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Aber Sie dürfen es nicht!), denn uns liegt die Sorge für die wirtschaftliche Wohlfahrt genau so am Herzen wie Ihnen. (Zuruf rechts: Räher!) Aber was ist es denn eigentlich, was Sie vorschlagen, und wie kann das, worauf es doch zunächst ankommt, über die gegenwärtigen schwierigen Verhältnisse und weghelfen? Die Aufhebung der Zölle empfehlen Sie und meinen, daß Sie damit nicht nur unserem Volk billigeren Nahrung verschaffen, sondern auch unsere allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse zum mindesten ebenso günstig, wenn nicht günstiger stellen als sie gegenwärtig sind — das ist der alte Streit zwischen Schutzoll und Freihandel, aber den wir uns bisher nicht geliebt haben und wahrscheinlich auch in dieser Stunde nicht einigen werden. (Sehr richtig!) Aber selbst wenn eine Regierung zu dem Wirtschaftssystem, das Sie erstreben, übergehen wollte, glauben Sie denn im Ernst, daß diese Regierung überhaupt imstande wäre, den landwirtschaftlichen Schutz aus unserem Wirtschaftssystem loszulassen und von heute auf morgen zu beseitigen — und das wäre doch im gegenwärtigen Zeitpunkt nötig — ohne unser gesamtes Wirtschaftsleben auf den Kopf zu stellen und ohne unsere Handelsbestimmungen umzustößen? Nein, meine Herren,

das könnte keine Regierung, und darum ist der Vorschlag der Aufhebung der Zölle der Vorschlag eines unannehmbaren Mittels.

Das hat schließlich nur agitatorischen Wert. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Weiter die Suspension der Zölle. Die Verbündeten Regierungen haben bisher stets den Standpunkt vertreten, daß Zoll-suspension sehr leicht der Anfang der Zollaufhebung ist und daß die Zoll-suspension deshalb in einem Lande, das den Schutzoll für notwendig und zweckmäßig hält, ein außerordentlich gefährliches Experiment ist. Aber auch wer auf anderem Standpunkt steht, muß doch zum mindesten fragen, wie und wie weit wirkt die Suspension? Kommt sie überhaupt denjenigen zugute, für die sie berechnet ist? (Sehr richtig!) Ich erinnere Sie an die Suspension des Weizenzolles in Frankreich 1888, der Handelsbericht von Jahre besagt, die Aufhebung des Weizenzolles von 7 Fr. pro 100 Kilogramm hatte nicht den erwarteten Erfolg, die Preise stiegen nicht und sind für einige Weizenarten sogar gestiegen. (Hört! hört!) Das sagt scheint mir auch ganz natürlich. Eine Zoll-suspension, die nicht zur Zollaufhebung werden soll, kann immer nur auf eine vorübergehende kurz-bemessene Zeit verlegt werden.

Die momentane Wirkung der Suspension ergreift, wie unsere Handelsverhältnisse einmal gelagert sind, zum großen Teil nur die Großhandelspreise und den Handel überhaupt. Sowie die Wirkung weiter nach unten, zum Konsumenten vorzudringen beginnt, läßt entweder die Zeit ab oder die Wirkung wird durch die neue Ernte oder die Aussichten für sie wieder verwischt. Ich bin der Ueberzeugung, auch wir würden mit derartigen Suspensionen genau dieselben Erfahrungen machen. (Lebhafte Sehr richtig! rechts.) Im einzelnen spricht man von der Suspension der Zölle auf

Futtermittel, an denen wir ja leider eine unglückliche Ernte gehabt haben. Man vergißt dabei, daß die große Masse derjenigen Futtermittel, auf die der Landwirt in einem knappen Jahre, wie im letzten, in erster Linie angewiesen ist, die Kraftfuttermittel, in der großen Masse zollfrei eingehet. (Sehr richtig! rechts.) Bei Hafer, worin wir eine schlechte Ernte gehabt haben, würde Suspension überhaupt nicht in Frage kommen können. Bei Mais ist die ganze Welt nicht genügend. Da erscheint es mir doch bedenklich, eine Suspension zu verfügen, von der es mehr wie zweifelhaft ist, ob sie jetzt dem Viehhalter und damit dem Fleischverbraucher überhaupt zugute kommen würde. (Sehr richtig! rechts.) Abg. Spahn hat von der Suspension der Zölle auf Gemüse gesprochen. Ich behalte einem meiner Herren Nachbarn vor, in der Diskussion eventuell hierauf einzugehen. Aber von dem gesamten Gemüseimport gehen 93 Proz. zollfrei ein und nur 7 Proz. sind mit einem verhältnismäßig geringen Zoll belastet. Eine große Hilfe würde man also auch mit dieser Maßregel nicht erzielen. (Hört! hört! rechts.)

Weiter ist heute ausführlich das Thema der Einfuhr-scheine verhandelt worden. In der Presse wird es zumeist so dargestellt, als ob dies ein besonders wirkungsvolles Mittel sein würde, und als ob es sich dabei um die allerwichtigste Sache der Welt handle. Das ist nicht der Fall ist, das weiß der Reichstag. Aber gerade, weil es sich um ein recht schwer zu behandelndes Thema handelt, ist es für Agitationszwecke besonders geeignet. (Lebhafte Zustimmung rechts, Heiterkeit und Lachen links.)

Bei der Einführung der Einfuhrscheine handelte es sich um ein System, das Sie künstlich nennen mögen, das aber darauf berechnet war, einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Produktionsverhältnissen im Lande zu schaffen, und es ist den Einfuhrscheinen gelungen, diesen Ausgleich tatsächlich herzustellen. Deshalb sind auch in den Landesteilen, für die der Ausgleich bemessen war, Landwirtschaft und Handel vollkommen einig der Ansicht gewesen, daß an dem System nichts geändert werden möge. (Beifall und Widerspruch.) Wir haben trotzdem die Frage einer Verringerung des Einfuhrscheinsystems sehr eingehend erwogen (Hört! hört!), sind aber zu dem Ergebnis gekommen, daß die vorgeschlagene Verringerung eine Einwirkung auf die gegenwärtigen, gesteigerten Preise nicht haben würde. (Sehr richtig! rechts.)

Man hat vorgeschlagen, die bei der Einfuhr von Hafer erteilten Scheine nur bei der Einfuhr von Hafer verwenden zu lassen. Das würde einen überaus schweren Eingriff in unsere landwirtschaftlichen Verhältnisse zur Folge haben. Denn die Einführung des Einfuhr-scheinsystems hat zu einem wesentlich vermehrten Haferanbau geführt, dem nun ein kolossal gewachsener Import an Futtergerste gegenübersteht.

Ich wüßte nicht, wie wir in diesem Jahre der Futterknappheit die Verantwortung für eine solche Maßregel übernehmen sollten. Man verlangt weiter, daß die bei der Einfuhr von Roggen erteilten Scheine nur beim Import von Roggen verwendet werden dürfen. Aber auch bei der Roggenausfuhr handelt es sich nicht um einen Gegenstand, welcher für die Verhältnisse des gesamten Landes von Bedeutung ist. (Widerpruch links.) Und übernehmen Sie die Garantie dafür, daß wir mit solcher Beschränkung der Einfuhr nicht die Weizenpreise steigern? Und wollen Sie bei dem zunehmenden Verbrauch von Weizenbrot in diesem Jahre die Gefahr einer solchen Steigerung auf sich nehmen? Ich bin der Ansicht, daß diese Mittel, diese Verringerungen, die uns vorgeschlagen sind, die erwartete Hilfe nicht bringen werden, dafür aber andere Zustände im Gefolge haben könnten, die die Situation sehr erschweren würden. (Sehr wahr! rechts.) Ich will dabei noch gar nicht darauf hinweisen, daß Sie Verringerungen am Einfuhrscheinsystem doch nicht mit sofortiger Wirkung einführen werden, sondern einen gewissen Zwischenraum bis zur Wirksamkeit verstreichen lassen müssen. Was dahin könnten möglicherweise wieder ganz andere Verhältnisse eintreten. Es ist wohl angeordnet worden, gewisse Auswüchse am Einfuhrscheinsystem zu beschränken. Als solche sind bezeichnet worden die Verwendbarkeit der Getreideausfuhr-scheine für die Einfuhr von Petroleum und Kaffee und die Herabsetzung der Gültigkeitsdauer der Scheine von 6 auf 3 Monaten. Ich halte diese Vorschläge für diskutabel, aber ich bin für meine Person im gegenwärtigen Moment noch nicht absolut von der Wirksamkeit der Maßregel überzeugt, denn es ist mit Recht vom Abg. Deser darauf hingewiesen worden, daß die Getreideeinfuhrscheine durch den Weizenimport vollkommen bereinigt werden und daß die Umlaufzeit der Scheine tatsächlich nur etwa zwei Monate beträgt. Die Frage der Aufhebung der Eisenbahn-Ausfuhrtarife für Getreide wird den Landesparlamenten beschäftigen.

Nun zur Frage der Einfuhr von Vieh und Fleisch.

Vor einem Jahre ist hier ausgiebig über dieses Thema gesprochen und es ist vom Bundesratssitz erklärt worden, daß wir im Interesse unseres Viehbestandes auf den Grenzschutz nicht verzichten können, daß aber die Einfuhr von Schlachtvieh und Fleisch in weitem Umfang schon jetzt zugelassen sei. Inzwischen sind für Schlachtvieh Importerleichterungen gegen Dänemark und Schweden eingetreten. Im vorigen Jahr haben die Verhältnisse auf dem Fleischmarkt ungünstiger gelegen als jetzt. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Die Preise, die dem Landwirt gegenwärtig für Vieh und Schlachtvieh gezahlt werden, sind hoch, aber nicht übermäßig hoch. Gewiß können die Verhältnisse sich verschärfen, wenn die Futterknappheit zu einer großen Verringerung unserer Viehbestände führen sollte. Aber auch in dieser Hinsicht bitte ich Sie, sich übertriebenen Vorstellungen nicht hinzugeben. Die preussischen Landwirtschaftskammern haben im September berichtet, daß es zwar in manchen Landesteilen schwer sein wird, das Vieh durchzuhalten, daß dafür aber in anderen Gegenden das Durchhalten des Viehes, wenn auch unter Schwierigkeiten und momentanen Opfern durchaus möglich sein würde. (Sehr richtig! rechts.) Was die Erweiterung der Fleisch-einfuhr anbelangt, so kämen für sie im wesentlichen nur Rußland und Amerika in Betracht, denn aus den anderen Ländern ist sie schon jetzt gestattet. Die Fleisch-einfuhr aus Rußland verlagert wegen der Kinderpestgefahr. Gegenüber Amerika besteht nur ein Einfuhrverbot von Rindfleisch wegen der Gefahr der Einschleppung des Rindviehs. Dagegen ist die Einfuhr von Schafen und Schweinen nicht verboten, das Fleisch muß allerdings die Kaustellen des Fleischschauhauses erfüllen. Wir können unmöglich jetzt die im Interesse der Hygiene erlassenen Bestimmungen des Fleischschauhauses abändern. Sie (nach links) besagen sich immer über einen übermäßigen Schutz unseres Viehbestandes. Bedenken Sie aber, daß es unter diesem Schutz der deutschen Landwirtschaft gelungen ist, 93 Proz. des gesamten Fleischbedarfs aus dem Inland zu decken. (Hört! hört! rechts und im Zentrum.) Dabei ist in den letzten Jahrzehnten der Fleischkonsum in Deutschland so gestiegen, daß wir hinter England kaum noch zurückstehen. Von England untereinander wir uns nur insofern, als dort nicht 93 Proz., sondern nur die Hälfte des Fleischbedarfs aus eigenem gedeckt wird. (Hört! hört! rechts.) Dieser Vergleich scheint mir doch nicht zu Experimentieren zu ermuntern, die unsere Viehbestände schädigen und uns damit allmählich in eine größere Abhängigkeit vom Ausland bringen würden. (Sehr richtig! rechts.) Eine solche Abhängigkeit vom Ausland würde für uns außerordentlich gefährlich sein. (Sehr richtig! rechts.) Eins allerdings will ich mit aller Entschiedenheit betonen, der Schutz, den die Landwirtschaft genießt, schließt Pflichten, große Pflichten der Landwirtschaft gegenüber der Allgemeinheit, gegenüber den Konsumenten in sich. (Lachen links.) Lachen Sie doch nicht, ich spreche ja ganz in Ihrem Sinne. Darum richte ich von dieser Stelle den dringenden Appell an die deutsche Landwirtschaft, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß unser Viehbestand nicht verringert wird; eine solche Verringerung würde sich nicht bloß an der Viehzucht, sondern auch an der Stellung der ganzen Landwirtschaft bitter rächen.

Ich kann nach diesen Darlegungen nicht zu der Ueberzeugung gelangen, daß die von Ihnen vorgeschlagenen großen Mittel über die bedrängte Lage hinwegsetzen. Ich betone bei dieser Kritik noch

Schwere Uebergreife eines Schuhmanns.

kamen in einer Verhandlung zur Sprache, welche gestern in der Berufungskammer die 8. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Pauli beschäftigte. Unsere Leser entnehmen sich das Folgende aus dem Bericht über die Schöffengerichtsverhandlung.

Wegen ruhestörender Lärms und Uebertretung der Straßenpolizeiverordnung waren der Invalide Otto Hertel und dessen Ehefrau Paula S. angeklagt. Der Angeklagte S. ist ein bemitleidenswerter Krüppel. Ihm ist vor mehreren Jahren auf einem Bau ein mehrere Zentner schwerer Gegenstand auf den Kopf gefallen, wodurch eine schwere Gehirnerkrankung hervorgerufen wurde. Da gewisse Teile des Gehirns verletzt worden waren, stellte sich bei ihm ein tonusförmiges Zucken sämtlicher Gliedmaßen und gewisse Lähmungserscheinungen ein. Da er infolge seines Leidens häufig von Straßungenen verhöhnt worden war, war er genötigt, sich des Abends von seiner Frau ausführen zu lassen. Als beide in der Nacht zum 15. Juli dieses Jahres durch die Kropfenstraße kamen, begegneten ihnen unter der Bahnhofsüberführung die Schulleute Wolff und Schlag. Wie von mehreren Zeugen bekundet wurde, äußerte der Schuhmann Wolff zu seinem Kollegen:

Da kommt ja der besoffene Dyapa!

Als S. dem Beamten zurief: „Lassen Sie mich doch in Ruhe, ich habe Ihnen doch nichts getan,“ rief Wolff seinem Kollegen zu:

„Sieh mal, der Kerl wird noch frech. Du nimmst das Haas und ich nehme das Saustrüdel!“

Als Frau S. nunmehr gegen die Festnahme protestierte, wurde sie von Wolff mit

„alte S...“ und „freches Frauenzimmer“

tituliert. Wie die Zeugen weiter beobachteten, setzte der Schuhmann Schlag, als die beiden Angeklagten in die Polizeiwache hineingeführt wurden, ein Bein vor, so daß der

Krüppel zu Boden stürzte.

Als ein Zeuge, der den Vorfall beobachtet hatte, der Frau S. einen Zettel mit seinem Namen übergab, wurde er von dem Schuhmann Wolff mit den Worten:

„Du Haas, Du willst wohl Zeugnis ablegen, Du kommst zur Wache mit!“

arriviert. Ein anderer Zeuge, ein Kaufmann R., der sich auf der anderen Straßenseite aufgestellt hatte, wurde von dem Schuhmann Schlag ebenfalls mit den Worten:

„Das Haas war auch dabei!“

festgenommen. Ein Handlungsgeldige S. wurde am Kragen gepackt, in die Wache hineingezogen und im Flur geschlagen. In der Wache selbst wurden die Zeugen

„Schwefelbände“, „Lump“ und „Strolch“

geschimpft. Der Schuhmann Wolff äußerte ferner noch zu Frau S.:

„Dir Haas schiebe ich den Stiel bis zum Hest in den Rachen!“

Gegen die Hertelschen Eheleute, wie auch gegen die Zeugen R. und S. wurden polizeiliche Strafbefehle erlassen. Der jetzige Zeuge R. wurde vom Schöffengericht nicht nur freigesprochen, sondern es wurden auch die ihm erwachsenen notwendigen Auslagen und die Kosten der Verteidigung der Staatskasse auferlegt. Ein gleiches Resultat hatte bekanntlich die Verhandlung gegen die S.ichen Eheleute vor dem Schöffengericht. In dieser Verhandlung beschworen mehrere Zeugen, daß die Schulleute jene Schimpfworte gebraucht hätten. Da diese bestritten, überhaupt geschimpft zu haben, wurde gegen sie — ein Reineidsverfahren eingeleitet, welches noch schwebt.

Gegen das freisprechende Urteil des Schöffengerichts bezüglich der Hertelschen Eheleute hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt, so daß sich nun die Strafkammer mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen hatte. — In der erneuten Beweisaufnahme bestritten die Schulleute Wolff und Schlag wiederum, geschimpft zu haben, während der Zeuge R. und die übrigen Zeugen bekundeten, jene Schimpfworte deutlich gehört zu haben. Als der Vorsitzende den Schuhmann Wolff auf diesen Gegenstand aufmerksam machte und ihn aufforderte, sich hierauf zu äußern, trat Wolff vor und erklärte: „Das ist eine gemeine und niederträchtige Lüge des Zeugen!“ Der Vorsitzende wies ihn auf das Angehörige seines Verhaltens hin. — Die Verhandlung endete damit, daß der Vertreter der Anklage, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Schwiderath, selbst die Verwerfung der von der Staatsanwaltschaft eingelegten Berufung beantragte, nachdem schon vorher bei Beginn der Verhandlung die Verurteilung bezüglich des Ehemanns S. zurückgenommen worden war. — Das Gericht kam nach kurzer Beratung zu einer Freisprechung der Ehefrau, da sich bei den diametral gegenüberstehenden Zeugenaussagen eine sichere Feststellung überhaupt nicht treffen lasse.

Wird nun gegen die Schulleute das Strafverfahren eingeleitet werden?

Weiber und Wetten

haben den Bankbeamten Felix Goldbeck, der gestern unter der Anklage der Unterschlagung der 3. Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde, ins Verderben gestürzt. Der Angeklagte war in der Filiale einer hiesigen Bank als Effektenkassierer angestellt. Er lebte weit über seine Verhältnisse hinaus und sein Gehalt reichte nicht aus, um damit seine Ansprüche, die er an das Leben stellte, befriedigen zu können. So begriff er sich denn an fremdem Eigentum: er entnahm den ihm anvertrauten Effektenbeständen der Kunden nach und nach Wertpapiere in der Gesamthöhe von circa 42 000 Mark und ließ dieselben durch eine Mittelsperson bei einem Bankinstitut in Höhe von über 20 000 M. beleihen. Der von ihm mit diesem Beleihungsgeschäft Beauftragte hatte keine Ahnung davon, daß es sich um eine verbrecherische Tat handelte. Ihm hatte der Angeklagte vorgezwickelt, daß die Papiere sein Eigentum seien, es ihm aber verboten sei, Spekulationsgeschäfte zu machen, so daß er behufs Beleihung der Papiere ein anderes Bankinstitut angehen und sich einer Mittelsperson bedienen müsse. Als dem Angeklagten der Boden unter den Füßen zu heil wurde, verschwand er von der Bildfläche. Es wurde ein Steckbrief hinter ihm erlassen. Schließlich stellte sich der Angeklagte in Leipzig selbst der Polizei. Das Gericht beurteilte ihn nach dem Antrage des Staatsanwalts zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis.

Jener Kampf zwischen Schulleuten und jungen Leuten, der sich am 17. August d. J. an der Oberbaumbrücke abgespielt hatte und damit geendet hatte, daß der Fürsorgezögling Treptow von einem Schuhmann niedergeschossen wurde, beschäftigte gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Karsten die 11. Strafkammer des Landgerichts I. Aus der Untersuchungshaft wurden der zwanzigjährige Fürsorgezögling Bruno Treptow und dessen Bruder, der Arbeiter Reinhold Treptow vorgeführt, um sich wegen gefährlicher Körperverletzung, Beleidigung, Widerstands gegen die Staatsgewalt bezw. verübter Gefangenenerkennung zu verantworten. Der Angeklagte Bruno Treptow ist wegen wiederholten Konflikts mit dem Strafgesetz in Fürsorgeerziehung gebracht. Da er sich in der Straubberger Erziehungsanstalt aufgeführt, wurde er mit der sog. Außenarbeit beschäftigt. Er benutzte die erste sich bietende Gelegenheit zur Flucht und kam nach Berlin zurück, wo er sich

noch in den faktischen Verhältnissen ihre Begründung fände. Wenn sie nicht durch die Praxis widerlegt wäre? (Sehr gut rechts.)

Was sollen dieser gesamten Entwicklung gegenüber die alten Rechenregeln, die Sie aufstellen, und mit denen Sie dem Volke zeigen, um wieviel Pfennige das Pfund Brot, das Liter Petroleum, die Schachtel Streichhölzer angeblich durch die Schnaps- und Schlotzucker verteuert worden ist. (Heiterkeit und lebhaftige Zustimmung rechts.) Danach bemüht sich nicht der Wert oder Umwert eines Wirtschaftssystems, sondern danach, ob es die Kräfte eines Volkes vermehrt oder verarmt hat. (Lebhaftige Zustimmung rechts.) Dörben und Hungern sind es nicht, die die Expansionskräfte und den Expansionsdrang erzeugen haben, der in unserem Volke lebt, aber der verständliche Anmut, der über die gestiegenen Preise herrscht, macht Ihnen im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen neue Hoffnungen. (Lebhaftige Zustimmung rechts. Gelächter und Unruhe links.) Deshalb wird agitiert und vielfach auch ohne Strupel agitiert. (Erneute Zustimmung rechts. Unruhe links.) Der nächste Reichstag wird wichtige Entscheidungen über unsere Wirtschaftspolitik zu fällen haben. (Sehr wohl rechts.) Sollte es der Agitation gelingen, die Zusammenfassung des nächsten Reichstages durch Stimmungen zu beeinflussen, die eine notwendige Folge der Schäden der diesjährigen Dürre sind, dann werden wir die vorübergehende Teuerung mit einer schweren und dauernden Schädigung unseres gesamten Wirtschaftslebens bezahlen. (Lebhaftige Zustimmung rechts und im Zentrum. Lachen links.)

Es steht hier mehr auf dem Spiele als die Debatten über diese oder jene Mittel, mit denen wir über gegenwärtige bedrängte Zeiten hinwegzukommen versuchen, erkennen lassen. Die Herabminderung der Lebensmittelpreise allein kann niemals das leitende Prinzip einer verständnis orientierten Wirtschaftspolitik sein. Lohnende Arbeit ist die für jeden sozialen Fortschritt notwendige Voraussetzung.

Lohnende Arbeit hat unser Volk,

das sich an Arbeitsfluß durch kein Volk der Erde übertreffen läßt, unter dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem gefunden. Sollen wir dieses gegenwärtige Ergebnis in Frage stellen durch wirtschaftliche Experimente, wie Sie sie wünschen? Sollen wir damit die Grundlagen unserer Volksernährung, unserer Wehrkrafterschütterung? Wer die Verantwortung für einen solchen Schritt trägt, wird das nicht tun. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Für mich ist die entschlossene Festhaltung an der bisherigen Wirtschaftspolitik Pflicht gegen das Land.

(Erneuter lebhafter Beifall rechts.) Und ich werde mich durch keine Angriffe in der Ueberzeugung irre machen lassen, daß ich damit auf dem rechten Wege bin. (Anhaltender Beifall rechts und im Zentrum; Jischen links; erneuter Beifall rechts.)

Auf Antrag Wedel findet eine Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Niebersöhner (l.): In meiner ländlichen Heimat ist von einer Teuerung nichts zu merken. Wenn man Aufhebung der Futtermittelzölle verlangt, so verweise ich darauf, daß wir einen eigentlichen Vorrat für Futtermittel gar nicht haben, die Hauptfuttermittel sind zollfrei. (Hört! hört! rechts.)

In einer Kollage befindet sich nur die Landwirtschaft infolge der Dürre und der Maul- und Klauenseuche. Die Erhöhung der Lebensmittelpreise hängt, abgesehen von der Einwirkung des Wirtschaftsaufbaus mit der erheblichen Steigerung der Arbeiterlöhne auf dem Lande zusammen. (Sehr richtig! rechts.) Ich bitte die Regierung, alles zu tun, damit die Landwirtschaft nicht geschädigt wird, sie ist das größte Bollwerk des Staates gegen alle Umsturzbemühungen. (Wobo rechts.)

Die weitere Besprechung wird auf Dienstag 1 Uhr vertagt. Schluß 5 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Das Hilfskassengesetz in der Kommission.

Sitzung vom Montag, den 23. Oktober.

Als aufsichtsführende Reichsbehörde ist das kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherung in Berlin errichtet worden. Es besteht aus einem Vorsitzenden und der erforderlichen Zahl der ständigen und nichtständigen Mitglieder. Alle diese Personen werden entweder vom Kaiser ernannt oder vom Bundesrat gewählt. Zur Mitwirkung bei der Aufsicht wird ein aus Sachverständigen des Vereinswesens bestehender Beirat gebildet, dessen Mitglieder vom Kaiser auf fünf Jahre ernannt werden. Die Sozialdemokraten wiesen darauf hin, daß die Aufsichtsbehörde ein sehr weitgehendes Aufsichtsrecht hat, eine fast unbefristete Mandatsdauer soll jetzt auch der Aufsichtsbehörde gegenüber den Hilfskassen eingeräumt werden. Dabei können aber die Arbeiter nicht das nötige Verständnis und die nötige Unabhängigkeit bei den Mitgliedern dieser Behörde voraussetzen. Aus diesen Gründen beantragten sie, daß gegen Anordnungen, welche die Aufsichtsbehörde auf Grund des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen erläßt, sowie gegen die Verweigerung der Zulassung, Berufung auf dem in § 20 der Gewerbeordnung gegebenen Wege zulässig sein soll, das Recht im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens. Der Antrag wurde jedoch von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Darauf wurde der Antrag der Sozialdemokraten beraten, der eine Schädigung der Kassen aus religiösen oder politischen Gründen verhindern sollte. In dem Gesetz ist nämlich an mehreren Stellen vorgegeben, daß ein Versicherungsverein nicht zugelassen oder gemindert werden könne, wenn Tatsachen vorliegen, die beweisen, daß die Tätigkeit des Versicherungsvereins gegen die guten Sitten verstößt oder verstoßen werde oder die Interessen der Mitglieder nicht gewahrt sind. Mit Bezug hierauf beantragten die Sozialdemokraten, daß die religiöse oder politische Ueberzeugung und die Veräußerung derselben, sowie der Gebrauch des Vereinsrechts an sich, der Kassenmitglieder, des Rassenvorstandes und der Kassenangestellten, so weit dies nicht gegen die Gesetze verstößt, nicht als Tatsachen für die Wirksamkeit des Vereins gegen die guten Sitten oder als eine Gefährdung der Interessen der Versicherer anerkannt werden kann. Nach langer Verhandlung wurde der Antrag der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Konservativen, der Nationalliberalen, des antisemitischen Abgeordneten Wirthardt und des Zentrumsd Abgeordneten Plank angenommen. Ferner hatten die Sozialdemokraten verlangt, daß das Reich die Kassen Versicherungsvereine, sowie den Mitgliedern eines solchen Vereins den Schaden zu ersetzen habe, falls die nach dem Gesetz der privaten Versicherungsunternehmen zuständige Aufsichtsbehörde oder ein Beamter dieser Behörde vorsätzlich oder fahrlässig die der Behörde oder dem Beamten obliegende Amtspflicht verletzt hat. Auch dieser Antrag wurde von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Dagegen wurde der Antrag der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Nationalliberalen und der Konservativen angenommen, der sichern soll, daß in diesen Versicherungsvereinen die Mitglieder die nötige Kontrolle durch die Generalversammlung ausüben können. Hiernach muß die Generalversammlung mindestens 4 Wochen vorher auf dem in der Satzung festgelegten Wege ausgeschrieben werden. Sind nach der Satzung Vertreter der Versicherten zu wählen, so muß der Tag der Wahl mindestens 4 Wochen vorher bekannt gemacht werden. Außerdem muß zwischen dem Tage der Wahl und dem Zusammentreten der Generalversammlung eine Frist von mindestens 14 Tagen liegen. Endlich müssen den gewählten Vertretern von der Kasse die Reisekosten und sonstigen Auslagen sowie der entgangene Arbeitsverdienst ersetzt werden. Schließlich wurde auf den Antrag der Sozialdemokraten fast einstimmig beschlossen, daß der Ausschluß des Rechtsweges wegen der den Mitgliedern zustehenden Rechte unzulässig ist. In der nächsten Sitzung (Dienstag) soll die erste Beratung des Hilfskassengesetzes beendet werden.

einmal, daß ich es für unmöglich erachte, den elementaren Eigenschaften gegenüber durchgreifend abzuwehren, und ich bin weit davon entfernt, es so darzustellen, als ob die Maßnahmen, welche von den Regierungen ergriffen worden sind, eine solche durchgreifende Abhilfe darstellen. Aber wir haben nach Mitteln Ausschau gehalten, welche eine praktische Wirkung haben können, und ich sage dem Abgeordneten Dejer dafür Dank, daß er in dieser Beziehung auch ein anerkanntes Wort für die Maßnahmen der Regierung gefunden hat. Wie in jedem geringen Erntejahr, diesmal aber vielleicht in besonderem Maße, hat sich gezeigt, daß die Detailpreise für Lebensmittel den tatsächlichen Ernterergebnissen nicht entsprechen. Dem Konsumenten, der die hohen Detailpreise zu zahlen hat, ist das kein Trost, aber an der Tatsache kann man nicht vorübergehen, man muß sie hervorheben.

Am Brotgetreide ist kein Manko,

die Preise dafür sind nicht über hoch, namentlich, wenn man berücksichtigt, daß die Güte des jetzigen Brotgetreides eine erhöhte und bessere Ausbeutung an Mehl liefert.

Die Preise für Fleisch sind gegenwärtig nicht abnorm.

Merkt man sich an Gemüse und an Kartoffeln mit Untererträgen, zum Teil mit bedeutenden Untererträgen zu rechnen. Bei den Kartoffeln hat sich aber zum Glück, je mehr wir uns dem Ende der Ernte nähern, herausgestellt, daß die tatsächlichen Erträge über die früheren Schätzungen hinausgehen, daß wir in einzelnen Landesteilen mit ausgedehntem Kartoffelbau eine befriedigende und zum Teil gute Ernte haben. (Widerspruch bei den Soz.) Ich habe das absichtlich hervor, um nicht meinerseits dazu beizutragen, durch übertriebene Darstellungen auf ein Steigen der Detailpreise hinzuwirken. (Sehr gut rechts und im Zentrum.) Ich kann es nicht zugeben, daß, wenn wir die Ergebnisse der Gesamternte zusammenfassen, die Detailpreise, die gezahlt werden, den tatsächlichen Ernterergebnissen wirklich Rechnung tragen. (Hört! hört! rechts und im Zentrum.) Ueber die Gründe dieser Spannung ist bei den Teuerungsbewerten im Reichstage hin- und hergeirrt worden. Ich will auf die Einzelheiten nicht eingehen. (Zuruf bei den Soz.: Sehr schabel!) Nur soviel steht fest, daß an einer übermäßigen Spannung zwischen Großhandels- und Detailpreisen weder die Dürre noch unsere Wirtschaftspolitik, noch die Regierung die Schuld trägt. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Nicht schuldlos sind die

übertriebenen Darstellungen der Teuerung

(Stürmische Zustimmung rechts und im Zentrum, Lachen links), in denen sich ein großer Teil unserer Presse monatelang gefolgt hat. Die Regierungen sind bei den Mitteln, die sie angewendet haben, bestrahlt gewesen, auf eine Herabminderung dieser Spannung, wo sie übermäßig oder ungerechtfertigt ist, hinzuwirken. Die Regierungen haben dargelegt, indem sie einmal die bekannten Frachtermäßigungen bewilligt haben, die darauf berechnet sind, in diesem Erntejahr, das sich durch so verschiedene Erträge in den verschiedenen Landesteilen auszeichnet, die Verteilung der Produkte über das ganze Land zu erleichtern. Sie haben weitere Einrichtungen der Kommunen angeregt und unterstützt, welche einem übermäßigen Anwachsen der Detailpreise vorbeugen sollen. Die Frachtermäßigungen beziffern sich für das gesamte Gebiet der Eisenbahnerverwaltungen auf viele Millionen, sie betragen aber auch im einzelnen, z. B. für die Buttergerste soviel, daß der auf ihre legende Zoll auf mittlere Entfernungen, wie Breslau, Hamburg, gänzlich aufgehoben oder doch sehr gemindert wird. (Hört! hört! rechts.) Man hat diese Frachtermäßigungen angefochten, indem man etwa bestritten hat, um wieviel sich die Frucht für 1 Pfund Kartoffeln erhöht. Ich glaube, man muß anders rechnen. (Sehr gut rechts.) Vor einigen Wochen war der Marktpreis für Kartoffeln in Ostpreußen 2,30 bis 2,00 M., gleichzeitig wurden hier in Berlin für dieselben Kartoffeln 5 bis 6 M. bezahlt. (Hört! hört! rechts.) Mit den Frachtkosten kann diese Spannung bei den ermäßigten Tarifen nicht begründet werden, denn die Frucht für Kartoffeln beträgt von Ostpreußen bis nach Berlin — 30 Pf. (Heiterkeit.) Auch die Anrechnungen an die Kommunen sind angefochten worden, und der Abg. Scheidemann hat die ironische Bemerkung darüber gemacht, wie hätte den Kommunen gesagt: Panneemann, geh Du voran! Wozu diese Ironisierung? Zahlreiche größere Städteverwaltungen haben mit Erfolg Einrichtungen getroffen oder in Aussicht genommen, um im Hinblick auf eine etwa eintretende Fleischteuerung den Seefischverkauf zu erleichtern, und ich kann nur die Hoffnung ausdrücken, daß diese Einrichtungen Bestand haben werden, auch über die Zeit einer Teuerung hinaus. Zahlreiche Städteverwaltungen haben des weiteren Einrichtungen vorgeschlagen, um einem übermäßigen Ansteigen der Detailpreise vorzubeugen.

Neben den großen Privatunternehmungen halte ich eigentlich die Kommunen für die einzigen, die in der Lage sind, einem übermäßigen Anwachsen der Detailpreise Einhalt zu tun (Hört! hört! b. d. Soz.), weil sie geeignet sind, den örtlichen Verhältnissen die Einrichtungen anzupassen. (Sehr wohl rechts.) Das ist notwendig, denn ich bin weit entfernt, zu behaupten, daß derartige Einrichtungen überall und in gleicher Weise möglich sind. Ich glaube, derjenige, der dem Konsumenten beim täglichen Einkauf seiner Lebensmittel billigere Preise zu verschaffen sucht, als derjenige, der sich immer nur theoretisch über das Verleiten unserer Wirtschaftspolitik entseufzt. (Leb. Beifall rechts, Lachen links.)

Aber auf alles, was die Regierung tut in Vertretung ihrer Wirtschaftspolitik, wird von den Gegnern immer der Einwand entgegengehalten: so, wenn wir diese Wirtschaftspolitik nicht hätten, dann wäre keine Not entstanden, aber wir würden sie viel leichter überwinden. (Leb. Sehr wohl links.) Praktisch hat unsere Wirtschaftspolitik lang genug gewirkt, um ihre Ergebnisse beurteilen zu können. (Sehr wohl rechts und links.) Als sie eingeleitet wurde, prognostizierte man, daß sie das Grab unseres Exporthandels sein würde (Heiterkeit rechts), daß sie Industrie und Handel seufze. Aber was ist eingetreten? Das gerade Gegenteil! Handel und Industrie haben einen Aufschwung genommen, um den uns das Ausland beneidet. (Sehr wohl rechts. Zuruf b. d. Soz.: Trohdem.) Die Landwirtschaft hat an Produktions- und Kaufkraft stark gewonnen. Das alles sind Dinge, die unbestreitbar sind und keines Beweises bedürfen. Freilich,

gleichzeitig sind die Kosten der Lebenshaltung gestiegen.

Diese Steigerung wird von den Gegnern unserer Wirtschaftspolitik, soweit sie bei den Lebensmitteln eingetreten ist, eben auf diese Politik zurückgeführt. Die Herren übersehen dabei, daß in den Zeiten des Freihandels, zum Beispiel in der Periode von 1871 bis 79, die Getreidepreise überhaupt höher gestanden haben, als in einer der nachfolgenden Perioden. (Sehr richtig! und Hört! hört! rechts.) Die Herren übersehen, daß die Steigerung der Kosten der Lebenshaltung sich auf die gesamte Lebenshaltung auf Wohnung, auf Kleidung usw. erstreckt. (Sehr richtig! rechts.) Und vor allem übersehen die Herren, daß die Steigerung der Kosten der Lebenshaltung eine notwendige Begleiterin einer Gesamtentwicklung ist, die in so kurzer Zeit so rapide Fortschritte gemacht hat, wie es bei uns in Deutschland der Fall gewesen ist. (Sehr wohl rechts.) Und trotz des erhöhten Aufwandes, den der einzelne für die Lebenshaltung machen muß, ist nicht nur der nationale Wohlstand gestiegen, sondern auch die Lebenshaltung des einzelnen verbessert worden. (Sehr richtig! rechts.) bis in die Kreise der Arbeiterschaft. (Leb. Zustimmung rechts und im Zentrum. Zuruf von den Soz.: Trohdem!) Ich will Sie nicht zu widerlegen bezuden mit Aeußerungen Ihrer eigenen Parteilichkeit, vielleicht würden Sie sie verleugnen. Ich will Sie auch nicht hinweisen auf das Anwachsen der kleinen und kleinsten Sparkasseneinlagen, auf das Steigen der Einkommensteuerbeiträge. Ich will Sie nur eins fragen: die Verelendungstheorie ist doch ein so kräftiges Agitationsmittel, hätten Sie diese Theorie so besetzt geschoben, wie Sie es tatsächlich tun, wenn sie

Längere Zeit verborgen hielt. Sein eigener Vater teilte der Polizei mit, daß sein Sohn sich in einer Kartoffelpufferbude an der Oberbaumbrücke aufhalte. Die Schulleute Günterberg und Korn begaben sich daraufhin am 17. August dorthin, um den Flüchtling wieder einzufangen. Treptow nannte erst einen falschen Namen, ergriff dann aber, als ihn der Schuhmann Korn für verhaftet erklärte, die Flucht. Er lief in die Kartoffelpufferbude hinein, wo es zu einer wüsten Szene kam, da L. von anderen Hilfe erhielt. Dem Schuhmann Günterberg wurde der Säbel entrispen, er selbst wurde zu Boden geworfen und erlitt verschiedene Verletzungen, darunter mehrere Wunden, die von Messerstichen herrührten. Als sich die beiden Beamten kaum noch der Uebermacht gegenüber halten konnten, kam der Schuhmann Schulze hinzu, der von Passanten benachrichtigt worden war. Als Treptow mit einem blühenden Gegenstand auf ihn losstürzte, gab der Beamte einen Schuß aus seiner Browningpistole ab, der L. zu Boden streckte. Die Kugel war ihm in die Brust gedrungen und hatte eine lebensgefährliche Verletzung verursacht, so daß L. längere Zeit im Krankenhaus mit dem Tode kämpfte. — Bei dem Erzeß versuchte der mitangeklagte Reinhold L. seinen Bruder den Schulleuten zu entreißen. — Vor Gericht beantragte der Staatsanwalt gegen Bruno L. 1 Jahr 6 Monate und gegen Reinhold L. 3 Monate Gefängnis. Mit Rücksicht darauf, daß es sich bei Bruno L. um einen äußerst gewalttätigen Angriff gegen die Schulleute handelte, ging das Gericht bei ihm noch über den Antrag des Staatsanwalts hinaus. Das Urteil lautete gegen ihn auf 1 Jahr und 8 Monate Gefängnis und 3 Wochen Haft und gegen Reinhold L. auf 3 Monate Gefängnis.

Aus aller Welt.

Köpenick in der Republik.

Aus Paris wird uns geschrieben: In der Provinzstadt Granville sitzt jetzt ein Hochstapler in Haft, der mit verblüffender Dreistigkeit die Ehrfurcht ausgebeutet hat, die der Anblick einer Uniform aus in der Bourgeoisrepublik erweckt. Louis Cognel hat mit seinen 35 Jahren schon eine stattliche Reihe großartiger Schwindelunternehmungen hinter sich. Ursprünglich Hilfsbeamter der Seinepräfektur, ließ er sich bald auf einträglichere Geschäfte ein, die ihn jedoch mit den Gerichten in Konflikt brachten. Er verschwand plötzlich und tauchte dann unter dem Namen Corbineau in Le Mans auf, wo er ein Bankgeschäft eröffnete, das riesigen Zulauf bekam, besonders als er die russische Rente von 1906 unter dem Emissionskurs verkaufte. In einem einzigen Jahr machte er einen Umsatz von mehr als hundert Millionen. Dabei gingen von dem anvertrauten Geld etliche hunderttausend Franken in seine Taschen. Nach einer abenteuerlichen Flucht und merkwürdigen Erlebnissen in den Balkanstaaten — in Athen lebte er als „Graf Frontac, Konsul der Republik Liberia“ und trug eine prachtvolle Diplomatenuniform — wurde er verhaftet und 1908 vom Gericht in Le Mans zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Nach Abbüßung dieser Strafe gründete er zunächst unter seinem wahren Namen in Paris eine Bank unter dem lösenden Titel „Credit colonial und agricole“ und verbuschte dann unter Mitnahme der Depots. Eine neue Unternehmung war die am Anfang dieses Jahres gegründete „Französisch-italienische Gesellschaft der afrikanischen und südamerikanischen Staaten“. Cognel suchte seine Opfer hauptsächlich auf dem Weg der Annonce. Jungen Leuten, die 10 000 Fr. einzuzahlen hätten, bot er glänzende Situationen in Peru an. Zunächst aber übergab

er den Eingabern ein Diplom, das ihnen das Recht auf das Tragen einer glänzenden Uniform erteilte. Er selbst nannte sich „Generalkontrollleur der Kolonien“ und trug eine Art Generalsuniform. In dieser unternahm er, von einem uniformierten Generalstab begleitet, eine Rundreise durch Italien, wo er von vielen Munizipalbehörden ehrenvoll empfangen wurde. In Turin erschien er in vollem Pomp auf der Ausstellung und trat von dort an die italienische Regierung heran, um Böglinge für eine „Kolonialschule“ zu rekrutieren. Ein naiver Doktor der Rechte in Brescia gab ihm 10 000 Lire und bekam dafür den Titel „Kommissär-Adjunkt“ sowie natürlich auch eine Uniform. Im Juli kaufte Cognel ein Schloss in Delle bei Granville — mit dem Geld, das er hauptsächlich einem pensionierten Gendarmen abgeknöpft hatte. Er nannte sich jetzt Graf Durand de Bellefond de Gourmet und versetzte in der londoner aristokratischen Gesellschaft, mit Vorliebe mit Offizieren. In seiner Uniform wohnte er auch, von niemand beanstandet, den Manövern bei! Dann gründete er die Schule. In der Zwischenzeit hatte er in Paris die Bekanntheit einer blutigen Puhmacherin gemacht. Er nahm diese „Braut“ — er ist übrigens schon zweimal verheiratet — samt ihrer Mutter und deren Liebhaber, der als ausgebildeter Kavallerist Reitlehrer werden sollte, nach Delle mit. Der brave Pfarrer von Delle fühlte sich hochgehört, in dieser vornehmen Gesellschaft verkehren zu dürfen. In seinen Tischgesprächen liebte der „Graf“ besonders gegen die Gottlosigkeit der modernen Erziehung loszuziehen. Der Pfarrer mußte dann auch noch die neue Anstalt einsegnen. Es ging dabei ungemein feierlich zu. Die Angestellten waren in Reih und Glied aufgestellt, auf dem Sessel wurde unter Janfarenklingen die Tricolore gehißt und tiefgerührt versprach der Pfarrer dem Grafen und den künftigen Kulturmissionären von Peru Ehrenplätze in der Kirche. Die Feier aber war kaum zu Ende, als die Gendarmen den „Grafen“ abholten. Er verweigerte zuerst jede Aussage, entschloß sich aber nach einigen Tagen, seine Identität aufzuhehlen. „Ich habe mich wie ein Rekrut benommen“, meinte er beschämt, weil er sich hatte erweichen lassen und niedergeschlagen war wegen dieses Verfalls seines Talents.

Der Alkohol.

Böse Folgen hatte eine Viereise, die in Rudenwalde der Tischler Hünze und der Schornsteinfegermeister Schide am Sonntagabend unternommen hatten. Nachdem die beiden verschiedene Lokale besucht hatten, begaben sie sich in ziemlich angeheitertem Zustande in die Wohnung des Hünze. Hier zog Hünze im Scherz einen Revolver. Schide glaubte sich bedroht, entriß seinem Kumpan die Waffe und gab auf ihn drei Schüsse ab. Während zwei Kugeln sehlgingen, drang die dritte dem Hünze in den Mund, durchbohrte Junge und Hals und blieb im Rücken stecken. Den Verletzten brachte man nach einer Berliner Klinik; der Täter wurde verhaftet.

Grubenkatastrophe in Nordamerika.

Wie ein Telegramm aus New York meldet, hat am Montag in dem Kohlenbergwerk Drzara im Staate Illinois eine furchtbare Explosion stattgefunden. Durch den Luftdruck wurden die Leichen von zwei Bergleuten

aus dem Grubenschacht herausgeschleudert. Etwa dreißig Bergleute sind in der Grube eingekerkert. Ueber das Schicksal dieser Verunglückten liegen noch keine Nachrichten vor.

Riesenbrand in Konstantinopel.

Am Sonnabendabend kamen in den fast ausschließlich von Türken bewohnten Stadtvierteln Dajazet und Kum-Kapu gleichzeitig Brände aus, die einen riesigen Umfang annahmen und die Stadtteile fast völlig zerstörten. Erst gegen zwei Uhr nachts konnte man des Feuers Herr werden. Schuld an der Ausdehnung des Brandes trug Wassermangel, der eine wirksame Bekämpfung des Brandherdes fast unmöglich machte. Neben mehreren hundert Wohnhäusern sind eine Moschee, eine persische Schule und verschiedene Paläste vernichtet worden. Die Schätzungen des Materialschadens schwanken zwischen 200 000 und 400 000 Pfund. Ein Verlust an Menschenleben ist nicht zu beziffern. Während des Brandes wurden über fünfzig Diebe verhaftet. Der Brand rief in Stambul große Aufregung hervor, da ein Uebergreifen auf die angrenzenden dicht bevölkerten Stadtviertel befürchtet wurde.

Kleine Notizen.

Dreier Ueberfall. Am Montag mittag wurde der in der Laborstraße in Wien etablierte Juwelenhändler Stock in seinem Laden von zwei „schweren Jungen“ überfallen. Der Geschäftsinhaber wurde durch zwei Revolverkugeln schwer verletzt, dann raubten die Spitzbuben eine Menge wertvoller Schmucksachen und 800 Kronen bares Geld. Von den Tätern hat man ein genaues Signalement, doch ist man ihrer noch nicht habhaft geworden.

Sturm auf dem Atlantischen Ozean. Während eines Sturmes, der den ganzen Sonntag dauerte, ist an der Küste Portugals der portugiesische Kreuzer „Rossal“ gestrandet. Das Schiff gilt als verloren. Die Mannschaft konnte gerettet werden. — Derselbe Sturm verursachte an der englischen Küste den Schiffbruch von etwa 60 Jachten und kleineren Booten. Auch in mehreren englischen Hafenstädten hat das Unwetter großen Materialschaden angerichtet.

Eine Pulverfabrik in die Luft geflogen. Die staatliche Pulverfabrik in Tokio ist einer Explosion zum Opfer gefallen. Etwa 4000 Kilogramm Pulver explodierten; zwölf Personen wurden dadurch getötet, neun verwundet.

Ueberfall auf eine türkische Post. Am Montag wurde die von Konstantinopel nach Stutari fahrende Post in der Nähe von Elbassan durch eine Räuberbande überfallen. Den Banditen fielen gegen 30 000 türkische Pfund in die Hände.

Schwerer Eisenbahnunfall. Auf dem Bahnhof Trzebinia an der galizisch-russischen Grenze fuhr am Sonntag ein Güterzug, der das Haltesignal überfahren hatte, auf einen anderen auf. Ein Beamter wurde getötet, vier wurden schwer verletzt, dreißig Wagen zertrümmert.

Briefkasten der Expedition.

Ballenten in Beeth, Buch und anderen Heilkräften. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen Monats in der Heilkräftigkeit bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freigekosteten sofort ihre Adresse einsenden, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleitet werden.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis. Köpenicker Viertel. (Bezirk 206 I.) Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Lederarbeiter **Emil Korpion** Brangelstraße 58 gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Köpenicker Viertel. (Bezirk 217 II.) Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter **Heinrich Gutsche** Wiener Str. 57 gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Britz. Am 21. Oktober verstarb unser Genosse, der Buchdrucker **Richard Greischel** an Kehlkopfentzündung. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Brügel-Gemeinde-Friedhofes aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. **Todes-Anzeige.** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter **Richard Stolzenburg** am 21. Oktober an Nervenleiden gestorben ist. 124/20 **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes in Weihensee, Nöldelstraße, aus statt. Rege Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Dankagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unserer zu früh dahingewandten lieben Tochter, Schwester, Schwägerin und Braut **Berta Hanschke** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere den Stammgästen von P. Dänst, den Kolleginnen der H. C. G., Abt. RG u. W. D., den beteiligten Kollegen der F. Weber u. Hampel, sowie den Mietern des Hauses Hochstr. 34 und Schönmader Str. 29 unseren herzlichsten Dank. 12316 **Familie Georg Hanschke Max Betge.**

Gardinen-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158
Abgepaßte Fenster, weiß und crème
p. Fenster 2⁶⁵, 3⁹⁰, 4²⁵-60 M.
Imil. Point-lace-Gardinen, p. Fenster M. 6⁵⁰
Elegante Sezessions-Tüll-Stores M. 2⁰⁰
Gastliche echte Spachtel-Stores M. 7⁷⁵
Goldfarbige reichgestickte Band-Stores M. 8⁸⁵
Tüllbettedecken, Größe 180/220 cm 2⁵⁰, 3⁰⁰
Reichgest. Erbstüll-Bettdecken M. 6⁷⁵
Elegante Tüll-Bottrückwände M. 6⁷⁵
Brise-Bise (Scheibenschleier) 0,30 M., (Wert 0,50 M.)
Nach auswärts p. Nachnahme.
Spezial-Katalog
650 Abbildungen gratis u. franko.
Haarfärbemittel, unübertroffen, unschädlich, waldduft, Probeflasche 0,50. Orlichter, Charlottenstraße 5.

Verband der Sattler und Portefeuller. Ortsverwaltung Berlin. Den Kollegen hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Portefeuller **Emil Korpion** Werksstr. 3 Koper verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in Friedrichshagen aus statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet 158/5 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokratisch. Wahlverein des 6. Berl. Reichstagswahlkreises. **Todes-Anzeige.** Am 22. Oktober verstarb unser Genosse, der Gastwirt **Otto Lehmann** Seestraße 25. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes, Seestraße, Ecke Müllerstraße, aus statt. — Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter **Heinrich Heidenreich** Grimmlstraße 8, im Alter von 63 Jahren gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 24. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des alten Luisenkirchhofes in der Bergmannstraße aus statt. 91/3 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Laubenkolonisten Berlins und Umgegend. Am Freitag, den 20. Oktober, verstarb unser Mitglied **Karl Tannhäuser** vom Pfanzerverein „Kamenlos“. Wir werden dem Toten ein ehrendes Andenken bewahren. 12226 **Der Vorstand.** Die Beerdigung findet Dienstag, 24. d. M., nachm. 2 Uhr, von der Halle des Rixdorfser Gemeinde-friedhofes aus statt.

Dankagung. Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau **Luise Wienbrak** sage allen Freunden, Bekannten und Kollegen meinen herzlichsten Dank. Der trauernde Gatte.

Oskar Wollburg Trauer-Magazin Berlin N., Brunnenstraße 56. Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Aenderungen sofort.

Seal von 9,50 an, Perslaner, tmf., von 6,50 an für eleg. Damen-Valetts. Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20-21, n. d. a. bis b. G. Bettriffrde.

Danksagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben unvergesslichen Vaters, des Steinbruders **Otto Kanitz** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere der Direktion der Firma Carl Ernst u. Co. sowie den Kollegen und Kolleginnen, dem Verband der Lithographen und Steinbruder und den Sängern unseren innigsten Dank. **Die trauernden Hinterbliebenen.**

Kranken-Keilkissen. jede Höhe stellb. Gr. Hilfe f. Asthma, Herzleid u. Wochenbett. Preis 20 M. Fahr- u. Ruhentähle. Preis! 98b grat. u. franko. **R. JAEKEL.** Berlin, Markgrafentstraße 20, München, Dionsstr. 6.

Die Qualität gibt den Ausschlag!
MAGGI® Suppen sind aus den besten Rohmaterialien hergestellt; sie enthalten die natürlichen Bestandteile hausgemachter Suppen und schmecken ebensogut wie diese. Deshalb verlange man ausdrücklich MAGGI® Suppen und achte auf die Schutzmarke „Kreuzstern“ ✦
Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Giese, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Soziales.

Schwarze Listen.

Wie das Schatzmachertum gewissenlos Egiztenzen vernichtet, dafür bringt die „Deutsche Industriebeamten-Zeitung“ in ihrer Nr. 21 wieder einmal ein charakteristisches Beispiel: Als jüngst bei der Firma Leichert u. Sohn, Liegnitz, drei Techniker ihre 8 1/2stündige Arbeitszeit gekürzt und einige andere Mißstände abgestellt haben wollten, wurde ihnen diese Bitte nicht nur rundweg abgeschlagen, sondern auch noch gleichzeitig ihre Stellung gefährdet, wobei es an Beleidigungen durch den Chef nicht fehlte. Trotzdem blieben die Angestellten fest und beharrten auf ihren Forderungen. Als nun die Firma den gewöhnlichen Erfolg ihrer brutalen Maßregel ausbleiben sah, gab sie ihrem Vorgesetzten über die Standhaftigkeit ihrer Angestellten dadurch Ausdruck, daß sie den Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller veranlaßte, die gekündigten Angestellten obendrein noch auf die schwarze Liste zu setzen. Das Rundschreiben des Gesamtverbandes, in dem die drei Techniker in Acht und Bann erklärt werden, enthält als Begründung dieser Maßnahme eine Darstellung, wonach sich die Genannten vorher mit dem bei der Firma Leichert bestehenden Arbeiterausschuß in Verbindung gesetzt hätten, um sich im Falle einer Nichtbewilligung der gestellten Forderungen seine Unterstützung durch einen eventuellen Streik der Arbeiter zu sichern. Diese Behauptung aber ist, wie die „Deutsche Industriebeamtenzeitung“ nachweist, einfach aus der Luft gegriffen. In Wirklichkeit ist vielmehr ein Mitglied des Arbeiterausschusses, ein Monteur, an einen der Techniker herantreten und hat ihm in Aussicht gestellt, daß, wenn die Firma die jetzigen Angestellten entlasse, die Arbeiter konsequent anständige Forderungen verlangen würden. Zur Abgabe dieser Erklärung ist er aber weder ernannt worden, noch wurde er aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter sich dementsprechend verhielten. An einen Streik der Arbeiter dachte überhaupt kein Mensch. Charakteristisch für den Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller ist die Tatsache, daß der Verband die Präsiktion der Angestellten auf die einseitigen durch und durch unwarren Informationen der Firma gründete und es nicht für nötig erachtete, den wahren Sachverhalt zu erforschen. Vor Gericht kann sich jeder Angeklagte auch bei der geringsten Tatsachefrage ausgiebig verteidigen. Hier fällt eine private Inzang Urteile über Sein und Nichtsein, ohne den Beschuldigten überhaupt zu haben.

Offentlich strengen die auf die „schwarze Liste“ gesetzten eine Schadenserstattung an.

Wie es in einer Betriebskrankenkasse zugeht.

In einer sehr wohlhabenden Betriebskrankenkasse beschäftigten sich die Arbeiter der Firma Seifert, Oegermühle, mit der Behandlung, die erkrankten Arbeiter der Firma in der Betriebskrankenkasse zuteil wird. Seit langer Zeit klagen die Arbeiter des genannten Betriebes über eine sehr rigorose Behandlung durch den Vorstand der Kasse. Durch den Referenten wurden eine Anzahl Fälle zum Vortrag gebracht. Man hat es danach mit einer Betriebskasse zu tun, die die Schädlichkeit dieser Kassenart in Reinkultur zeigt. „Man kann und darf nicht zuzunehmen, kranke Arbeiter einzustellen und zu beschäftigen“, sagte Herr Seifert kürzlich vor Gericht, und nach diesem Grundsatz wird auch die Behandlung in der Kasse ausgeübt. Kranke Arbeiter bekommen die Entlassung ins Haus geschickt. Einem Arbeiter, der sich einer Blinddarmerkrankung unterziehen mußte, wurde zugemutet, einen Teil der Kosten zu tragen, weil der Arzt ihn nicht nach dem Augusta Victoria-Krankenhaus, sondern nach dem Sanatorium Drachenkopf zur Operation geschickt hatte. Der Arzt hatte dies getan, weil nach seiner Meinung der Operateur im Sanatorium die größte Gewähr für das Gelingen der Operation bot. Natürlich weigerte sich der Arbeiter, etwas zu den Kosten beizutragen; ja, er war sogar so frei, daß ihm durch das Sanatorium gewährte Recht, die ersten drei Tage der Krankheit ebenfalls entschädigt zu verlangen, weil er mehr als vier Wochen krank war, in Anspruch zu nehmen. Sie sollten ihm zunächst nur gewährt werden, wenn er pro Tag 1 M. zu den oben erwähnten Kosten beitragen würde, die man ihm eventuell vom Lohn abziehen würde. Man hat dann allerdings davon Abstand genommen, vermute ich, weil man sich inzwischen überzeugt hatte, daß ein solcher Abzug unzulässig ist. Ein anderer Arbeiter beauftragte einen Kollegen, ihm das Krankengeld mitzubringen; die Auszahlung wurde diesem verweigert, der Kranke sollte selber

kommen, weil der Vorsitzende ihn schon wollte und weil bei der Risikofähigkeit der Gefahr bestände, daß der Kranke das Krankengeld an diesem Tage nicht mehr bekommen würde. Ein junger Burde war verunglückt. Er wurde der Mutter ins Haus gebracht. Der zugezogene Arzt hielt die Überführung nach dem Krankenhaus für erforderlich. Das war aber gar nicht nach dem Willen des Herrn Vorsitzenden. „Wie kommt der Arzt dazu, das kann doch zu Hause geheilt werden!“ waren seine Worte zu der Mutter, der er überdies entgegenhielt, daß sich der Sohn den Unfall beim Spielen zugezogen habe. Als die Mutter ihm entgegenhielt, daß sie hier nicht urteilsfähig sei und daß die Überweisung von dem Arzt doch für erforderlich gehalten sei, gab er sich zufrieden und bestimmte, daß die Entlassung in das Augusta Victoria-Krankenhaus erfolgen könne. Eine neue Schwierigkeit brachte die Art des Transportes. Der Herr Vorsitzende fragte die Mutter, ob sie den Verletzten, der einen Beinbruch erlitten hatte, nicht tragen könne? (Eine Stunde Weg.) Als die Frau dies entschieden verneinte, wurde ihr schließlich zugefanden, daß sie einen Fuhrmann nehmen dürfe, doch würden keineswegs mehr als 250 M. vergütet werden. Noch andere Fälle, die von den Arbeitern als Schilane aufgeführt werden, wurden vom Referenten vorgebracht, so die Verweigerung von Medizinischen an Arbeiter, die entlassen wurden oder selbst aufgehört hatten, Verweigerung von verschriebenen Weinen, Verweigerung von Rückvergütungsscheinen und ähnliches. In der Diskussion suchte der Vorsitzende, Direktor Seifert, seinen fabriksindustriellen Standpunkt zu verteidigen und als Humanität hingustellen.

Erlangung des Unterstühtungswohnsitzes für die Frau.

Frau Slowinski, deren Mann sich dem Trunke ergeben hatte und vagabondierte, war 1904 von Strelno nach Rixdorf verzogen, weil sie dort erwachsene Söhne hatte, die sie unterstützen konnten. Später jedoch, nach Ablauf der Frist, die zur Erlangung des Unterstühtungswohnsitzes genügt, mußte sie doch die Unterstützung der Gemeinde Rixdorf in Anspruch nehmen. Sie wurde nunmehr mit ihren minderjährigen Kindern auf Grund des § 5 des Freizügigkeitsgesetzes ausgewiesen. Die Gemeinde nahm an, daß Frau S. nicht selbständig im Sinne des Unterstühtungswohnsitzgesetzes (§ 17) sei, weil ein böswilliges Verlassen seitens des Mannes nicht vorliege. Sei sie aber nicht selbständig, so hätte sie für sich in Rixdorf überhaupt keinen Unterstühtungswohnsitz erwerben können. Ihr Unterstühtungswohnsitz sei daher Strelno geblieben, wohin sie sich begeben solle.

Die Beschwerdeinstanzen, zuletzt der Oberpräsident, vertraten denselben Standpunkt und verwurfsen die Beschwerde.

Das Oberverwaltungsgericht gab jedoch jüngst der Klage der Frau Ratt und entschied, daß die Ausweisung außer Kraft zu setzen sei. Begründend wurde ausgeführt:

Unstreitig sei, daß Frau S. den Unterstühtungswohnsitz erlangt habe in Rixdorf, wenn sie als selbständig in bezug auf die Erlangung gelten könne. In Frage stehe nur, ob der § 17 des Unterstühtungswohnsitzgesetzes in Verbindung mit §§ 1353, 1354 des Bürgerlichen Gesetzbuches Anwendung finde. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch brauche ein Ehegatte dem Verlangen des andern auf Herstellung der ehelichen Gemeinschaft nicht folgen, wenn sich das Verlangen als Mißbrauch seines Rechts darstelle. Und § 1354 desselben Gesetzes erkläre, daß die Ehefrau der Entscheidung des Mannes über Wohnsitz und Wohnung, die ihm an sich zustehe, nicht folgen brauche, wenn seine Entscheidung sich als ein Mißbrauch seines Rechts darstelle. Nun sei hier im Laufe des Streitfalls festgestellt worden, der Ehemann habe noch nichts verlangt. Das könne aber nicht entscheidend ins Gewicht fallen. Das Bundesamt für das Heimatwesen habe dahin entschieden, daß ein ausdrückliches Verlangen nicht notwendig sei, sondern daß die Voraussetzungen für ein selbständiges Entscheiden des andern Ehegatten (hier der Frau) auch dann vorliegen, wenn die Umstände so seien, daß im Falle des Verlangens des einen Ehegatten nach Herstellung der ehelichen Gemeinschaft usw. dies Verlangen sich als ein Mißbrauch seines Rechts darstelle. Dieser Auffassung des Bundesamts schließe sich das Oberverwaltungsgericht an. Im Streitfalle lägen nun die Dinge so, daß der Ehemann sich durch Trunksucht und Vagabondage außerstande gesetzt habe, die Familie zu ernähren. Unter diesen

Umständen würde sich ein eventuelles Verlangen des Mannes auf Herstellung der ehelichen Gemeinschaft beziehungsweise auf Wohnnngnahme in einem anderen Orte als Mißbrauch seines Rechts darstellen. So habe Frau S. den Unterstühtungswohnsitz in Rixdorf gewinnen können und habe ihn gewonnen. Die Ausweisung müsse als ungerechtfertigt aufgehoben werden.

Gemeinliche Arbeitslosenversicherung.

Von den sozialdemokratischen Gemeindebevollmächtigten München ist am 19. Oktober folgender Antrag eingereicht worden: Das Gemeindefollegium wolle beschließen: der Magistrat ist zu ersuchen, zur Inangriffnahme einer Arbeitslosenversicherung in München 75 000 M. in den Haushaltsplan 1912 einzustellen.

Die Begründung dieses Antrages weist auf die Tatsache hin, daß sich die Gemeinde in den schweren Krisenjahren 1906 und 1908/09 genötigt sah, die Folgen der damaligen großen Arbeitslosigkeit dadurch zu mildern, daß außergewöhnliche Mittel zur Verfügung gestellt wurden. Im Hinblick auf diese Tatsache müsse gegenwärtig soziale Katastrophen in Zukunft Vorzüge getroffen werden, und zwar durch Einführung einer Arbeitslosenversicherung. Die Gemeinde dürfe den durch Arbeitslosigkeit hervorgerufenen schweren Schäden nicht untätig gegenübersehen. Es sei daher die Einstellung von 75 000 M. in den Haushaltsplan völlig gerechtfertigt.

Aus der Frauenbewegung.

Lesende.

Nieder-Schönweide, Dienstag, den 24. d. Mts., bei Wensch, Dräger Str. 17: Vortrag der Genossin Fahrenwald. Thema: „Die Betätigung der Frauen bei den Reichstagswahlen“.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 60, vorn vier Treppen — Parkstraße —, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Sachverhalt und eine Zahl als Merkmal beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Dokumentenquittung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Ullige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

- N. D. 200. Der Ehehebelgrund ist verurteilt. — E. R. Treptow. 1. Reim. 2. Ja, soweit angemessen. — G. L. Pa. — Nordwärts 100. Die Pfändung war zulässig. Ihre Frau soll Freigabe fordern unter Glaubhaftmachung ihrer Eigentumsansprüche. Die etwaigen späteren Kosten hat der Gläubiger zu tragen. — B. G. 92. Nur nach Einziehung in den Dienstorttrag möglich. — B. 99. Fordern Sie vom Gegner, unter Überlegung einer Rechnung Beziehung unter Stellung einer Frist. Nach etwa erfolglosem Ablauf der Frist beantragen Sie beim Gericht Kostenfestsetzung. — Rudi 7. Wir müssen es ablehnen aber geschäftliche Unternehmen Zustimmung zu erteilen. Bei diesen Privatfällen ist dringend recht eingehendes Studium der Kassensatzungen zu empfehlen. — W. J. An die Stützungsdeputation des Magistrats, Poststr. 16. — W. M. Franzstr. Reim. O. T. 975. Die Auffassung des Gerichtsvollziehers ist zutreffend. — M. S. 42. Wenn Sie den Mietvertrag mitunterzeichnet haben, nein. Untersfalls können Sie zu dem nach dem Gesetz zunächst zulässigen Kündigungsfrist kündigen. Welches dieser Termin ist, läßt sich aus Ihrem Briefe nicht entnehmen. — Schlichter. Auch wir halten Sie für zahlungspflichtig. — G. D. Straß. Verjährung ist bisher noch nicht eingetreten. — R. G. 33. Reim. — M. S. 26. 1. bis 4. Richt zulässig. 5. Antrag beim Vormundschaftsgericht. 6. Reim. — G. D. 77. Lohn für die ganze Woche, jedoch unter Kürzung des Krankengeldes. — G. S. 35. 1. Antrag beim Polizeipräsidium. Kosten: 150 M. Bei Bedürftigkeit kann Ermäßigung bis auf 5 M. erfolgen. 2. Wenden Sie sich an den Vorsitzenden G. Stein, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 40. — G. M. 2. 100. Vor Erhebung der Klage muß ein neuer Schiedstermin stattfinden. — H. G. 26. Die Versicherungsbedingungen sind für Sie bindend. Der Pfändung möchte ein Wohnverfahren beim eine Klage vorausgehen. — B. G. 78. Durch das Pfändung wären Sie bezüglich der späteren Ansprüche abgefunden. Die Wiederverehrung ist ohne Einfluß. Völlig ist die Hälfte des gesetzlichen Erbteils. — W. S. 21. Wenn Sie, was anscheinend der Fall, Inländer sind, nein. Sie haben das Recht der Welterbschaft. — G. T. 34. Das Urteil des Schiedsgerichts wird Ihnen zugestellt. Gegen das Urteil können Sie innerhalb Monatsfrist Rekurs beim Reichsversicherungsamt einlegen. Die Zahlungen sind bis zur Rechtskraft weiter zu leisten, wenn nicht eine einstweilige Verfügung auf Einstellung ergeht. — A. W. 100. 1. Die Unmöglichkeit der Braut ist nicht notwendig. 2. Geburtsurkunde und, falls minderjährig, Einwilligung des Vaters. — H. G. 356. Bei zwei aufeinanderfolgenden Bescheidurteilen, ohne daß dazwischen Streitig verhandelt ist, ist der Einspruch unzulässig. — H. G. Reim.

Kleines Feuilleton.

25 Jahre Verlagstätigkeit. Der Verlag von S. Fischer in Berlin blickt in diesen Tagen auf ein Vierteljahrhundert erfolgreicher Wirksamkeit zurück. Seine Geschichte ist eng verknüpft mit der des deutschen Naturalismus (so lange es einen gab). 1886 ist der Verlag gegründet worden, 1889 (den 1. Januar) wurde die denkwürdige Erstausführung der „Gespenter“ statt, 1890 wurde im Verlag Fischer die Wochenzeitschrift „Freie Bühne“ herausgegeben (die jetzige „Neue Rundschau“, damals leitete sie Prach) und dann kamen die Siege Schlag auf Schlag, Hauptmann, Ibsen, es erschienen Dehmel, Gung, Klensberg...

Aber die geschichtliche Entwicklung ist nicht das interessanteste an diesem Jubiläum (man findet sie übrigens in dem umfangreichen Gedendruck: Das 25. Jahr. 1 M.). Es ist etwas anderes.

Dieser Verleger hat nämlich Geschäfte gemacht!

Abgelesen von den großen Salagern (Die verurteilte Glocke, 80 Auflagen, Buddenbrooks 60 Auflagen, Desses Peter Camenzind 60 Auflagen) haben sehr viele seiner Bücher zehn und mehr Auflagen erlebt.

Was ist das? — Wie ist diese Erscheinung mit dem ewigen Jammer der Verleger (und Theaterdirektoren) zu vereinbaren: das Publikum wolle nur das Beste, es sei unmöglich, mit wirklich etwas Guten Geschäfte zu machen. Hier ist das Gegenteil bewiesen. Hier hat dieser Mann gezeigt, daß es sehr wohl möglich ist, die Kunst zu fördern und Geld zu verdienen. Zugegeben: die Mode ist der Stütze des Verlages zu Hilfe gekommen — aber das ist nicht immer der Fall gewesen —; oft hat Fischer durchgehalten gegen das Publikum! — Und er hat fast nie Konzessionen gemacht, nie auf den Verkauf der Leihbibliotheken ipeluliert.

Es geht also auch so, Fischer hat es gezeigt. Allerdings ist es meilans unangenehm, als Sudermann aufzufahren oder Dugendromane zu verlegen oder ein schlechtes Witzblatt herauszugeben. Fischer war der Mann, der ruhig seinen Weg ging, der ganz einseitig (extravaganterweise) eine bestimmte Richtung Kunst verbreitet hat, ohne Gesäner, ohne den widerlichen Tam-Tam und ohne Klammern.

Der Fort des Islam in Nordafrika. Nach den neuesten Meldungen sind die Senussi im Begriff, den Türken im Kampf gegen die Italiener zu Hilfe zu kommen. Wer sind diese Senussi, deren Name in den letzten Monaten so oft geheimnisvoll durch die Zeitungen geschwirrt ist? Eine sachkundige Antwort gibt auf diese Fragen J. C. G. Falls in seinem Werk „Drei Jahre in der Lybischen Wüste“, das vor kurzem in der Herderschen Verlagshandlung erschienen ist. Falls hat an der sogenannten Französischen Expedition, die eine der großartigsten afrikanischen Heiligtümer aufdeckte, teilgenommen und lange Zeit unter den Beduinen der Wüste gelebt. Dabei stieß er auf Schritt und Tritt auf Spuren der geheimnisvollen politischen und geistigen Macht der Senussia, dieser Macht, die die Hofne des Panislamismus in ganz Nordafrika und selbst in Zentralafrika einfließt und das weite Beduinengebiet bis in die Sahara und die arabische Wüste hinein unter ihre Vormhigkeit gekrocht hat. Die Senussia (Senusija) ist eine

mohammedanische Brüderchaft strengster Obervang, genannt nach ihrem Gründer Sidi Mohammed ben Ali es-Senufi, einem Algerier, der 1859 starb. Ihr Einfluß wuchs gewaltig durch das Wirken des Sohnes des Gründers, des 1844 geborenen Sidi Mohammed el-Bebr, der unter dem Namen des M a h d i im ganzen Osten von Nordafrika, namentlich aber in der Wüste, eine große Rolle spielte. Dieser „Scheid der Senufi“ ist tatsächlich am 30. Mai 1902 in Oeru gestorben. Aber er lebt für die Beduinen weiter und erscheint seinen Anhängern hier und da, ermuntert sie, verleiht ihnen Kraft, ist plötzlich mitten in ihren Versammlungen, zuweilen an zwei Stellen zu gleicher Zeit. Die Leistung der Senussia hält diesen Glauben überoll aufrecht. So ist der Mahdi denn der geistige Herr der Wüste geblieben. Wenn er wiederkehrt im Augenblick der Not, dann wird der heilige Krieg gegen die Ungläubigen losbrechen.

Die „Feinden des Islam“ hat man die Senufi genannt, und wirklich nehmen sie heute in der mohammedanischen Welt Afrikas die Stellung ein, die einst die „Soldaten Christi“ für sich in Anspruch nahmen. Sie wollen die alte Macht des Islam über die Wüste befestigen, eine neue Blütezeit der Religion des Propheten heraufführen. Ihr Hauptstift ist seit 1902 in Oeru, im Hinterlande von Tripolis. Die Prinzipien des Ordens, die Rückkehr zur einfachen Strenge des Islam, seine Forderung von Entschlossenheit, das Verbot von Tabak, Kaffee, Tanz und Musik machen dem Sendling der Senussia die Eroberung der Wüste und der Oasen leicht. Ihre Prediger durchziehen die Wüste bis zu ihren südlichen Grenzen, gründen kleine Dörfer (Klöster) mit Schule und Moschee und verführen so den Ruf nach Befreiung von der Herrschaft der Andersgläubigen. Dabei gehen sie ohne jede Gewalt vor, schmiegen sich diplomatisch der Kultur der Weißen an. Auch in die Regentweil sind sie eingedrungen und haben sich als erfolgreiche Konkurrenten der christlichen Mission bewiesen.

Theater.

Kleines Theater: Fannys erstes Stück, von Bernard Shaw. (Vorschau im Verlag von S. Fischer.) Ein origineller Einfall räumt das Spiel ein. Fanny, die Tochter eines äberisch schwärmenden Schönegeistes, die auf der Universität Fabierin und Anhängerin des weiblichen Wahlrechts geworden ist, hat den Papa und die Kritik zu einer privaten Vorstellung ihres ersten Stückes eingeladen. Als Epilog folgt eine Referentenkonferenz, ein hochnotwendiges, literarisches Gericht. Es gab da wichtig amilante Sidelien. Das Schlimme ist nur, daß die kritischen Herren, auch wenn sie nicht die Trottel wären, als die der Autor sie hier vorführt, zu keiner besseren Meinung über Fannys Erstling hätten kommen können.

Daß Shaw die Leute ansieht, die sich darauf kaprizieren, die Szenen, die er fürs Theater schreibt, nach einem festen dramaturgischen Kanon abzurteilen, ist ihm nicht zu verdenken. Er kann verlangen, daß man die Maßstäbe des Urteils aus seinen eigenen Absichten nimmt. Seine „Helden“, seine „Candida“, die jedes Regelschemas spotten, sind keine Meisterwerke, vibrierend von Geist und phantastisch frischer Laune. Wollen und Vollbringen deckt sich in ihnen wunderbar. Und auch Frau Warrens Gewerbe“, obwohl weniger geschloffen und in manchen Wendungen der Dialektik schon sophistisch schillernd, trägt durchaus das Gepräge bedeutsam inter-

essanter Eigenart. Indes ein Witz, der sich zum Selbstweid wird, der jedem paradoxen Einfall nachgibt und sich an keinen Einseit schaffenden Gedanken, an keinen psychologischen Zusammenhang in den Gestalten binden mag, muß so, von jedem allgemeinen Hintergrund losgelöst, am Ende auch als Witz verstanden. Shaw hat so lange parodiert, daß ihm das Augenmaß für die Bedingungen, unter denen das Parodieren überhaupt noch Reiz und Wirkung haben kann, mehr und mehr zu schwinden scheint. Das neue Stück, das einer seiner selbst gekauften Kritiker als Satire wider die gesellschaftliche Heuchelei der englischen Mittelklasse bezeichnet, ist, wenn man diesen Maßstab anlegt, gründlich mißraten. Die jungen Leute, die den Respektspersonen hier gegenüberstehen, gebärden sich noch um mehrere Prozent verrückter, als diese, und das Typische fehlt fast völlig. Und ebenso verunglückt, wie es als Satire wäre, ist das Stück als Posse. Ein Pariser Schwanz kann auch nicht unwahrer in den Begebenheiten und Personen sein, leistet dabei aber für das bloße Lachbedürfnis unverhältnismäßig mehr.

Im ersten Akte ulkt ein Dämchen, die mit dem hoffnungslosen jungen Gilbert soeben wegen Trunkenheit ein paar Wochen Vollgehorret abfolviert hat, den Vater ihres Schages mehr unerschäm als loslich an. Im zweiten Akte hält Gilberts offizielle Braut, die in Begleitung eines französischen Leutnants von der Polizei beim Nennen eines Tanzsaales gleichfalls arreliert wurde und die dem Manne des Geieges dabei zwei Zähne ausgeklagen, den Eltern einen fulminanten Vortrag über ihre Weibes- und Menschenrechte; im dritten Akte prügelt sie den Bräutigam, verlobt sich mit einem granatitänen Kammerdiener, der eigentlich ein Herzog ist, und Gilbert reicht seinem Dämchen die Hand zum Ehebunde. Unter den mancherlei drolligen eingestreuten Pointen war am drohligsten — die Dauerrede, mit welcher der französische Leutnant am Schluß die gefundene Freiheit englischen Familienlebens feiert und seine vom Mädchen dieser Sunda eingekläfferten Zuhörer in die Flucht treibt. Auch die flotte Aufführung, um die sich namentlich die Herren Abel, Landa, Siebert, Adalbert, die Damen Brandt und Carlsen verdient machten, konnten die vielen toten Stellen des Textes nicht beleben.

Notizen.

Die Volksvorstellungen der engagierten Losen Schauspielers können nicht, wie veröffentlicht worden, am 24. d. Mts. beginnen. Die in Aussicht genommenen Sätze sind noch nicht alle baupolizeilich abgenommen. Bis zur Erwirkung dieser Annahme, die noch kurze Zeit in Anspruch nimmt, gibt die Polizei vorvorschriftsmäßig keine Erlaubnis für öffentliche Auführungen.

Die fälligen Druckfehler sind diesmal dem Rixdt. Bedenkartikel im Unterhaltungsblatt vom Sonnabend zugute gekommen. In Zeile 13 muß es heißen: dank (statt: Leute) der Propaganda. In Zeile 45 werden dem literarischen Kustler „politische“ Ideen aufgeschrieben, während es poetische sein sollen. Ferner wollte Rixdt die Schranken seines Stils nicht „betreten“, sondern zerreißten. Seite 820 in der zweiten Zeile muß hinter zeigen ein Punkt stehen usw.

Tadellos 1 M.

wöchentliche Teilzahlung
liefere elegante

Herren-Moden

fertig und nach Mass
Garantie für tadellosen Sitz und
feinste Verarbeitung.

J. Kurzberg
Maß-Schneiderei

Rosenthaler Str. 40-41 | Frankfurter Allee 104
direkt am Hackeschen Markt | part. — Ecke Friedenstraße



Blendol

Bei mir giebt's andre Mittel nicht,
Ich bin bloß uff Blendol verpicht.

In Glasflaschen zu 10, 15 und 25 Pf. Blechflaschen zu
20, 30 und 50 Pf. überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Damenhüte.

2 große Schaufenster voll schön ge-
zierter Hüte, sind für
Stück 6.90, ungarische Samt-
formen 3.90. Auch Blumenhüte,
alte Samthüte werden neu geputzt.

Modellhaus Migge,
Brückenstr. 7, Stadtb. Hannover.

Reste

Damentuche schwarz und
per Meter von 3 Mark an
Kostümstoffe neueste
per Meter von 2 Mark an
Seidenplüsch engl. Muster
80 cm breit
per Meter . . . 4 Mark
Engl. Seal 120 cm breit
per Meter . . . 10 Mark
Astrachan 120-130 cm breit
per Meter . . . 5 Mark
Samt und Seide etc. etc.
zu sehr billigen Preisen.

C. Pelz, Kottbuser
Straße 5.

Anton Boekers Festsäle

Weberstraße 17.
Kleiner Saal
mit anschließenden Nebenräumen ist
noch zu vergeben.
Nach zu den Feiertagen noch frei.
Aufsichtsvoll **Anton Boeker.**

Große Firma vergibt
Teppiche, Gardinen, Stores,
Steppdecken, Portieren
auf Teilzahlung ohne Anzahlung.
Reine Stoffe. Gültig S. 100, "Vor-
wärts"-Spezial, Kunstl. 50.

H. Pfau, Bandagist

Berlin Direksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und
Gottfried-Platz. — Amt VII, 3203.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Spezial für alle Krankheitsfälle.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden
Prinzenstr. 41, Moritzplatz.
10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 9-4.

Syphilis-Nachweis

in allen frischen u. veralteten, zweifelhaft.
Fäll. durch wissenschaftl. Untersuchung.
Sofort; besgl. Darm (Spez. auf Gon-
orrhoe-Bakterien) u. Spermum-Analysen.
Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat.,
Friedrichstr. 189, im Kronen- und
Koblenzhaus, I. 5724. Besl. Nachspr.
dinst. u. freit. Geöffnet von 8-8
Sonntags von 12-1.

Pollmanns Bandagen

Geschäft, nebst Artikel zur
Gesundheits- u. Krankenpflege,
Verbandstoffe, Gummiwaren etc.
Berlin N., Zehringstr. 60.
Lieferant für Krankenkassen
Eigene Werkstatt.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 24. Oktober 1911:
Anfang 8 1/2 Uhr.
Deutsches. Faust. 2. Teil.
Anfang 7 1/2 Uhr.

A. Opernhaus. Der Liebestrank.
S. Schauspielhaus. Der Bettler
von Syrakus.
Faberland. Spezialitäten.
Kirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Kirkus Schumann. Gala-Vor-
stellung.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Tausendjähr 48/49.
Geschichte der belebten Natur.
Im Hofsaal: Dr. Berndt: Ursprung
des Lebens.
Kleines. Jungs erstes Bild.
Neues A. Opernhaus. Der
Jerrigens.
Kammerspiele. Der Arzt am Scheide-
wege.
Felling. Das weite Land.
Berliner. Hummelstudenten.
Neues Schauspielhaus. Bild.
Wessing. Ein Walzer von Chopin.
Neues Opernhaus. Die moderne
Eva.

Königsgräber Straße. Spielereien
einer Kaiserin.
Komische Oper. Die deutsche Salome.
Zirkus Busch. Der Großfürst.
Schiller. O. Der Probenandbat.
Schiller. Charlottenburg. An-
tignone.

Friedr. W. Schauspielhaus.
Die Hochzeit von Valenti.
Neues Volkstheater. Das Ver-
mächtnis.
Neues. Geschlossen.
Wessing. Die Nacht von Berlin.
Westen. Die Dame in Rot.
Trianon. Mein Baby.
Thalia. Baltische Wirtschaft.
Luise. Die Nacht der Liebe.
Klose. Rent.
Cafino. Der seltsame Hohlhündel.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apothe. Spezialitäten.
Wagner. Spezialitäten.
Königsgräber-Saal. Spezialitäten.
Reichshallen. Sittlicher Sänger.
Herrnfeld. Schmerzlose Behandlung.
Das Kind der Firma.

Königsgräber Straße. Spielereien
einer Kaiserin.
Komische Oper. Die deutsche Salome.
Zirkus Busch. Der Großfürst.
Schiller. O. Der Probenandbat.
Schiller. Charlottenburg. An-
tignone.

Friedr. W. Schauspielhaus.
Die Hochzeit von Valenti.
Neues Volkstheater. Das Ver-
mächtnis.
Neues. Geschlossen.
Wessing. Die Nacht von Berlin.
Westen. Die Dame in Rot.
Trianon. Mein Baby.
Thalia. Baltische Wirtschaft.
Luise. Die Nacht der Liebe.
Klose. Rent.
Cafino. Der seltsame Hohlhündel.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apothe. Spezialitäten.
Wagner. Spezialitäten.
Königsgräber-Saal. Spezialitäten.
Reichshallen. Sittlicher Sänger.
Herrnfeld. Schmerzlose Behandlung.
Das Kind der Firma.

Königsgräber Straße. Spielereien
einer Kaiserin.
Komische Oper. Die deutsche Salome.
Zirkus Busch. Der Großfürst.
Schiller. O. Der Probenandbat.
Schiller. Charlottenburg. An-
tignone.

Friedr. W. Schauspielhaus.
Die Hochzeit von Valenti.
Neues Volkstheater. Das Ver-
mächtnis.
Neues. Geschlossen.
Wessing. Die Nacht von Berlin.
Westen. Die Dame in Rot.
Trianon. Mein Baby.
Thalia. Baltische Wirtschaft.
Luise. Die Nacht der Liebe.
Klose. Rent.
Cafino. Der seltsame Hohlhündel.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apothe. Spezialitäten.
Wagner. Spezialitäten.
Königsgräber-Saal. Spezialitäten.
Reichshallen. Sittlicher Sänger.
Herrnfeld. Schmerzlose Behandlung.
Das Kind der Firma.

Königsgräber Straße. Spielereien
einer Kaiserin.
Komische Oper. Die deutsche Salome.
Zirkus Busch. Der Großfürst.
Schiller. O. Der Probenandbat.
Schiller. Charlottenburg. An-
tignone.

Friedr. W. Schauspielhaus.
Die Hochzeit von Valenti.
Neues Volkstheater. Das Ver-
mächtnis.
Neues. Geschlossen.
Wessing. Die Nacht von Berlin.
Westen. Die Dame in Rot.
Trianon. Mein Baby.
Thalia. Baltische Wirtschaft.
Luise. Die Nacht der Liebe.
Klose. Rent.
Cafino. Der seltsame Hohlhündel.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apothe. Spezialitäten.
Wagner. Spezialitäten.
Königsgräber-Saal. Spezialitäten.
Reichshallen. Sittlicher Sänger.
Herrnfeld. Schmerzlose Behandlung.
Das Kind der Firma.

Königsgräber Straße. Spielereien
einer Kaiserin.
Komische Oper. Die deutsche Salome.
Zirkus Busch. Der Großfürst.
Schiller. O. Der Probenandbat.
Schiller. Charlottenburg. An-
tignone.

Berliner Theater.
8 Uhr:
Bummelstudenten.
Theater in der Königsgräber Straße
8 Uhr:
Spielereien einer Kaiserin.

Neues Theater.
Heute geschlossen.
Donnerstag 7 1/2 Uhr zum 1. Male:
Das Wädel von Montmartre.

Theater des Westens.
8 Uhr: Die Dame in Rot.
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
Ein Walzertraum.

Friedrich-Wilhelmstadt.
Schauspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die Hochzeit von Valenti.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Ein Walzer von Chopin.

Belle-Alliance-Theater
Abends 8 Uhr:
Der Sittenspiegel.

Luise-Theater.
Heute und folgende Tage:
Die Macht der Liebe.

Metropol-Theater.
Die Nacht von Berlin!

Apollon Theater
Abends 8 Uhr:
Letzte Woche der Weltstadt-
Attraktionen.

Artushof, Verlesberger Str. 26.
Das Käthchen von Heilbronn
Großes historisches Puppenspiel in
5 Akten von Heinrich v. Kleist.
Sofort abends 10 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Castans Panoptikum.
Corso-Varieté.
Friedrichstr. 165.
Heitere Künstler-Abende.
12 Attraktionen 12
U. a.:
Das urkom. Zwerginnen-Duett.
Entrée 50 Pf.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Heute:
Erstes
Castspiel
Robert
Steidl.
Anfang
8 Uhr.

SPORTPALAST

Potsdamer Str. 72

Winzerfest

in den feenhaft ausgeschmückten Gesamträumen.

200 Mit-
wirkende Original-Revue mit Gesang und Tanz
200 Mit-
wirkende „Winzerträume“

Bunter Teil — Sport und Humor. Im Saal der Winzer: Die lustigen Dorfmusikanten. Café, Bar.
Im ganzen Hause: Frisch. Most, Stimmung, Humor, Behaglichkeit. Eintritt 1 M., Sperrplatz (1. Reihe) 2 M.

Sämtliche Freikarten sind während
des Winzerfestes aufgehoben.

Grösster Eispalast der Welt!

Herrnfeld Theater

Noch nie dagewesener Lach-Erfolg.
Anfang 8 Uhr.
**Das Kind
der Firma**

mit Anton und Donat Herrnfeld in den
Comptrolken. Vorher:
Schmerzlose Behandlung
Anfang 8 Uhr. Vorher. 11-2 Uhr.

CLOU

BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstraße 82 X Zimmerstraße 90/91.
Gr. Doppel-Konzert.
Musik. des K.-Frz.-G.-Regts. Becker.
Oberrn.
Musik. d. G.-G.-Reg. No. 5 Kneisel.
Oberrn.
Anfang 8 Uhr.

An allen Wochen-Gr. Promenadenkonz. bei freiem Haupte Musik. d. A.-G.-R.
tagen nachm. Eintritt. Kgl. Musikdir. Krasso.

Voranzeige! Um jedem
zubeugen, bringen wir
hiermit zur Kenntnis, daß
am Sonnabend, d. 28. Ok-
tober unsere Vorstellung
wie täglich präzis 8 Uhr
abends beginnt mit dem
unveränderlichen Spielplan:
Schmerzlose Behandlung.
Das Kind der Firma. —
Beginn d. Nachvorstellung:
12 Uhr nachts.

Zirkus Moulier

Heute abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung.
Frl. Dora Schumann, Frei-
heitsdrosuren. The 4 flying
boys. 3 Geschwister Canales.
Neue interessante Sportspiele
geritten v. 8 Herren. Außer-
dem die übrigen Kunstkräfte.
9 1/2 Uhr: Die große Feezie
1000 Jahre
auf dem
Meeresgrunde
in 5 Bildern nach Motiven aus
1001 Nacht.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
die japan. Mimo-
dramatikerin mit
ihrer Truppe i. ihr.
Mimodramen.
Ali Ben Hamad-Truppe,
15 eingeb. Springer a. Agadir.
Georg Kaiser in ihren
Putzi Cassani! Parodien
und das
gr. Oktober-Progr.
14 Spezialitäten.

Ausstellung Nordland

Kurfürstendamm 151
nahe Bahnhof Charlottenburg
und Halensee.
Vorführungen: Wochentags 4 1/2, 6 1/2
und 9 Uhr.
Letzte Hauptvorführung abends 9 Uhr.
Eintrittspreis:
Ausstellungshalle 50 Pf. Vor-
führungshalle 30 Pf.
Vorverkauf bei A. Werthelm und
Invalidendank.

Noack's Theater.

Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Brunnensstraße 16.
Mit bedeutend verstärktem Personal:
Die Räuber.
Ein Trauerspiel in 5 Akten von
Fr. v. Schiller.
Anf. d. Konzerts 7 1/2, d. Vorst. 8 1/2, u.
Ehren- und Vorkonzerte gültig!

Volks-Theater.

Rixdorf, Germaniastr. 20.
Sonntag, 29./10.: Der tolle Witt-
weiser. Miltärisches Drama in
3 Akten von Dr. C. Stillebauer.
Montag, 30./10.: Jugend. Drama
in 3 Akten von Max Halbe.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger
Heute:
Erstes
Castspiel
Robert
Steidl.
Anfang
8 Uhr.

Casino-Theater

Zehringstr. 57. Täglich 8 Uhr
Abends 8 Uhr
berliner Pöffen-Schlager
Der selige Hohlhündel.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Ein Weib a. d. Volke.

Urania.

Wissenschaftliches Theater
Abends 8 Uhr: Geheimnisse
der belebten Natur.
Hörsaal 8 Uhr Dr. Berndt:
Ursprung des Lebens.

Zirkus Busch

Heute abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Prolongiert.
D. beid. Affenmenschen
„Max und Horitz“
aus Herrn Karl Hagenbecks
Tierpark Stellingen.
Ernst Schumanns neueste
Meisterdrosuren.
Gebr. Marianis, Clownen
Bärenringkampf.
Dressour M. Ganser. 9 1/2 Uhr:
U20 Origin.-Ausstattungs-
stück des
Zirkus Busch
in 5 Bildern.

Folies Caprice.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Zum
54. Male: **No. 14.**
Rubi Krach.

PASSAGE :: ::

PANOPTIKUM
Die wilden Lebewe!
Heul-Derwische
aus Ceylon
mit ihren fantastisch. Produk-
tionen. Merino, der lebende
Amboß. A.G.A., die schwebende
Jungfrau.
Alles ohne Extra-Entree.

Admiralspalast

Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena
Mittags von 12 Uhr bis 2 Uhr
Korso bei Musik.
Nachmittags:
Militärkonzert und
Produktionen v. Soloflutern.
Abends zum 220. Male:
Das grandiose Eishaus
Montreal.
Die kleine Charlotte
mit ihrer Novität:
Der Lichtertanz
und die übr. erstklass.
Kunstausproduktionen.
Restaurant I. Ranges.
Bis 6 Uhr u. nach 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.

Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 139.
Abends 8 Uhr:
König aber: Genie und
Leidenschaft.

1. Kommunalwahlbezirk.

Dienstag, den 24. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

Oeffentliche Wählerversammlung

in den
Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18.

Tagesordnung:

1. Die bevorstehende Stadtverordnetenwahl. Referent: Stadtverordneter **Dr. Kurt Rosenfeld**. 2. Diskussion.

3. Aufstellung des Kandidaten.

Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Einberufer:
222/16
A. Haaker, Kugelfische 80.

24. Kommunalwahlbezirk.

Dienstag, den 24. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,
in den Union-Sälen, Greifswalder Str. 22:

Oeffentliche Wählerversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehende Stadtverordnetenwahl. Referent: Stadtverordneter **Ferd. Ewald**. 2. Diskussion.

3. Aufstellung des Kandidaten.

Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Einberufer: **E. Rossmann, Wldstr. 64.**
222/16

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Theater-Vorstellung

Sonntag, den 29. Oktober, abends 7 Uhr, in „Hoerners Festsaal“, Köpenicker Str. 29a. Zur Aufführung gelangt: „Der Graf von Luxemburg“. Billet 50 Pf.

Bodenleger.

Dienstag, den 24. Oktober, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel 15, Saal 1:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Branchenangelegenheiten.

Santischler, Möbeltischler, Polierer, Maschinenarbeiter, Drechsler usw. Bezirk Norden.

(Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt.)

Mittwoch, den 25. Oktober, abends 8 Uhr, bei **Obiglio, Schwedter Str. 23:**

Gemeinsame Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Niedknacht**. 2. Verbandsangelegenheiten.

Schirmmacher.

Mittwoch, den 25. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, bei **Schmann, An der Straßauer Brücke 3:**

Versammlung

Korbmacher.

Mittwoch, den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel 15, Arbeitslokal:

Versammlung

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Kedatour Kihner**. 2. Bericht der Kommission.

Brande der Kürschner- und Pinselmacher Berlins und Umg.

Mittwoch, den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal **Preuß, Holzmarktstr. 65:**

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Fortschritte in der Kürschnerbewegung. Referent: Kollege **Schmalbach**. 2. Branchenangelegenheiten. — Mitgliederbuch sind mitzubringen.

Brande der Jaloufiarbeiter.

Mittwoch, den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei **Bocker, Weberstraße 17:**

Versammlung

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Thomolcke** über: „Baugewerbliche Fragen“. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Branchenangelegenheiten.

Berlmutter- und Knopfarbeiter.

Mittwoch, den 25. Oktober, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel 15 (Saal 5):

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen **W. Gün** über „Arbeitsnachweis“. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Bericht der Kommission.

Achtung!

Jugendliche Holzarbeiter!

Versammlung

Mittwoch, den 25. Oktober, für die Bezirke **Osten I, II und III** bei **Bergemann, Vorhangener Str. 26:**

für den **Süden, Südwesten, Südosten I und II** bei **Eloke, Schönhauser Str. 6.**

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Versammlungen werden pünktlich um 8 Uhr eröffnet. Unsere Kollegen werden gebeten, die Jugendlichen auf diese Versammlungen aufmerksam zu machen.

91/2
Die Jugendkommission.

Oeffentliche politische Versammlungen.

Sozialdemokratischer Wahlverein des vierten Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 24. Oktober 1911, abends 8 1/2 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

in den **Konordia-Festsälen, Andreasstr. 64.**

Tagesordnung:

1. Die Sozialdemokratie im Rathaus. Referent: Stadtverordneter **W. Hanasse**. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl.

Zahlreiches Besuch erwartet
Der Einberufer:
222/16
Paul Hoffmann, Köpenicker Str. 28

Sozialdemokratischer Wahlverein des VI. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 24. Oktober 1911, abends 8 1/2 Uhr,

in den **Pharus-Sälen, Müllerstr. 142:**

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehende Stadtverordnetenwahl. Referent: Stadtb. Genosse **Dr. Weyl**.

2. Aufstellung der Kandidaten.

Mitgliedsbuch legitimiert!
222/9
Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- u. Zementbranche

Mittwoch, den 25. Oktober 1911, abends 6 Uhr, gleich nach Feierabend, bei **Jannaschk, Julestr. 10:**

Firmen-Versammlung

für alle bei der Firma **Herrn Rinz, Nachfolger Adolf Wildhagen** beschäftigten **Puher, Träger und Rahlspänner.**

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Wir ersuchen alle bei der Firma **Wildhagen** beschäftigten Kollegen für einen guten Besuch der Versammlung zu agittieren.
140/14
Der Sektionsvorstand.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Hilfste Berlin I.

Kostüm- und Masterschneider und Schneiderinnen!

Die Montag, den 25. Oktober 1911, abends 8 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

in den **Kreuzhallen, Kommandantenstr. 58/59.**

Tagesordnung: 1. „Der Kampf um Recht.“ Referent: **Frau Friedländer** ex. 2. Mitteilungen aus der Branche. Wir fordern unsere Kollegen und Kolleginnen auf, zahlreich und pünktlich in dieser Versammlung zu erscheinen. Niemand darf fehlen!
164/9
Die Kommission.

Zentralverband der Schmiede

Zahlstelle Berlin.

Bureau und Arbeitsnachweis: **Kulenkstr. 73. — Telefon: Amt III, 9714.**

Donnerstag, den 26. Oktober 1911, abends 8 1/2 Uhr, bei **Bocker, Weberstraße 17:**

Ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom dritten Quartal 1911 und Bericht des Vergütungskomitees. 2. Antrag der Kollegen auf Gehaltserhöhung der Angestellten. 3. Anträge und Verschiedenes. 176/18
Es ist Pflicht aller Kollegen, zu dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert, ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

H. & P. Uder,

Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

Spezialität: **Nordhäuser Kautabak** von **G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.**

Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.

Amt IV, 3014.

Möbel

liefert auf **Teilzahlung** bequeme bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.

Orts-Krankenkasse für das Töpfergewerbe

in Berlin.
Zur Vornahme der Wahlen der Vertreter zur Generalversammlung laden wir in Gemäßheit der §§ 48 und 63 des Statutensatzes die Herren Arbeitgeber zur Wahl von 14 Vertretern und die großjährigen Klassenmitglieder zur Wahl von 28 Vertretern und 28 Ersatzvertretern auf.
Mittwoch, 1. November 1911, abends von 7-9 Uhr, nach dem Lokal „Königsplatz-Kolono“, Holzmarktstr. 72, hiermit ergeben ein.
Die Wahlen finden in getrennten Wahlgängen (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) statt.
Für die Klassenmitglieder dient als Legitimation eine vom Arbeitgeber auszustellende Bescheinigung über das Arbeitsverhältnis.
Gleichzeitig beräumen wir die **Ordentliche**

General-Versammlung

auf Montag, 13. November 1911, abends 8 Uhr, in demselben Lokal an.

Tagesordnung:

1. Geschäftliche Mitteilungen. 2. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Jahresabrechnung für 1911. 3. Wahl von 6 Vorstandsmitgliedern (2 Arbeitgeber, 4 Arbeitnehmer). 4. Beschlusfassung betreffs Einführung freier ärztlicher Behandlung der Familienangehörigen der Klassenmitglieder. 5. Verschiedenes. Als Legitimation ist die schriftliche Einladung mitzubringen. 279/14
Der Vorstand.
Albert Gensch, Max Markmann, Schriftführer. 1. Vorsitzender.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, u. u. Mariannen-Straße 2.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: **Del I. Amt 3, 1239.** Verwaltungsstelle Berlin: **Charitéstr. 3.** Hauptbureau: **Del III. Amt 3, 1987.**

Mittwoch, den 25. Oktober cr., abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung der Klempner

in den „**Musiker-Festsälen**“, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabg. **Genosse Heine** über: „Die gewerkschaftlichen Tarifverträge und ihre juristische Bedeutung.“ 2. Diskussion. 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten. In Anbetracht des besonders wichtigen Vortrags für unsere Kollegen ist unbedingt notwendig, daß ein Jeder erscheint. Die Kollegen von folgenden Firmen sind zu dieser Versammlung ganz besonders eingeladen: **Gärtner-Bensfeldt, Geister-Ruhmstr., Hirsch-Schlenker, Schröter-Nieddorf, Pokora-Nieddorf, Stolzenberg-Schöneberg, Demmecks-Friedenau u. Dieringer-Siedende.**
Mitgliedsbuch legitimiert.

Mittwoch, den 25. Oktober cr., abends 6 1/2 Uhr: Versammlung

aller in d. **Metallschleifereien u. galvanisch. Anstalten** beschäftigten Kollegen u. Kolleginnen in den **Arminhallen (gr. Saal), Kommandantenstr. 58/59.**

Tagesordnung: 1. Vortrag des Arbeiterschleifers **Genossen A. Ritter** über: „Der Arbeitsvertrag im modernen Erwerbsleben.“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwarten wir zahlreiches Besuch.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Mittwoch, den 25. Oktober cr., abends 6 Uhr: Versammlung

der **chirurgischen Branche** im „**Rosenthaler Hof**“, Rosenthaler Straße 11/12.

Tagesordnung: 1. Berichtserstattung über die diesjährige Tarifbewegung der Hartgummiarbeiter. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Kollegen! In dieser Versammlung werden sehr wichtige Branchenangelegenheiten besprochen. Es ist deshalb notwendig, daß jeder Kollege für einen Massendebuch agitiert.

Mittwoch, den 25. Oktober cr., abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung

der **Gold- und Silberarbeiter u. verw. Berufsgenossen** im „**Dresdener Garten**“, Dresdener Straße 45.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Davidsohn** über: „**Schere, Fetire, Ironie und tiefere Bedeutung**.“ 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Mittwoch, den 25. Oktober cr., abends 8 1/2 Uhr: Versammlung

der **Graveure und Ziseleure** in den „**Korona-Prachtsälen**“, Kommandantenstr. 72.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **Dr. Pleßner** über: „**Soziale Ursachen der Rekrutenkrankungen**.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
124/9
Die Ortsverwaltung.

Plasmon-Cacao

Bester Nähr cacao der Welt
Erhältl. in Apotheken, Drogerien u. Nahrungsmittelgeschäften

Partei-Angelegenheiten.

1. und 5. Wahlkreis!

Die Parteigenossen werden nochmals auf die heute, Dienstagabend 8 1/2 Uhr stattfindende Wählerversammlung...

Charlottenburg. Heute abend: Mitgliederversammlung im Volkshaus, Rosinenstr. 8. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Dr. Südekum...

Schöneberg. Heute, Dienstag, den 24. Oktober, abends 8 Uhr: Wählerversammlung in den Neuen Mathausäfen, Weininger Str. 8. Tagesordnung: Bericht der sozialdemokratischen Fraktion...

Berliner Nachrichten.

Aus der Arbeiter-Krankenversicherung Berlins

bringt die Gewerbe-Deputation des Magistrats alljährlich in ihren Verwaltungsberichten einige Hauptzahlen. Sie geben eine statistische Uebersicht über die vom Magistrat zu beaufsichtigenden Krankenkassen...

Bei Schluß des Etatsjahres 1910, am 31. März 1911, standen außer der Gemeinde-Krankenversicherung 140 Krankenkassen unter der Aufsicht des Berliner Magistrats...

Im Verkehrsmuseum ist seit kurzem ein hochinteressantes Modell aufgestellt, in fünfacher Verkleinerung eine Dampftriebschneefräse...

Ein seltsamer Selbstmord beschäftigt die Kriminalpolizei. In der Kastanienallee 64 hat sich am Sonntag morgen eine unbekannte Frauensperson mit der Schnur ihres Pompadours erhängt...

Freisinnige Reichstagskandidatur im 2. Wahlkreise. In einer Vertrauensmännerversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei wurde am Sonntag der Stadtverordnete Rommsen...

Die Gründung einer Hausbesitzerfraktion im Rathaus verlangte ein Antrag, der in einer Versammlung des Verbandes Berliner Grundbesitzer gestellt wurde...

Zur Liquidation der Allgemeinen Teemportgesellschaft, über die wir am Sonntag berichteten, werden wir am Wiedergebäude folgender Mitteilung erlaucht: Herr Siegfried Hirsch war nicht Geschäftsführer der Gesellschaft...

Ein heftiger Zusammenstoß ereignete sich gestern vormittag an der Ecke der Alsen- und Wisnardsstraße. Dort kollidierte ein Straßenbahnwagen der Linie 23 mit einem Automobilomnibus der Linie 11...

Die Begründung des Antrages und die darüber geführte Debatte ist für die Naturgeschichte unseres Hausgarrizentums so charakteristisch, daß wir sie hier wiedergeben möchten...

Herr Schaller führte zu diesem seinem Antrage aus, daß auf Seiten der Hausbesitzer gelegentlich der im Anfang dieses Jahres erfolgten Erhöhung der Grundsteuer wiederholt der Ruf ertönt sei: „Bei Philippi sehen wir uns wieder!“...

Herr Stadtverordneter Iden, der als erster Debatter nach dem Referenten sprach, vertrat ebenfalls den Standpunkt, daß nur solche Kandidaten, die sich in jeder Weise der Interessen der Hausbesitzer annehmen, gewählt werden dürften...

Herr Oberapotheker Linke führt aus, daß es unbedingt notwendig sei, zunächst ein detailliertes Kommunalprogramm auszuarbeiten, auf das die zu wählenden Kandidaten verpflichtet werden müßten...

Der Verlauf der Debatte zeigt, daß die Hausbesitzer bestrebt sind, die Stadtverordnetenversammlung ihren Wünschen dienlich zu machen. Dazu gibt ihnen das Privileg, nach dem die Hälfte der Stadtverordnetenversammlung Hausbesitzer sein müssen...

Im Verkehrsmuseum ist seit kurzem ein hochinteressantes Modell aufgestellt, in fünfacher Verkleinerung eine Dampftriebschneefräse, die erst vor ein paar Jahren für den Eisenbahnbetrieb gebaut wurde...

Ein seltsamer Selbstmord beschäftigt die Kriminalpolizei. In der Kastanienallee 64 hat sich am Sonntag morgen eine unbekannte Frauensperson mit der Schnur ihres Pompadours erhängt...

Zur Liquidation der Allgemeinen Teemportgesellschaft, über die wir am Sonntag berichteten, werden wir am Wiedergebäude folgender Mitteilung erlaucht: Herr Siegfried Hirsch war nicht Geschäftsführer der Gesellschaft...

Ein heftiger Zusammenstoß ereignete sich gestern vormittag an der Ecke der Alsen- und Wisnardsstraße. Dort kollidierte ein Straßenbahnwagen der Linie 23 mit einem Automobilomnibus der Linie 11...

wurde. Außerdem wurden zwei Fahrgäste verletzt. Der Schaffner Draeger blieb bestimmungslos liegen und mußte nach der Charité gebracht werden...

Rißexplosion im Neuen Theater. Im Keller des Neuen Theaters am Schiffbauerdamm erfolgte Sonntagabend kurz vor Beginn der Vorstellung eine Explosion in der Feuerung des Heizungsessels...

Ein entsetzlicher Straßenaunfall ereignete sich gestern abend 1/8 Uhr in der Stralauer Allee an der Hohenlohestraße. Dort fiel ein Fahrgast so unglücklich von dem Trittbrett eines Motorwagens der Untergrundbahn...

Teuerungszulage bei der Hochbahngesellschaft. Die Gesellschaft hat beschlossen, ihren sämtlichen Beamten und Arbeitern, soweit sie vor dem 1. Juli d. J. in ihren Diensten standen, Teuerungszulagen zu gewähren...

Tödlicher Absturz mit dem Fahrstuhl. Ein schrecklicher Unglücksfall, wobei eine Person den Tod fand, hat sich gestern abend in der achten Stunde in der Großen Frankfurter Straße 10 zugetragen...

Silflos aufgefunten wurde Sonntagmorgen in der Ballaststraße ein unbelaunter Mann von 45 Jahren. Er starb auf dem Wege nach der Anfallstation in der Steglitzerstraße...

Freie Fortbildungskurse für Arbeiter werden wiederum von der sozialwissenschaftlichen Abteilung der Wissenschaft der Königl. Technischen Hochschule zu Berlin veranstaltet. Im Winterhalbjahr 1911/12 werden die Studenten in folgenden Elementarfächern unterrichtet...

Vermisst wird seit Dienstag ein junger Mann von 19 Jahren, der mit grauem Haar, dunkelblauem Cheviotanzug bekleidet war und einen weichen, grau-braunen Hut trug...

Verloren gegangen ist am Sonntag vormittag ein Mitgliedsbuch mit Verbandsmarken, das für 36 Mark Marken enthielt, auf dem Wege von der Bogstraße bis zur Schreinerstraße...

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Keine Kostkandaktion in Lichtenberg? Aus einer großen Reihe Städte wird über kommunale Maßnahmen zur Linderung der durch die schreckliche Lebensmittelerhöhung hervorgerufenen Not berichtet...

Zur Liquidation der Allgemeinen Teemportgesellschaft, über die wir am Sonntag berichteten, werden wir am Wiedergebäude folgender Mitteilung erlaucht: Herr Siegfried Hirsch war nicht Geschäftsführer der Gesellschaft...

